

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interflons-Gebühr
 beträgt für die festgebaltene Kolonzeit oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf., (zweifache 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schließungen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erkheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 8. August 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 10. September, abends 7 Uhr,

nach dem „Volkshaus“ in Jena, Karl Zeißplatz, ein. An die 7 Uhr abends erfolgende Eröffnung schließen sich die Konstituierung des Parteitag, die Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung und die Wahl der Mandatsprüfungskommission an. Die Verhandlungen der folgenden Tage finden in dem gleichen Lokale statt.

- Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:
1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: S. Müller, F. Ebert.
 2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: A. Raden.
 3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: A. Ged.
 4. Die Reichsversicherungsordnung. Berichterstatter: Hermann Volkenbuh.
 5. Die Reichstagswahlen. Berichterstatter: A. Hebel.
 6. Die Waise. Berichterstatter: W. Pfannkuch.
 7. Sonstige Anträge.
 8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Bewirkt die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll nach § 7 des Organisationsstatuts unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Die Anträge müssen spätestens am 14. August im Besitz des Parteivorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3 sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10 Abs. 2 des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge einzelner Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt.

Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag selbst zu begründen oder durch befreundete Genossen begründen zu lassen.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können. Außerdem müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

H. Leber, Jena, Magdelsstieg 3.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 versandt.

Vor dem Parteitag findet am 8. und 9. September im „Gewerkschaftshaus“ zu Jena, Johannisplatz 14, eine

Sozialdemokratische Frauenkonferenz

statt. — Die vorläufige Tagesordnung dieser Konferenz lautet:

1. Geschäftsbericht des Frauenbureau. a) Agitation, b) Frauenitag, c) Die Kinderschulkommissionen. Berichterstatterin: U. Zieg.
- d) Die Lesende, e) Die Besonderekommissionen. Berichterstatterin: O. Waader.
2. Die Frauen und die Reichstagswahlen. Berichterstatterin: A. Zettin.
3. Die Frauen und die Gemeindepolitik. Berichterstatterin: A. Wehl.

Zur Teilnahme sind die Parteitagdelegierten berechtigt, die ein Mandat zur Frauenkonferenz haben. Der Frauenkonferenz geht am Donnerstagsabend 8 Uhr eine geschlossene Sitzung im gleichen Saale voraus.

Mit sozialistischen Grüßen
Der Parteivorstand.

Deutschland und Großbritannien.

Man schreibt uns aus London vom 4. August. Wenn sich Deutschland einen philosophischen Reichskanzler halten kann, so kann sich Großbritannien einen philosophischen Kriegsminister leisten. Lord Balfour ist als guter Kenner der deutschen klassischen Philosophie bekannt und es war daher durchaus passend, daß er die Inauguraladresse zu dem fünfzehnten Kursus der Universitätsweiterung (University Extension) zu Oxford hielt, in dessen Lehrplan diesmal das Hauptthema lautet: „Deutschland und sein Platz in der Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des modernen Deutschlands.“ In jedem anderen Lande würde ein Kriegsminister, dessen Lieblingsbeschäftigung das Studium der deutschen Philosophie ist, mindestens eine sonderbare Erscheinung sein.

Aber unsere englischen Vettern wissen, was sie tun, wenn sie die Gaudegen und Eisenfresser nicht ins Kabinett berufen. Lord Balfour mit seinem Gang zum systematischen Denken schien ihnen gerade der rechte Mann, das gerüttelte Freiwilligenheer zu reorganisieren.

Das Thema der Inauguraladresse, die hier große Aufmerksamkeit erregt hat, hieß: „Großbritannien und Deutschland, eine ethnologische Studie.“ Der Vortrag bestand in der Hauptsache aus einer Skizze der Geschichte der deutschen Philosophie und ihres Einflusses auf die Charakterbildung des deutschen Volkes. Lord Balfour bemühte sich, zu beweisen, wie ganz anders der im abstrakten Denken besser geschulte Deutsche sich an die Lösung einer Aufgabe mache als der Engländer; wie der Engländer den Handlungen des Deutschen oft ratlos gegenüberstehe und der Deutsche hinter der Handlungsweise des Engländers stets einen tiefen, fein ausgestellten Plan vermute; wie wenig sich die beiden Völker verstünden und wie notwendig es sei, daß beide Völker zum Nutzen gemeinsamer Zivilisation größere Anstrengungen machten, sich einander näher kennen zu lernen. Eine eingehende Schilderung und Kritik des Balfourschen Vortrags ist hier nicht am Platz, aber einzelne Stellen verdienen doch besondere Beachtung. In bezug auf die demokratischen Bestrebungen in beiden Ländern, die die zwei Völker einander näher brachten, bemerkte er, daß die Demokratie zweifellos im Vormarsch begriffen sei, in Großbritannien vielleicht in einem schnelleren Tempo als jenseits der Nordsee. Aber obwohl ein ständig zunehmendes Verlangen nach Bildung bestünde, so glaube er doch, daß in Großbritannien unter den Massen eine größere Reigung wahrzunehmen sei, die Männer, die sie schon befähigen, als eine Klasse für sich zu betrachten. Die Bildung sei ein Besitz, mit dem das britische Volk weniger vertraut sei. Es sei nie von Kämpfer-Philosophen wie Marx und Lassalle geführt worden. Die Nationalökonomien schlugen sich nicht so häufig auf die Seite der Bewegung zum Sozialismus wie es in Deutschland der Fall sei. Auch sei andererseits der Kampfruf gegen sozialistische Gesetzgebung (socialist legislation = eigentlich Sozialgesetzgebung) in dem britischen Parteistreit auch nicht annähernd von derselben Bedeutung wie in Deutschland. Und dennoch hätten die beiden Demokratien in wesentlichen Punkten — wie die Forderung, daß der Staat auf bessere Lebensbedingungen für diejenigen, die mit den Händen arbeiten, bestehen müsse — viel gemein. Daß dies so sei, sei eine der zuverlässigsten Grundlagen für die Hoffnung auf künftige bessere und herzlichere Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Die deutsche Demokratie würde zweifellos ohne ihren Herrschern in den Krieg folgen wie aller Wahrscheinlichkeit nach auch die britische. (†) Aber beide Demokratien beeinflussten mehr und mehr die Politik dieser Herrscher, worauf der deutsche Reichskanzler vor nicht langer Zeit in einer Rede hingewiesen habe, und keine der beiden Demokratien betrachte den Krieg als etwas anderes als eine Katastrophe. — Schau, schau, so spricht der Kriegsminister, nachdem der „friedliebende“ Schatzkanzler eben erst in die Kriegsdrummete gestochen hat.

Aber in dem Eifer, seine These zu beweisen, tut Lord Balfour manchmal des Guten zu viel. Er dichtet den herrschenden Klassen Deutschlands philosophische Denkgewohnheiten an, die sie schon längst abgetreift haben, wenn sie sie jemals besessen haben sollten. In seinem Vortrag heißt es: „Nun, die deutsche Politik wird in großem Maßstabe von Preußen beeinflusst. Es ist eine Denkgewohnheit der Preußen, mit der Definition eines Prinzips anzufangen und dann alles danach auf seine Stabilität zu prüfen.“ Nur einem „Philosophen“ konnte ein solcher Vordruck passieren. Die „Denkgewohnheit“ der preussischen Machthaber ist vielmehr die der Anbeter: man läßt die gepanzerte Faust niederfallen oder versucht einen „Panthersprung“ und wartet dann gespannt ab, wie sich die Dinge wohl entwickeln mögen. Der preussische Staatsmann ist kein Prometheus, kein Vorherdenker, sondern ein Epimetheus, ein Hinterherdenker.

Interessanter noch als die Ausführungen des Kriegsministers sind die kritischen Glossen der „Times“. Dieses Blatt, das wohl getreuer als irgendein anderes Blatt die Ideen der konservativen herrschenden Klassen widerspiegelt, will die Behauptung, daß die Denker, die das deutsche Volk zum systematischen Denken erzogen haben, die Begründer der Größe des modernen Deutschlands seien, nicht gelten lassen. Sie schreiben: „Wir hegen den Verdacht, daß der preussische Unteroffizier und der preussische Bureaukrat und selbst der preussische Junker aus Ostelbien mehr getan haben, um die Deutschen System in den praktischen Angelegenheiten des Lebens zu lehren als alle Philosophen. Lord Balfour erkennt die Wahrheit der Behauptung: „Ohne Goethe kein Bismarck“ an und dehnt sie sogar auf die großen deutschen Soldaten aus. Aus den Spekulationen welches Weltweisen lernte Friedrich der Große, der „nur an Kanonen glaubte“, sein Geschick oder Feldmarschall Borsdorff seinen Eifer zum Vliedern und wer war der Ideolog, bei dem Napoleon in die Schule ging?“ Mit dem geringen Einfluß der Philosophen auf die Soldaten mögen die „Times“ recht haben. Aber die Größe und das Ansehen Deutschlands beruhen nicht auf den Soldaten, sondern auf der deutschen Arbeit und der deutschen Wissenschaft.

Daß sich die Ansichten der imperialistischen Schutzöllner Großbritanniens über deutsche Geschichte mit denen der deutschen Junker ziemlich decken, ist kaum verwunderlich. In

Deutschland, dem Paradies der Lebensmittelvertreuer, haben sie den Schutzoll studiert und mit den schutzöllnerischen Ideen auch die Junkerphilosophie eingelesen. Einzelne ihrer einflussreichsten Führer, die Curzon und Milner, sind preussische Junker in englischer Uniform. Im Jahre 1909 erprobten sie ihre Gewaltpolitik zum ersten Male, indem sie die gepanzerte Faust auf die Volksvertretung niederfallen ließen. Seitdem haben sie manches gelernt, unter anderem auch, daß ihre Realpolitik irgendwo einen Knacks hat. Jetzt sitzen sie im Sumpfe und heulen. Sie werden bald Gesellschaft aus Preußen erhalten.

Erziehung zum Deutschenhaß.

Aus Wien wird uns vom 6. August geschrieben: Wir haben jüngst, in der Darstellung der verderblichen Wirkungen des Separatismus, darauf hingewiesen, wie die tschechischen Arbeiter von ihrer Parteipresse systematisch zum Gegenhate, ja zum Hassen wider die deutschen Genossen erzogen werden. Wir möchten nun der deutschen Parteipresse die an einem drastischen Beispiele dartun. Im Prager „Pravo Lidu“, dem tschechischen Zentralorgan, legt der Genosse Anton Kemer den tschechischen Genossen folgende Darstellung der Absichten und des Wirkens der deutschen Sozialdemokraten vor:

Unsere deutschen Genossen haben die Lösung des nationalen Problems in der Sozialdemokratie in Österreich immer nur von ihrem Machtpunkt aus betrachtet, inwiefern sie nämlich die tschechischen Arbeiter beherrschen und ihnen ihre Politik aufzuzwingen vermögen. Aber nicht nur das nationale und politische System wollen unsere deutschen Genossen auf diese Weise lösen, sie krönten auch ihren ganzen Sozialismus in dem Grundsatze: „Der tschechische Arbeiter soll tributpflichtig und untertänig sein der deutschen Sozialdemokratie.“ Wer sich diesem Gebote nicht unterwirft, wer es nicht als seinen einzigen Beruf anerkennt, die tschechischen Arbeiter zur Tributpflicht und zur Untertänigkeit gegen Wien zu organisieren, den schließen sie aus der sozialistischen Internationale aus. Den Wert der tschechischen Sozialdemokratie beurteilen sie einzig und allein von dem Gesichtspunkte aus, inwiefern sie die Interessen und Bedürfnisse der deutschen Sozialdemokratie beförderung.

Die deutschen Genossen haben für die sozialistische Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit eine einzige Auslegung: Was nicht das deutsche Reich trägt, das hört auf, für sie gleichberechtigt und gleichwertig zu sein, und sie bezeichnen es als antisozialistisch. Von diesem Standpunkte aus richten sie ihr ganzes Tun in den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, in ihrer Presse und in ihren Versammlungen ein. Die deutschen Genossen schmähen und schon seit Jahren in der ganzen Internationale, daß wir nicht hingehören, weil wir ihnen nicht tributpflichtig und untertänig sein wollen. In diesem Kampfe gebrauchen sie gegen uns alle Waffen, keine ist ihnen zu schlecht, daß sie sie nicht gegen uns gebrauchten. Was die österreichischen kapitalistischen Regierungen mit ihrem ganzen bürokratischen, politischen, gerichtlichen und militärischen Apparat nicht vermocht haben, das will die deutsche Sozialdemokratie zustande bringen: das tschechische Proletariat zum Schutze und zur Erhaltung des deutschen Charakters Österreichs in ihren deutschen zentralen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen erhalten. Die deutschen Genossen verlangen von uns, daß wir uns bedingungslos ihrem Diktate überall und in allem unterwerfen, wenn nicht, gehen sie gegen uns genau so gebärdig vor wie unsere ärgsten Feinde. Als den deutschen Sozialdemokraten z. B. im zehnten und sechzehnten Wiener Bezirk die Wahlergebnisse mitgeteilt wurden, jubelten sie jedesmal, wenn ein Bericht über die Niederlage eines tschechischen Sozialdemokraten einlangte. Da alle Gebärdigkeit und all ihr Ärger den deutschen Genossen nichts halfen und sie nur vor der ganzen Welt unsterblich blamierte mit samt ihren tschechischen Zentralisten, ja, da ihnen ihr unüberlegtes Verdict auf uns mehr schadet als uns, rufen sie jetzt wieder die ganze Internationale ins Feld, damit sie ihnen helfe und unterzukürene. Sie haben sich nicht einmal den milderen Umständen, daß sie das nicht gewohnt hätten; unzählige Male haben wir es ihnen gesagt, daß sie aufhören uns zu beschimpfen und zu bedrohen, daß wir sie nicht fürchten. . . .

Ist das nicht einfach unerhört? Und ist es nicht beinahe selbstverständlich, daß die tschechischen Arbeiter, wenn sie ununterbrochen mit dieser „Schilderungen“ über die tschechischen Pläne der deutschen Genossen gefüttert werden, — ununterbrochen: denn allein der Genosse Kemer hat diese eine und dieselbe Schilderung ein dutzendmal schon vorgetragen — unweigerlich dem Deutschenhaß anheimfallen müssen? Es ist eine systematische Vergiftung, die hier betrieben wird, und so kann man von den Folgen, die sie zeitigt, nicht überrascht sein.

Vom Katholikentag.

Wien, 6. August. (Fig. Ver.) Ein Katholikentag ist ein wunderliches Gemisch von Gottesdienst, Volksversammlung, Jahrmarktstrudel und Alkoholtrausch. Seine Anziehungskraft liegt zum guten Teil darin, daß er für alle Bedürfnisse des Leibes und der Seele hinreichende Befriedigung gewährt, an den Verstand dagegen die denkbar geringsten Anforderungen stellt. Seine Veranstaltungen beginnen am Sonntag mit einem Arbeiterfestzug, dessen Teilnehmer sich nachher an Rappchen und Handlās mit Bier gütlich tun, und sie enden am Donnerstag mit einem Festmahl für die besseren Leute, das trodene Gedek zu 4,50 Kr. und die Weine in entsprechender Preisliste. Im Leben berühren sich die Gegensätze; auf den Katholikentag legt man zwischen die sozialen Gegensätze einen angemessenen Zwischenraum.

Man fertigt die Arbeiter, nachdem sie ihre Pflicht als „katholisches Volk“ getan haben, mit Bier und Handläch ab und speckert sie dann wieder in ihre Heimat. Dann ist ein hoher Adel und eine hohe Geistlichkeit unter sich, und es besteht keine Gefahr, daß die Gegensätze auf einanderstoßen und die Teilnehmer des Festmahls in ihrem Behagen durch die Mißgunst der anderen gestört werden.

Den katholischen Arbeitern gehörte der heutige Sonntag. Zu Lande und zu Wasser, mit der Bahn, mit dem Schiff oder zu Fuß kamen sie seit heute früh vereinsweise nach Mainz gezogen, die goldgestickte Fahne mit irgend einem Heiligen und einem frommen Spruch geschmückt, von mehr oder weniger phantastisch kostümierten Männern vortragend; trommelnd und trompetend zogen sie ihrem Quartiere zu, von wo aus sie einzeln oder truppweise sich die Herrlichkeiten des goldenen Mainz anschauten. Die Stadt prangt im Festschmuck, wie bei einem Kaiserbesuch oder einem Bundesfesten oder sonst einer Gelegenheit, wo es gilt, die gute Bestimmung der Bürgerlichkeit, ihre Geschäfte und ihre Wirtschaften von der besten Seite zu zeigen. In einer Zeit, wo es gilt die Feste zu feiern wie sie fallen, und das Geld zu nehmen wo man es kriegen kann, ist ja jede Stadt, die etwas auf sich hält, auf festliche Empfänge eingerichtet; die Vorrichtungen und das Material sind vorhanden und über Nacht erheben sich die Triumphbögen und die Fahnenmasten, schlingt sich Laub und Blüte von Haus zu Haus, flattern die Banner und Fahnen und Fähnchen.

Man rechnet heute, wie die Katholikentagspresse mit Stolz verkündet, mit einem Fremdenstrom von einer Viertelmillion Personen. Eine solche Masse fällt für den Lebensverzehr ins Gewicht und mit Ehrfurcht und Staunen flüchtet man sich die Hektoliter Bier, die Zentner Wippen und die Kilometer Würstchen zu, die dieser oder jener Wirt zur Sättigung der heute in Mainz versammelten Christenheit aufgeschleppt hat. Die freien Plätze der Stadt sind in Biergärten umgewandelt und kein Eckchen, das ein findiger Wirt nicht durch Ausschlagen von Tisch und Bank zur Erweiterung seines Betriebes ausgenutzt hat. Mainz ist heute eine einzige Bierverzehrungsgelegenheit, ein einziger Wirtschaftsbetrieb, wo die katholische Volksseele unter dem Einfluß der amerikanischen Gigante und der unterschiedlichen Mainzer Bräus buchstäblich zum Kochen gebracht wird.

Das Hauptstück im Programm des heutigen Tages, der Arbeiterfestzug,

ist in der üblichen Weise, d. h. mit der bei den Merkmalen gewohnten Zahlenschwindel verlaufen. 800 Vereine mit 50 000 Teilnehmern kündigten die Zentrumsblätter an. In Wirklichkeit umfaßte der Zug nicht mehr als die Hälfte der genannten Teilnehmerzahl; man habe zusammengerechnet, wessen man an Vereinen habhaft werden konnte: Wallfahrtsvereine, Kirchenbauvereine, Pfarrvereine, Volksvereine, Männervereine und was sonst sich alles dem weitläufigen katholischen Vereinswesen zuzählt. Unter den 25 000 Zugteilnehmern mochten etwa 15 000 Arbeiter sein, womit nicht allzu viel Staat zu machen ist, zumal wenn man bedenkt, welche Nähe sich die Mäcker des Katholikentages gegeben hatten, durch die Kettenfeier auf die Arbeiter zu wirken.

Das reformkatholische „Zwanzigste Jahrhundert“ (München) bringt Ketteler in Vergleich zu seinem jetzigen Nachfolger, der ungleich dem junkerlichen Draufgänger aus Westfalen es darauf anlegt, sich Freunde auf Erden zu machen: „Selbst die Mainzer Wesswestern sollen mit ihm zufrieden sein. Und das heißt viel. Neben dem Handläch ist das die berühmteste Mainzer Spezialität; eine besondere Sorte von Menschen meist weiblichen Geschlechts, nicht gerade fromm, aber sehr schlecht; selten zu Haus, aber meist vor den Kirchen; ausgerüstet mit Neivolverschönerungen und Zungen, die stehender sind als die langen Hutmädeln. Und sie alle sind mit dem Bischof zufrieden.“ Und darum kann der Katholikentag ruhig stattfinden. Es wird volle Harmonie sein. Der Bischof ist Berliner Richtung und die Redner ebenfalls. Freie Aussprache gibt es nicht; die Massen verstehen das meiste nicht; Kathiken aber, um zu beweisen, wie sehr sie es verstehen. Darum verläuft die Parade ohne Mißklang!

Vor und nach dem Zuge fanden eine Reihe Nebenversammlungen statt. In der Versammlung der kaufmännischen Vereine sprach der Reichstagsabgeordnete Erzberger. Die eigentliche Generalversammlung wurde am Abend in dem neu hergerichteten Saal der Stadthalle mit einem Begrüßungsabend eingeleitet, dessen Leitung in den Händen des Präsidenten des Lokalkomitees Justizrats Dr. Schmitt lag. Eine große Zahl von Vertretern der katholischen einzelner deutscher Landesteile und anderer Staaten, so unter anderem aus Oesterreich, der Schweiz, Ungarn usw., hielten Begrüßungsansprachen.

An der diesjährigen Katholikentagsversammlung nehmen außer dem Diözesanbischof von Mainz auch die Bischöfe von Würzburg, Limburg, Speyer, und als Vertreter des Kardinal-Erzbischofs Bistums Köln Weihbischof D. Müller teil. Ueber 100 Estrazüge hatten die ungeheure Zahl von Teilnehmern befördert.

Aus Karlsruhe wird vom gestrigen Tage gemeldet: Als heute morgen gegen 5 Uhr die Teilnehmer am Katholikentag aus Karlsruhe und Umgebung sich zur Rheinfahrt nach Mainz auf dem Schiff versammelten, brach eine Anzahl von ihnen durch das Deck. Die Verstärkten zogen sich zum Teil recht erhebliche Verletzungen zu. Acht Personen, die Arm- oder Beinbrüche davongetragen hatten, wurden in Automobilen ins Krankenhaus geschafft. Die Verletzungen der übrigen waren so leichter Natur, daß sie die Stromfahrt nach Mainz ausführen konnten.

Die Marokkoaffäre.

Eine offiziöse Mahnung zur Geduld.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit:

„Ueber den Fortgang der deutsch-französischen Unterhandlungen in afrikanischen Fragen ist am Freitag amtlich mitgeteilt worden, daß eine Annäherung über den prinzipiellen Standpunkt stattgefunden hat. Die Einzelheiten unterliegen indes noch genauer Prüfung und näherer Vereinbarung. Deshalb müssen die beiden Regierungen es sich bis auf weiteres vorbehalten, der Öffentlichkeit Mitteilungen zu machen. Dadurch würde, wie die „Westminster Gazette“ treffend bemerkt hat, das Ergebnis der Verhandlungen in Frage gestellt werden. Der Mahnung des englischen Blattes zu geduldigem Abwarten muß man sich anschließen. Wenn sei festgesetzt, daß die deutsche Presse in den großen Wäutern aller bürgerlichen Parteien gegenüber manchen ausländischen Beunruhigungsversuchen kühl und verträuen geliebter ist.“

Die alttestamentlichen und Scharfmacherblätter wollen aber nichts von Geduld hören. In ihrer Wut über die schwindenden Kriegsausichten vergessen sie ganz ihre sonst so großspurige zur Schau getragene monarchische Gesinnung und Kaiserverehrung. Jetzt schreien alle diese Volksverächter auf einmal nach der deutschen Volksvertretung, nach dem Reichstage. Auch wir stehen auf dem Standpunkte, daß der Reichstag hätte einberufen werden müssen, damit er in dem Marokkohandel ein Wort mitprache. Aber als wir schon vor sechs Wochen diese Forderung aufstellten, da waren es gerade das

„deutsche Pressegesicht“ und die Goldschreiber der Scharfmacherpresse, die diese Forderung nicht genug verböhnen konnten. Daß die Sozialdemokratie trotz des unfaulernen Treibens der Marokkoheger auch jetzt noch die Einberufung des Reichstages verlangt, braucht kaum besonders betont zu werden.

Ein süßer Marokkoföder.

Der „Marokko-Sachverständige“ Dr. Arning fordert in der „Deutschen Kolonialzeitung“ nochmals mit allem Nachdruck, Deutschland solle sich in Marokko festsetzen. Zur Abwechslung führt er die Interessen der Landwirtschaft für seine Annexionsgelüste ins Feld. Er schreibt nämlich:

„Seit die Brüsseler Juderkonvention auf Abbruch steht, ist der Absatz unserer Juderproduktion gar sehr in Frage gestellt. Im Interesse unserer Landwirtschaft müssen wir nach neuen Märkten suchen. Bis vor kurzem gab es in Marokko keinen deutschen Juder. Seit wenigen Jahren erscheint er auf dem Markt und gewinnt ihn spielend. Deutsche Kaufleute teilen mir mit, daß für etwa 4 Millionen Mark im laufenden Jahre abgesetzt sind, davon noch nicht für 10 000 M. in der von den Franzosen besetzten Schauja, einem reichen, landwirtschaftlich ergiebigen, wohlbevölkerten Teile des Maghreb, und obwohl allein in Casablanca nicht weniger als 18 deutsche Firmen bestehen, die fast alle gern am deutschen Juder verdienen möchten.“

„Ja, verdienen möchten“ die zwei Dugend Firmen, die vielleicht in Marokko engagiert sind, sehr gern und sehr viel, und die deutschen Steuerzahler sollen die Geschäftskosten tragen. Der Commis voyageur der deutschen Marokkopolisten, denn als solcher fungiert Herr Dr. Arning augenblicklich, sollte mit seinen Anpreisungen nicht gar zu aufdringlich sein. Uebertriebene Reklame macht mißtrauisch.

Die Spanier in Elkar.

Paris, 6. August. Wie die „Agence Havas“ aus Elkar vom 5. August meldet, hat Rittmeister Ovillo die Kaserne des Reid Abd es Salam in Besitz genommen. Es ist dies die letzte, die die Truppen des Reiches noch besaßen. Ein Teil der Soldaten ist in der Kaserne festgehalten worden.

Eine spanisch-französische Friedensdemonstration.

Madrid, 6. August. Heute vormittag fand hier eine vom Allgemeinen Arbeiterverbande Spaniens und der Allgemeinen Arbeitervereinigung Frankreichs einberufene Versammlung statt, in der gegen jede kriegerische Eroberung Marokkos Verwahrung eingelegt wurde. Die französischen Vertreter gaben die Versicherung ab, das Proletariat Frankreichs werde sich jeder kriegerischen Unternehmung durch Generalausstand und Sabotage widersetzen. Die Versammlung verlief ohne Zwischenfall.

Eine neue Marokkointerpellation im englischen Unterhause.

London, 7. August. Mason (liberal) fragte die Regierung, ob sie an die Verantwortung denke, die Großbritannien als eine der hauptsächlichsten Unterzeichner der Algeirasakte habe, und ob sie zur Beseitigung der gegenwärtigen Ungeklärtheit und Unruhe für Handel und Kredit, die durch die jüngste Aktion Deutschlands in Marokko hervorgerufen worden seien, Schritte unternehmen wolle auf Grund des Artikels 9 der Algeirasakte, um dem diplomatischen Korps ihren Wunsch bekanntzugeben, Auffklärung über die in Frage stehende Aktion zu erhalten. Staatssekretär Grey erwiderte: Ich muß Mason bitten, sich zurzeit mit der Erklärung, die Asquith dem Hause über diese Angelegenheit gegeben hat, zufriedenzugeben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. August 1911.

Reserveoffiziere und Wahlrecht.

In den abgeschmackten für den jammervollen Samaschengeist preußischer Zustände so charakteristischen Streit darüber, ob ein Reserveoffizier einen Sozialdemokraten, sei es auch nur bei der Stichwahl wählen dürfe, hatte auch der freisinnige Abgeordnete Botthoff eingegriffen. Er hatte die Frage natürlich bejaht und seiner Meinung sogar dahin Ausdruck gegeben, daß derjenige gar nicht Reserveoffizier zu sein verdiene, der nicht auch, wenn es seine Ueberzeugung gebiete, bei der Wahl für einen Sozialdemokraten eintrete. Das Verteilungsorgan hatte daraufhin hochmütig gemeint, Herr Botthoff verstehe von diesen Dingen nicht allzuviel, da er selbst ja wohl nicht Reserveoffizier sei. Nun hat sich aber inzwischen herausgestellt, daß Botthoff zwar nicht preussischer wohl aber bayrischer Reserveoffizier ist. Und die „Welt am Montag“ teilt mit, daß Botthoff nicht nur theoretisch seine Meinung verfechte, sondern bei den letzten Landtagswahlen auch dem sozialdemokratischen Kandidaten als dem kleineren Uebel seine Stimme gegeben habe.

Das Agrarierorgan fordert nun natürlich, daß Herr Botthoff sofort seines Offiziersranges entkleidet werde. In Bayern könne das Kriegsministerium doch unmöglich einen anderen Standpunkt einnehmen als in Preußen.

Auch in der „Kreuzzeitung“ proklamiert ein Herr mit polnisch klingendem Namen den rücksichtslosen Grundsat: „Wer sich nicht klipp und klar gegen die Sozialdemokratie bekenne, dem wird die Stellung und Uniform genommen.“

Die paar Reserveoffiziere, die politisch einsichtig genug sind, um bei Stichwahlen für einen Sozialdemokraten zu stimmen, machen den Koll nicht fett. Uns kann es daher im Grunde fürchtbar gleichgültig sein, ob sich unser Militarismus durch solche Akte des kleinlichsten Terrorismus bei allen vernünftigen Menschen blamiert oder nicht. Wenn sich das Bürgertum des Titels Leutnant der Reserve wegen einer solchen Gesinnungsbuttelerei unterwirft, um so schlimmer für es selbst! Die riesige und je nach den Umständen vielleicht einmal sehr verhängnisvoll werdende Klust, die zwischen den Offizieren und den „gemeinen“ Mannschaften gähnt, kann freilich durch solche terroristischen Akte nur vertieft werden. Aber das ist eine Sache, die nur den Herrschenden selbst zu denken gibt!

Saure Trauben.

Nachdem schon in letzter Zeit die Konservativen ihre bekannte Stichwahlparole durch allerlei Interpretationen mehr und mehr abgeschwächt haben, veröffentlicht jetzt der „Ostpreussischen konservativen Vereins“ in der „Ostpreussischen Zeitung“ folgende neue Auslegung der Stichwahlparole:

1. Unter keinen Umständen darf ein Konservativer einem Sozialdemokraten seine Stimme geben, im Gegensatz zu der Auffassung der liberalen Parteien, die die aktive und direkte Unterstützung von Vertretern der Unzufriedenheit und den Abschluß von Wahlbündnissen mit dieser als mit monarchischer Gesinnung vereinbar betrachten.

2. Gleichfalls im Gegensatz zu den liberalen Parteien, die bei ihrem Kampfe gegen rechts sich wesentlich auf die Stichwahlhilfe der Sozialdemokraten stützen, schließen die konservativen Anschauungen

jede Inanspruchnahme sozialdemokratischer Unterstützung aus. Eine Verlegung dieses Grundrundes ist mit der Zugehörigkeit zur konservativen Partei nicht vereinbar.

3. Die rücksichtslose Unterstützung liberaler Kandidaten in Stichwahlen gegen Sozialdemokraten durch die konservativen Wähler hat zu erfolgen, sofern und volle Gegenseitigkeit seitens der verbündeten liberalen Parteien verbürgt wird. Solange diese aber eine klare Stellungnahme in dieser Richtung vermeiden und sich damit die Förderung der Sozialdemokratie vorbehalten, nötigen sie die konservativen Partei, ihrerseits den liberalen Kandidaten Stichwahlhilfen zu verweigern.

Jeglichen politischen Wert hat die Veröffentlichung nicht. Sie soll nur der Welt zeigen, wie patriotisch und staatsverhaltend die konservative Partei ist — so staatsverhaltend, daß sie selbst schon eine Inanspruchnahme sozialdemokratischer Wahlhilfe als einen Verstoß gegen die konservativen Grundsätze betrachtet. In Wirklichkeit würden bei den nächsten Wahlen, wie bei den früheren, die konservativen Kandidaten dort, wo sie mit einem Liberalen in die Stichwahl kommen, recht gern die sozialdemokratische Wahlunterstützung annehmen, wenn sie diese nur haben könnten. Die ganze Erklärung erinnert deshalb an die Fabel vom Fuchs und den sauren Trauben.

Ein Tadelsvotum für Eichhoff.

Der mit Hilfe des Reichsverbandes und des Flottengenerals Keim im Rheinischer Kreis gewählte sogenannte Fortschrittler Prof. Eichhoff stand Sonntag, den 6. August, vor dem Forum seiner rheinischen Parteigenossen. Der Vorstand des Bezirksverbandes Rheinland der fortschrittlichen Volkspartei verhandelte über die Treiberzeilen des Abg. Eichhoff und der Fortschrittler des Kreises Lennepe-Wettmann-Kemscheid. Der Vorstand sprach einstimmig seine Mißbilligung aus über das von den Herren Eichhoff und Wilhelm Köhrig bezeichnete vertrauliche Rundschreiben des Kreiswahlkomitees der fortschrittlichen Volkspartei in Lennepe-Kemscheid-Wettmann und die aus diesem Schreiben sich ergebende Art des Vorgehens. Der Vorstand mißbilligte weiter das wiederholte Sondervorgehen des Abg. Eichhoff und die Tatsache, daß der Abg. Eichhoff in keiner Weise versucht hat, gegenüber den schwereren Beschuldigungen des Abg. Scheidemann Klarheit zu schaffen, obwohl der Abg. Scheidemann seine Behauptungen öffentlich aufrecht erhalten hat.

Zentrum und Nationalisten in Elßah-Lothringen.

Eine Delegiertenversammlung der Elßah-Lothringischen Zentrums-Partei, die unter dem Vorsitz des Dr. Ernst Rey am Donnerstag, den 3. August, in Strahburg stattfand und von dessen Verhandlungen nur diese Beschlusfassung veröffentlicht worden ist, beschloß:

1. Die Elßah-Lothringische Zentrums-Partei wird auch bei den kommenden Wahlen ihre volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber allen anderen Parteien bewahren. 2. Die Entscheidung der Frage, ob ein Kandidat der Elßah-Lothringischen Zentrums-Partei dem Nationalbunde angehören darf, ist Sache der Kreisorganisationen. 3. Die Zugehörigkeit der Kandidaten zum Nationalbund darf nur dann gestattet werden: a) wenn der Kandidat erklärt, daß er im Falle der Wahl Mitglied der Elßah-Lothringischen Zentrums-Partei bleibt, b) wenn er sich verpflichtet, der im Landtag zu bildenden Zentrumsfraktion unter Ausschluß des Beitritts zu jeder anderen Fraktionsbildung beizutreten.

Der Beschluß wurde erst nach langer Debatte und in später Stunde angenommen, als die Mehrheit der Delegierten bereits abgereist war. Der ausgeprägt nationalistische Flügel der Zentrums-Partei im Lande hebt die letztere Tatsache hervor, was darauf schließen läßt, daß er den Beschluß nicht als einen endgültigen betrachtet.

Nach dieser Entschlebung von erfreulicher Klarheit werden auch die meißerhaftesten Schiltzungsinsideln des Herrn Blumenthal und seiner engeren Freunde, für welche der Nationalbund nur der Deckmantel zur Maskierung der Zentrumszugehörigkeit werden sollte, nicht andrücken, um den Charakter der nationalistischen Kandidaten als Gefangene der Merkmalen zu verwischen. Die Kandidaten des Elßah-Lothringischen Nationalbundes bei den bevorstehenden Landtagswahlen und bei den darauffolgenden Reichstagswahlen tragen hiernach den Zentrumsstempel schreiend auf der Stirn.

Die Annahme dieser Bedingungen auf dem Elßah-Lothringischen Zentrumsdelegiertenkongress bedeutet eine Niederlage der Weiterläufigkeit und einen Sieg der am Reichszentrum festhaltenden Lothringer und jener untertänigen Richtung, welche vom Standpunkte der reinen Parteinteressen aus die Zweideutigkeiten der Kolmarer Mandatsjäger bekämpft. Die Merkmal-nationalistische Presse in Oberelßah registriert den Beschluß denn auch wie etwas ganz Nebenwichtiges, während der „Elßaher“ in Strahburg ihn möglichst auffällig an die Spitze des Blattes stellt.

Für diese Niederlage entschädigt indessen die kaiserlich deutsche Regierung in rührender Fülle die Nationalisten, indem sie, wie dieser Tage wieder in Kolmar, die Jagd nach französischen Abgeordneten, blau-weiß-roten Fähnchen und dergleichen wieder aufnimmt, wie solche die von französischen Turn- oder Musikfesten heimkehrenden Vereine mitzubringen pflegen. Die Chauvinisten diesseits und jenseits der Grenze lassen einander niemals im Stich!

Wahlschacher.

Je näher die Reichstagswahlen heranrücken, um so eifriger sucht ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten sich durch allerlei Wahlschacherien die Wiederwahl in ihren Wahlkreisen zu sichern. Am skrupellosesten verfahren dabei, wie selbstverständlich ist, die Antisemiten. Sie sind zur „Reinigung ihrer Mandate“ bereit, sich selbst mit Wechsel und dessen Grobmittel zu verdrängen. So bekämpften sich bisher in den Kreisen Kassel, Kellungen und Eschwege-Schmalldalen Antisemiten und Liberale auf das grimmigste; jetzt aber betteln die Antisemiten bereits um die Stichwahlhilfe der Liberalen, ja sogar der Freisinnigen! — In den Wäutern von Schmalldalen beschwört der Judenreiser Lattmann die „verjudete“ Partei der Freisinnigen folgendermaßen:

„Wir hoffen (in Eschwege-Schmalldalen) mit unfremem Raab in die Stichwahl zu kommen, die Freisinnigen mit Herrn Dr. Ehr. Nun erkläre ich mich hiermit namens meines Freundes Raab und unserer Partei bereit, vor der Hauptwahl ein solches Schach- und Trugbündnis mit den Freisinnigen einzugehen und erwarte eine öffentliche, klare Antwort des Herrn Dr. Ehr, ob er und seine Freunde zu einer solchen Abmachung für die Stichwahl bereit sind. . . Sollte Herr Dr. Ehr in die Stichwahl kommen, sind wir bereit, ihn mit aller Kraft zu unterstützen, aber nur dann, wenn die Freisinnigen in einem anderen Wahlkreis mit aller Kraft und unterstützung. Sind sie dazu nicht bereit, werden wir hier öffentlich zur Wahlenthaltung auffordern.“

Der „andere Kreis“ ist natürlich der Wahlkreis Kassel, dessen Mandat jetzt dem Lattmann abgenommen werden soll. Um die Stichwahlhilfe der Rationalen Liberalen ist man nicht besorgt. Sie geschoren ohne Murren der Parole des Reichsverbandes. Aber die Ungeklärtheit, wohin die Stimmen der Freisinnigen im Falle einer Stichwahl fallen werden, bereitet den Antisemiten gräßliche Schmerzen. Man darf einermöglichen gespannt sein, wie die Fortschrittler sich zu diesem Angebot stellen werden.

In den Tod getrieben.

In Wesel erschah sich am 2. August der Hilfsdeichenssteller Rudolf Polkorn, Bruder unseres Genossen Franz Polkorn

In Düsseldorf. In die Partei trat Rudolf Polorny unter dem Sozialistengesetz im Jahre 1887 in Welschkirchen ein und seine rührige Tätigkeit für die Partei, später auch für die Gewerkschaft, ist älteren Parteigenossen noch in lebhafter Erinnerung. Auch als er aus Gesundheitsrücksichten 1895 zum Eisenbahndienst übergang, blieb er mit den alten Pionieren der Parteibewegung im Ruhrbezirk in ständiger Fühlung, wenn er auch infolge seiner neuen Stellung keine Parteitätigkeit mehr entfalten konnte. Doch sein Verhältnis zu den Parteifreunden genügt, daß sich im vergangenen Jahre ein Denunziant fand, und Polorny infolge dieser Denunziation von Wanne nach Burslo an der holländischen Grenze strafverurteilt wurde mit einer Gehaltsreduktion von 60 Pf. täglich. Auf Beschwerde hin wurde ihm seitens der Königl. Eisenbahndirektion folgendes geantwortet:

Essen, den 26. Juni 1910.
Ihrem an die Betriebs-Inspektion 4. Essen, gerichteten, an uns zur Entscheidung vorgelegten, Antrage auf Fortgewährung des früher in Wanne bezogenen Lohnsatzes kann nicht entsprochen werden. Ihre Ueberweisung nach Burslo ist erfolgt, weil Sie auf Grund gegen Sie erhobener Beschuldigungen und der sich daran anschließenden Erhebungen dringend verdächtig sind, sich in Wanne von ordnungswidrigen Bestrebungen nicht fernhalten zu haben. Wenn wir von Greifung der strengsten Maßregeln gegen Sie Abstand genommen haben und Ihnen durch Ihre Veretzung in neue Verhältnisse Gelegenheit gegeben, sich dort von dem auf Ihnen ruhenden Verdacht zu befreien, so ist dies nur mit Rücksicht auf Ihre bisherige einwandfreie Dienstführung geschehen. Sie erhalten in Burslo den für die dortige Dienststelle vorgesehenen Höchstlohn für Hilfsweidensteiler. Ueber diesen hinauszufragen, kann nach Lage der Sache nicht in Frage kommen.

(Zwischen Unterschriften.)
In Burslo brach die Gesundheit Polornys zusammen. Die schlechten Wohnungsverhältnisse und die Strafverurteilung brachten P. soweit, daß er sich für fünf Monate ins Krankenhaus zu begeben mußte und hier wochenlang in Lebensgefahr schwebte. Nach nicht von seiner Krankheit genesen, wurde er nach Wesel veretzt. Polorny verlangte leichten Dienst, aber man stellte ihn an Posten, denen er nicht mehr gewachsen war. Er mußte feiern. Ein Arzt schrieb ihn gesund, der andere krank. Auch ein infolge der letzten Krankheit gestelltes Unterstützungsgesuch hatte keinen Erfolg. So kam es, daß er seinem Leben ein Ende machte. In einem Brief an seinen Bruder hat er die Gründe noch einmal dargelegt, die ihn zu seinem Vorhaben gezwungen haben.

England.

Ein Heftblatt am Pranger.

Die herrschenden Zwiste zwischen der konservativen Mehrheit und der konservativen Minderheit tragen nicht wenig dazu bei, die Öffentlichkeit zu erheitern und zu belehren. Die wichtigsten konservativen Tagesblätter halten es mit Balfour und Landdowne. In der Mehrheit der Partei befindet sich auch die berühmte „Daily Mail“, die nach einem Schwanken sich unverzüglich der Hauptarmee anschloß, als sie mit Sicherheit erfuhr, woher Barthel den Rost holt. Unter der streiklustigen Minderheit befinden sich jedoch einige junge Parlamentarier, die, obwohl sie gute Christen sein wollen, einen Badenstreich gleich mit zwei Fußtritten quittieren. Von dieser Sorte ist Herr Smith. Durch die Angriffe der „Daily Mail“ gereizt, antwortete er ihr in einer Rede wie folgt: „Da ich von Natur ein Mensch bin, den die öffentliche Kritik sehr aufregt, so hat mir der Kampf viel Schmerzen verursacht. Sie können sich denken, daß sich diese Schmerzen in nicht geringem Grade vermehrten, als ich getrawt wurde, daß ich mich in der gegenwärtigen Krise auch im Widerspruch mit der „Daily Mail“ befand. (Gelächter.) Ich kann wirklich nicht umhin, zu glauben, daß dies eine etwas unglückliche Sache ist, da ich stets einer der loyalsten Leser des Blattes gewesen bin. Ich entsinne mich, wie die „Daily Mail“ vor einigen Jahren, als Herr Chamberlain seine Vorschläge zur Tarifreform machte, schrieb, daß sie mit den Vorschlägen nicht einverstanden sei, da diese einer Roggensteuer gleichkämen. Nun, da ich zu der Zeit noch sehr jung und einfältig war, glaubte ich, daß das richtig sein müsse. (Gelächter.) Einige Tage später öffnete ich die „Daily Mail“ und las: „Herr Chamberlains großer Feldzug. Triumph der Tarifreform. Die Kornsteuern sind nötig, um das Reich zusammenzuführen.“ (Gelächter.) Runtwohl, ich bin wie die „Daily Mail“ immer der Ueberzeugung zugänglich gewesen. (Gelächter.) Ich sagte daher: Gewiß, sie hat recht, und verbrachte 4—5 Jahre meines Lebens damit, der „Daily Mail“ in dieser Frage beizustimmen. Nun öffnete ich die „Daily Mail“ vor etwa drei Monaten und las den Leitartikel, in dem es hieß: „Die Tarifreform ist tot.“ (Gelächter.) Wo stehen wir? (Gelächter.) Ich kann Sie nur mit den Worten des amerikanischen Humoristen fragen: Sind die Dinge, was sie scheinen, oder gehen Visionen um? (Lautes Gelächter.) Niemand hat dem Blatte treuer gefolgt als ich. Als es mir sagte: „Kaufe keine Seife vom Seifenkraut“, da habe ich keine gekauft. (Lautes Gelächter.) Ich verstehe und bewundere sogar seinen Wunsch, eine alte Adelswürde vor der Befleckung zu bewahren.“

Die „alte Adelswürde“ ist die des Lord Northcliffe, des Eigentümers der „Daily Mail“, der im Jahre 1905 ins Oberhaus befördert wurde. Sein Familienname ist Darmsworth, und er und seine Verwandten sind zweifellos die größten Zeitungsbesitzer in Großbritannien. Ueberall sind sie dabei; konservative wie liberale Blätter sind ihnen untertan; wenn nach dem imperialistischen Grundgesetz der Handel der Flagge folgt, so folgt bei ihnen die Flagge dem Handel. Sie nehmen das Geld, wo sie es kriegen können. Das ist nun zwar schon seit langen Jahren bekannt, aber es ist doch interessant, von einem Fortegänger der „Daily Mail“ den Charakter des Heftblattes bestätigt zu finden.

Verdiente Abfuhr eines österreichischen Schwärzers.

London, 7. August. Unterhaus. Gunt fragte an, ob es Asquith bekannt geworden sei, daß der Präsident des neugewählten österreichischen Parlaments (siehe Nr. 181 des „Vorwärts“ unter Österreich) seinen Landsleuten geraten habe, sich mit Italien und Frankreich zu verbünden, um Englands Macht zu brechen, und ob er es für ratsam halte, die sofortige Einberufung einer neuen Friedenskonferenz zu verlangen, um die Grundlage des Friedens den kriegsunfähigen Regierenden dieser friedliebenden Nationen einzuverleihen. Grey erwiderte: Ich habe einen Bericht über die Rede gesehen, und wenn der Bericht richtig ist, so war der Redner sehr schlecht unterrichtet. Aber es ist nicht beabsichtigt, die Einberufung einer Konferenz zu fordern als Folge solcher Reden, denn sonst würden wir nie ohne Konferenzen sein. (Heiterkeit.)

Eine konservative Attacke gegen die Regierung.

London, 7. August. Unterhaus. In Erwiderung auf eine Anfrage Balfours betreffend den Zeitpunkt, zu welchem an die Krone das Ersuchen gestellt worden sei, neue Peers zu ernennen, erklärte Premierminister Asquith, dieses Ersuchen sei gestellt und angenommen worden, nachdem die Lords ihre Amendements zu der Parlamentsbill eingebracht hätten. Es hätten vorläufige Verhandlungen vertraulichen Charakters zwischen dem König und den Ministern stattgefunden, und er werde im Laufe der Debatte über diese etwas mitteilen. Balfour beantragte hierauf ein Tadelvotum und erklärte, die Minister hätten ihre Rechte als Berater der Krone gräßlich mißbraucht und durch

den Mißbrauch dieser Rechte sich über die Konstitution gestellt. Ihr Vorgehen sei ohne Beispiel, und sie hätten diesen Weg eingeschlagen nicht unter dem Zwang eines großen, überwältigenden Drucks der öffentlichen Meinung, sondern um eine parlamentarische Abmachung zwischen den sie unterstützenden Parteien durchzuführen und zu dem Zweck, das Volk daran zu hindern, seine Meinung über Homerule zu äußern.

Balfour berührte im weiteren Verlauf seiner Rede die Meinungsverschiedenheiten in der unionistischen Partei. Er erklärte, er stimme mit der Ansicht einiger Unionisten, daß sie gegen die Parlamentsbill dadurch kämpften, daß sie die Regierung zwängen, die Prerogative der Krone bis zur äußersten Grenze zu mißbrauchen, nicht überein. Dieser Mißbrauch sei im wesentlichen bereits vollendete Tatsache, und die englischen Staatsinstitutionen seien gänzlich aus den Fugen. Trotz dieser Meinungsverschiedenheiten unter den Unionisten dürften diejenigen, welche die Regierung unterstützen, nicht glauben, daß sie aus diesem Zwiespalt irgendeinen großen Vorteil für sich einheimen würden. (Beifall bei der Opposition.) Sobald diese in zweiter Linie stehenden Streitpunkte aus dem Wege geschafft seien, würde sich nicht nur jeder Unionist im Königreich, sondern alle Schichten des Bürgertums, die an den politischen Streitfragen bisher keinen großen Anteil genommen hätten, vergegenwärtigen, daß auf Anraten von Asquith die Prerogative der Krone so gräßlich mißbraucht worden sei, daß eine Fortsetzung des zurzeit bestehenden Zustandes unmöglich sei. (Beifall bei der Opposition.)

Asquith erklärte, der Rat sei der Krone gegeben und von ihr angenommen worden im Hinblick auf die gegenwärtige Lage. Nachdem Asquith auseinander gesetzt hatte, daß er auf des Königs dringenden Wunsch die Mitteilungen, die bisher vom König und Ministern vertraulich behandelt worden seien, bekanntgeben könne, erklärte er, daß nach dem Scheitern der Konferenz das Kabinett sich über die Auflösung des Parlaments schlüssig gemacht, aber den König benachrichtigt habe, daß es nicht die Verantwortung übernehmen könnte, eine Auflösung anzutreten, wenn es nicht wüßte, daß im Fall die Regierungspolitik von einer angemessenen Mehrheit des Unterhauses gebilligt würde, der König bereit sei, seine Prerogative auszuüben, um die Sicherheit zu gewährleisten, daß die Entscheidung über das Endergebnis dem Lande anheimgegeben werde. Die Minister hätten auch dem König mitgeteilt, daß sie sich völlig der Wichtigkeit bewußt seien, den Rat des Königs als dem Parteistreit zu lassen, und die Zustimmung des Königs erbeten, im Staatsinteresse Mitteilungen über die Absichten der Krone erst zu veröffentlichen, sofern und sobald sich die Notwendigkeit zu einem solchen Rat ergebe. Der König sei nach sorgfältiger Erwägung aller Umstände zu dem Schluß gekommen, daß er keine andere Wahl habe, als dem Rat des Kabinetts zuzustimmen, und demgemäß habe er (Asquith), am 18. November 1910 die Auflösung des Unterhauses verkündet. Er stelle in Abrede, daß die bestehende vertrauliche Abmachung zwischen dem Souverän und den Ministern eine Unwahrhaftigkeit in die nachfolgende Diskussion der Bill hineingebracht hätte.

Amerika.

Der französisch-englisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag.
Washington, 5. August. Der Senat hat den Text der Schiedsgerichtsverträge mit England und Frankreich bekanntgegeben.

Der Senat ist mit der Veröffentlichung der Schiedsgerichtsverträge, die er vor der Beratung über diese Verträge vornahm, von dem gewöhnlich befolgten Wege abgewichen. Dies ist auf Ersuchen der Regierung in der Absicht geschehen, den Verträgen die weiteste Berücksichtigung von Seiten der Presse und der öffentlichen Meinung angedeihen zu lassen, um dem Senat auf diese Weise die Kenntnis der wirklichen Anschauungen des Landes zu erleichtern, die als Basis für seine Beratungen dienen werden. Der Inhalt beider Verträge ist identisch, nur die Einleitungen weisen einen kleinen Unterschied auf. Die Einleitung des Vertrages mit England hebt den Wunsch der vertragschließenden Parteien hervor, das zwischen beiden Nationen seit 1814 bestehende friedliche Einvernehmen, welches durch die im letzten Jahre erfolgte Lösung der schwebenden Streitfragen so sehr gestärkt worden sei, daß gegenwärtig zum ersten Mal keine wichtigen Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Nationen beständen, dauernd zu gestalten. Beide Länder hätten beschlossen, daß künftig keine Meinungsverschiedenheit mehr Anlaß zu Feindseligkeiten zwischen ihnen geben oder ihre guten und freundschaftlichen Beziehungen stören solle.

Der Vertrag enthält sieben Artikel, die mit dem Austausch der Ratifikationen in Kraft treten. Er kann mit zweijähriger Frist gekündigt werden. Durch Artikel 1 werden Streitfragen zwischen den vertragschließenden Parteien dem Haager oder einem anderen durch ein besonderes Abkommen zu bestimmenden Schiedsgericht unterbreitet. England behält sich, bevor es ein besonderes Abkommen trifft, das Recht vor, in allen Angelegenheiten, welche die Interessen seiner Dominien mit Selbstverwaltung berühren, die Zustimmung des in Frage kommenden Dominions einzuholen. Artikel 2 sieht die Bildung einer gemeinsamen Kommission vor, die auf Ersuchen einer Partei sich mit jeder Streitfrage befassen wird, ehe sie dem Schiedsgericht unterbreitet wird. Artikel 3 bestimmt, die Beschlüsse der Kommission sollen in keiner Weise den Charakter eines Schiedspruchs haben. Die Kommission soll nur entscheiden, ob die Streitfrage einem Schiedsgericht zu unterbreiten ist. Artikel 6 dieses Vertrages legt den Vertrag von 1908 außer Kraft, berührt aber in keiner Weise den Vertrag von 1909 betreffend die Beilegung von Streitfragen zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada.

Aus der Partei.

Die Berliner Parteioorganisationen.

Die Parteileitung von Groß-Berlin macht folgende Angaben über den Stand der Berliner Mitgliedschaften:

| | 1909/10 | | Zusammen | 1910/11 | | Zusammen |
|-----------------|-----------|-----------|----------|-----------|-----------|----------|
| | Männliche | Weibliche | | Männliche | Weibliche | |
| 1. Kreis . . . | 697 | 104 | 801 | 802 | 123 | 1015 |
| 2. Kreis . . . | 4 418 | 833 | 4 781 | 4 747 | 548 | 5 299 |
| 3. Kreis . . . | 2 210 | 284 | 2 494 | 2 389 | 312 | 2 701 |
| 4. Kreis . . . | 20 181 | 2 760 | 22 927 | 20 415 | 3 755 | 24 170 |
| 5. Kreis . . . | 1 630 | 230 | 1 850 | 1 890 | 255 | 2 115 |
| 6. Kreis . . . | 25 472 | 3 500 | 28 951 | 26 415 | 4 160 | 30 584 |
| Teltow-Weesow | 22 005 | 3 809 | 25 504 | 24 360 | 5 251 | 29 611 |
| Nieder-Tarnim . | 11 202 | 1 591 | 12 853 | 12 998 | 2 584 | 15 680 |
| Zusammen | 88 425 | 12 766 | 101 191 | 94 074 | 16 947 | 111 021 |

Es ist also ein Wachstum von 5640 männlichen und 4161 weiblichen, zusammen von 9800 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Berliner Parteileitung bemerkt zu dieser Statistik:

„So erfreulich diese Steigerungen an und für sich sind, so können wir uns doch einer gewissen Unzufriedenheit nicht erwehren. Der Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission für 1910 weist 237 803 männliche und 23 526 weibliche, zusammen 261 329 Gewerkschaftsangehörige auf. Berücksichtigen wir, daß unter unseren 111 000 Mitgliedern noch zirka 10 bis 12 Proz. selbständige Gewerkschafter enthalten sind, so ergibt sich das bedauerliche Fazit: die größere Hälfte der klassenbewußten Arbeiterklasse steht der politischen Organisation leider noch fern.“

Aus der Stuttgarter Parteibewegung.

Am Freitag fand in Stuttgart eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart statt, in der verschiedene wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Nach einem Referat des Genossen B e s t m e y e r über: „Rechte und Pflichten der Vertrauensleute der Parteigenossen“ wurde folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die Versammlung spricht aus, daß an dem statutarischen Recht der Vertrauensleute, wie es bisher geübt wurde, nicht gerüttelt werden darf. Die Vertrauensleute sind vollberechtigte Mitglieder der Bezirksausschüsse. Die Gesamtausschüsse sind bei organisatorischen und agitatorischen Angelegenheiten sowie zur Vorbereitung wichtiger Parteiangelegenheiten zu gemeinsamen Sitzungen mit der Parteileitung zusammenzubekommen.“

Genossin Duncker referierte über den Bildungsausschuß, dessen Organisation und Tätigkeit vor einiger Zeit vom Stuttgarter Gewerkschaftsblatt angegriffen worden war. Folgende von der Referentin vorgelegte Resolution wurde gegen neun Stimmen angenommen:

„Die Mitgliederversammlung hält das Statut des Bildungsausschusses für durchaus zweckentsprechend und zeitgemäß. Ein Anlaß zur Änderung liegt nicht vor, insbesondere liegt kein Grund vor, die Jugendorganisation aus dem Bildungsausschuß auszuschließen.“

Die Versammlung hält ferner den Entwurf des diesjährigen Winterprogramms für eine geeignete Grundlage der weiteren Tätigkeit des Bildungsausschusses.“

Es folgte sodann ein Referat des Genossen M a n z über die Parteipresse. Nach längerer Diskussion wurde folgende Resolution gegen 19 Stimmen angenommen:

„Die Parteiversammlung billigt die Schritte, welche die Parteileitung im Einverständnis mit dem Städtischen Komitee und den Vertrauensleuten eingeleitet hat, um den organisierten Genossen von Groß-Stuttgart den ihnen gebührenden Einfluß auf die prinzipielle und taktische Haltung der „Tagwacht“ wie auf die Anstellung, Befolgung und Entlassung der Redakteure und des kaufmännischen Personals zu sichern.“

Das Mittel hierzu erlöst sie in der Einrichtung einer Preßkommission, bestehend aus neun Mitgliedern, wovon drei gemeinsam vom Landesvorstand und Landesauschuß und sechs gemeinsam von den Parteimitgliedschaften Groß-Stuttgaris bestimmt werden.“

Die Versammlung beauftragt die Parteileitung, an den Landesvorstand und Ausschuß heranzutreten, um gemeinsam mit diesen beiden Körperschaften die sachgemäße Erledigung des Rechtsanspruchs der Genossen Groß-Stuttgaris durch die nächste Landesversammlung vorzubereiten.“

Außerdem gelangte in der Versammlung die Teilnahme dreier sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter an dem parlamentarischen Essen der Ministerpräsidenten zur Sprache. Die Versammlung nahm gegen 15 Stimmen folgende Resolution an:

„Die Parteiversammlung spricht ihre Entrüstung über die Teilnahme der Abgeordneten Hildenbrand, Feuerstein und Dr. Lindemann am letzten Ministereffen aus.“

Ueber das Ministereffen bringt unser Goepfingener Parteiblatt, die „Arzte Volkszeitung“, nach folgende Mitteilung: Wie die „Württembergische Zeitung“ meldet, nahmen an dem parlamentarischen Essen letzten Mittwochabend beim Ministerpräsidenten und Minister des Inneren von Weisfäcker die Genossen Feuerstein, Hildenbrand und Dr. Lindemann teil.

Die Kundgabe dieser Tatsache in der gestrigen Stuttgarter Parteiversammlung in Verbindung mit der anderen Tatsache, daß kurz zuvor dieselben Abgeordneten von demselben Herrn v. Weisfäcker unter dem unwürdigen Gelächter familiärer bürgerlichen Fraktionen mit einer höhnischen Handbewegung abgefertigt worden waren, als sie im Auftrage der Arbeiterklasse Rechenschaft heischten für das einen Weltkrieg herauszubekämpfende drohende Marokko-Abenteuer — diese Kundgebung ließ einen fessellosen, überwältigenden Sturm der Entrüstung durch den Saal brausen.

Genosse Hildenbrand war antwortend. Aufgefordert zu sprechen, verteidigte er sein Verhalten. Auf die Verteidigungsrede des Genossen Hildenbrand hin hielt die Versammlung jede Antwort für überflüssig, schloß die Debatte und nahm die oben mitgeteilte Resolution an.

Gründung eines Bezirksbildungsausschusses für die Provinz Brandenburg.

In einer am Sonntag unter Vorsitz des Genossen Wels im Berliner Gewerkschaftshaus von 33 Teilnehmern abgehaltenen Sitzung der Zentralvorstände und Bildungsausschüsse der Provinz Brandenburg wurde nach einem einleitenden Referat des Genossen Viel (der als Sekretär des Zentralbildungsausschusses anstelle des erkrankten Genossen Wehring sprach) folgendes Regulativ für den Bildungsausschuß der Provinz Brandenburg einstimmig angenommen:

Der Bezirksbildungsausschuß besteht aus 6 Mitgliedern, von denen 3 von den gewerkschaftlichen Gauleitern und 3 von den Vertretern der sozialdemokratischen Parteioorganisation gewählt werden. Der Bezirksbildungsausschuß hat seinen Sitz in Berlin. Als Geschäftsstelle fungiert das Parteisekretariat für die Provinz Brandenburg. Das Geschäftsjahr beginnt mit dem 1. Juli und endet am 30. Juni.

Der Bezirksbildungsausschuß hat in ständiger Zusammenarbeit mit den Orts- und Wahlkreisbildungsausschüssen und dem Zentralbildungsausschuß (sowie den Gewerkschaften und Orts- und Wahlkreisvereinen) die Förderung der gemeinsamen Bildungsaufgaben für die Provinz zu übernehmen. Er hat insbesondere geeignete Kräfte für wissenschaftliche Einzelvorträge und Vortragsaufsätze und künstlerische Veranstaltungen zu vermitteln. Die Geldmittel für die Veranstaltungen haben die Bildungsausschüsse selbst aufzubringen.

Gegen Schluß des Geschäftsjahres findet eine Konferenz von Vertretern der Orts- und Kreisbildungsausschüsse und der gewerkschaftlichen Gauleiter statt, die den Bericht des Bezirksbildungsausschusses über seine Tätigkeit entgegennimmt und die gemeinsame Arbeit für das nächste Geschäftsjahr berät. Die Geschäftsstelle hat vorher durch Umfrage das Bedürfnis nach Rednern und künstlerischen Kräften festzustellen und danach einen provisorischen Arbeitsplan der Konferenz vorzulegen.

Die Kosten für ihre Vertreter tragen die beteiligten Korporationen. An der Konferenz können auch Vertreter von Orten mit beratender Stimme teilnehmen, in denen noch keine Bildungsausschüsse bestehen.

Zur Geldmittelfrage wurde auf eine Anfrage noch erklärt, daß wie bisher von der Zentralbildungsstelle auf Befürwortung des Provinzialsekretariats die Kosten der Veranstaltungen (Wandertourneen usw.) bis zur vollen Höhe des Honorars ermäßigt werden können.

In den neu gegründeten Bezirksbildungsausschüssen wurden gewählt die Genossen Wels, Berlin, Baron-Brandenburg a. D., Steinhagen, Guben. Von der gewerkschaftlichen Gauleiterkonferenz sind die Berliner Genossen Stuch, Bernick, Siering als Mitglieder bestimmt worden.

Gewerkchaftliches.

Wenn jemand eine Reise tut . . .

In dem Blatte *„Guerre Sociale“* wird die Reise der französischen Gewerkschaftsvertreter nach Berlin besprochen. Wir entnehmen dem Artikel folgende Stelle:

Unsere Gewerkschaftsgegner haben jedoch Deutschland entdeckt. Ganz überwältigt, einige unter ihnen — die hellsehendsten — vielleicht gar ein wenig gebemüht durch den Vergleich, den sie zwischen unserem Zustande der Organisationslosigkeit und der machtvollen Organisation der deutschen Arbeiterklasse gezogen haben, sind sie zurückgekehrt.

In bezug auf Organisation besteht in der Tat zwischen der französischen und deutschen Arbeiterklasse der gleiche Unterschied wie zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs, das in die Reihe der Länder dritter Klasse zurückgerufen ist, und Deutschlands, das sich auf dem besten Wege befindet, auf dem Gebiete der Industrie und des Handels das erste Land der Erde zu werden. Was bedeuten unsere 400 000 der U. S. L. angeschlossenen Gewerkschaftler gegenüber den 2 1/2 Millionen Mitgliedern der deutschen Generalkommission? Was bedeuten denn unsere fast leeren Gewerkschaftskassen gegenüber den millionenreichen deutschen Kassen?

Was sollen unsere elenden Blätter (wörtlich: Kohlblätter: feuilles de chou) gegenüber den gewerkschaftlichen und sozialistischen Zeitungen mit Riesenaufgaben in Deutschland bedeuten? Und was sagen wir zu den elenden Köchern, in denen sich die Bureaus unserer Gewerkschaften befinden, gegenüber den großen und bequemen, fast luxuriösen Wohnhäusern, welche die deutschen Arbeiterorganisationen beherbergen?

Es gibt aber etwas noch Bewunderungswürdigeres wie diese großen Mitgliederzahlen und Reichtümer; das ist die Disziplin, mit der diese ganze Arbeiterarmee voranmarschiert und zwar zu jener Zentralisation, zu der man gewöhnlich kommen muß, wenn man nicht nur Schamübel, sondern Kämpfe der Massen liefern will.

Und wenn man sich dabei der Streitereien erinnert, die bei uns die Einigen gegen die Anderen, Sozialisten, Anarchisten, Gewerkschaftler aufbringen und die auch die geringste, gemeinsame Arbeit von vornherein unmöglich machen, muß man dann nicht die deutsche Arbeiterklasse bewundern, deren gewerkschaftliche und sozialistische Organisationen, obwohl völlig autonom bleibend, Schulter an Schulter zusammenarbeiten in den Tageskämpfen gegen die feindliche Klasse und gegen ihre Regierung?

Gewiß sind dies besondere Charaktereigenschaften, Früchte der Umgebung, wie bei uns der Geist der Kritik, der Verachtung jeder Autorität, der Geist des Spontanen, des Individualismus, des Wagemuts in Gedanken und in der Tat, und die Gesamtheit dieser guten und schlechten Eigenschaften, die unser revolutionäres Temperament ausmachen, ermöglichten uns, die Regierung Frankreichs der letzten 120 Jahre eine nach der anderen mit dem Gewehrkolben davonzujauchen.

Aber jene Eigenschaften, die man nicht von Natur aus, nicht seit der Geburt besitzt, kann man durch Studium, durch guten Willen und praktische Anwendung sehr wohl sich aneignen, ohne befürchten zu müssen, seine ureigensten Fähigkeiten einzubüßen.

Wenn die französischen Delegierten von Berlin mit dem festen Vorhabe nach Paris zurückgekehrt sind, bei uns Organisation, Disziplin, Einigkeit, hohe Beiträge — ist nicht das die Triebfeder des Krieges? — zu predigen, so ist ihre Reise wahrlich ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung . . .

Deutsches Reich.

Der Kampf in der Metallindustrie.

Die Aussperrung in Thüringen.

Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes Thüringer Metallindustrieller hat am 4. August in Erfurt beschlossen, am 5. August 80 Proz. der bei den Mitgliedern seines Verbandes beschäftigten Arbeiter auszusperrn. Damit war die für den 29. Juli beschlossene Aussperrung auf den 5. August vertagt. Wenn schon die genannten Gründe die Maßnahme bei der ersten Androhung der Aussperrung nicht rechtfertigten, so ist die jetzige Ausführung durchaus frivol, vom Wackeltisch diktiert.

Von den sechs Streikfällen, die den Thüringer Metallindustriellen-Verband veranlaßten, die Aussperrung anzudrohen, sind vier durch Verständigung erledigt worden. In den beiden anderen Fällen, bei Topf u. Söhne in Erfurt und der Kadel- und Stahlwarenfabrik von Wolf Knippenberg u. Co. in Jüttershausen, machten die Firmen die Verständigung unmöglich. Den streikenden Arbeitern der Firma Topf u. Söhne wurde eigensinnig die Erfüllung einiger bescheidenen Wünsche verweigert; die Unternehmer hofften, die Arbeiter würden von der Aussperrung niedergedrückt werden. Der Geheimrat Knippenberg von der Kadelfabrik in Jüttershausen verteilte nicht nur die Verhandlung und Verständigung über die von den neun streikenden Rostschleifern geforderte Alfordpreiserhöhung, er erklärte kategorisch, die neun streikenden Schleifer nicht wieder einstellen zu wollen. Weil die Streikenden nicht auf die Einstellung verzichteten, hat die Firma am 29. Juli in Jüttershausen 360 Personen ausgesperrt. Das sind die zwei nicht erledigten Fälle, weswegen der Verband Thüringer Metallindustrieller am 5. August tausende unbeteiligte Arbeiter in vielen Orten Thüringens ausgesperrt hat.

Im vorliegenden Falle wird die Situation dadurch erklärlich, daß der Geheimrat Knippenberg mit seinem Millionenreichtum einen sehr großen Einfluß ausübt. Der Metallindustriellen-Verband kann sich dem nicht entziehen.

Die Metallarbeiter in den von der Aussperrung betroffenen Betrieben haben für den Fall, daß die Aussperrung erfolge, durch den Metallarbeiterverband Forderungen auf Verlängerung der Arbeitszeit, Erhöhung der Zeitlöhne und der ungenügenden Alfordpreise, Regelung der Ueberzeitarbeit und einer besonderen Entschädigung dafür, dem Verband Thüringer Metallindustrieller unterbreiten lassen. Bei den Verhandlungen zur Herbeiführung einer Verständigung über die bestehenden Differenzen in der vorigen Woche verlangte der Metallindustriellen-Verband die Zurückziehung der Forderungen. Darauf hat der Metallarbeiterverband am 4. August vor seiner Beschlusfassung über die Ausführung der Aussperrung mitgeteilt, daß die Forderungen von Seiten der Arbeiter als zurückgezogen betrachtet werden, wenn der Metallindustriellen-Verband die angebotene Aussperrung unterlasse. Der Metallindustriellen-Verband war somit nicht in der Lage, erklären zu können: die Aussperrung wird vorgenommen, weil Forderungen vom Metallarbeiterverband gestellt worden sind.

An der Aussperrung sind die Orte Altenburg, Apolda, Arnern, Eisenach, Erfurt, Gera, Gotha, Götting, Jüttershausen, Kayhütte, Nordhausen, Odruf, Rumbach, Zeulenroda und einige andere Orte beteiligt. Obwohl die Aufregung unter den Arbeitern über die frivole Prozedur überall sehr groß ist, wurde überall die Ruhe bewahrt. In einigen Betrieben in Erfurt verließen die nicht ausgesperrten 40 Proz. gemeinschaftlich mit den ausgesperrten Kollegen die Betriebe. Es ist aber zu empfehlen, daß die Arbeiter in allen Fällen unter allen Umständen die berechneten und notwendigen An-

ordnungen ihrer Verbandsleitung abwarten und befolgen. Die Arbeiter dürfen sich nicht von dem Gedanken leiten lassen: Bester Schmerz ist halber Schmerz! Sie müssen sorgen, daß die Leiter der Bewegung in die Lage kommen, die Bewegung verschärfen zu können, wenn es notwendig wird; das ist nicht möglich, wenn alle Arbeiter die Betriebe verlassen haben. Die bürgerliche Presse weicht zu der Aussperrung nicht viel zu sagen. In der vorigen Woche versuchten die „Eisenacher Tagespost“, die „Deutsche Gewerkschaftszeitung“ in Apolda und das Zentrumsorgan, die „Kölnische Volkszeitung“, ohne Erfolg die Verhandlungen, die am 2. August in Eisenach zur Verständigung über die Differenzen in der Fahrzeugfabrik Eisenach stattgefunden haben, gegen den Deutschen Metallarbeiterverband auszuschlagen. Er soll die Verantwortung für die Aussperrung tragen, weil er die anderen Organisationen nicht gefragt hat, ob sie mit den Forderungen einverstanden seien, und weil der Verband die gestellten Forderungen nicht zurückziehe, obwohl die anderen Organisationen und die Arbeitgeber dies verlangen.

Man will durch solche Treibereien Verwirrung in die Reihen der Arbeiter hineinbringen. Damit keine Legenden entstehen, wollen wir die Tatsachen sprechen lassen.

Am 28. Juli beauftragten die Versammlungen der mit der Aussperrung bedrohten Metallarbeiter ihre Verbandsleitung, die oben stizierten Forderungen an den Metallindustriellen-Verband einzureichen. Die Verbandsleitung entsprach dem Auftrage am 31. Juli. Am 2. August erhielt der Bezirksleiter auf dem Wege zur Verhandlung in Eisenach die Antwort des Industriellenverbandes, in der gefordert wurde, der Metallarbeiterverband solle die Forderungen zurückziehen und bis 10 Uhr vormittags am 4. August Bescheid gegeben haben. In der mündlichen Verhandlung am 2. August, in Gegenwart der anderen Organisationsvertreter, sagten die Arbeitgebervertreter bis zu der erfolgten Verständigung über die Differenzen in der Fahrzeugfabrik kein Wort. Als der Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes im Auftrage aller an der Verhandlung beteiligten Organisationen die Erklärung abgegeben hatte: Den ausgesperrten Fahrzeugarbeitern werden die letzten Vorschläge der Direktion zur Annahme empfohlen werden, wurde von den Arbeitgebervertretern das Verhandlungsergebnis verlesen, wie sie es fixiert hatten. Darin wird die Bedingung enthalten, daß die Zugeständnisse der Fahrzeugfabrikdirektion nur bestehen bleiben, wenn die Forderungen des Metallarbeiterverbandes zurückgezogen würden. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes erklärte sofort, daß seine vorher abgegebene Erklärung nur für die Vereinbarung mit der Fahrzeugfabrik gelte, aber keine allgemeine Geltung haben könne; darüber sei ja auch nicht verhandelt worden und konnte auch nicht verhandelt werden. Die Arbeitgeber nahmen die Erklärung an, aber die Vertreter der anderen Organisationen ließen sich in Gegenwart der Arbeitgeber dazu hinreißten, Wortworte gegen den Metallarbeiterverband zu erheben. Selbstverständlich versuchten die Arbeitgeber nun, Kapital aus der Situation zu schlagen, aber ohne Erfolg. Die Vertreter des Metallarbeiterverbandes erklärten schließlich, daß die Fahrzeugarbeiter mit der Annahme der oben getroffenen Vereinbarungen die Zurückziehung der weitergehenden Forderungen für ihren Betrieb akzeptieren würden. Die Versammlung der Fahrzeugarbeiter hat die Vereinbarung auch angenommen. Nun hätte die Arbeit ausgenommen werden können, wenn die Aussperrung nicht angedroht gewesen wäre. Die Aussperrung ist trotz der Verständigung in Eisenach erfolgt, und obwohl der Metallarbeiterverband seine Forderungen nur für den Fall gestellt hatte, daß ausgesperrt werden würde. Die beanstandeten Forderungen sind also nicht der Grund für die Aussperrung. Die bürgerliche Presse vom Schlage der „Kölnischen Volkszeitung“ und der „Deutschen Gewerkschaftszeitung“ werden zu ihrem Leide nicht in die Lage kommen, dem Metallarbeiterverbande die Verantwortung für den Konflikt aufbürden zu können.

Der Metallarbeiterverband hatte alle Ursache, die Forderung für den Fall der Aussperrung zu erheben. Er soll durch die Maßnahmen der Arbeitgeber getroffen werden und muß sich darum umgehindert nach eigenem Ermessen verteidigen. In den Fällen, wo andere Organisationen interessiert sind, wird er ihnen die notwendigen Informationen geben. Für das gesamte Kampfgebiet muß er selbstverständlich disponieren können, damit er vor Ueber-raschungen gesichert ist.

Genaue Angaben über die Zahl der Aussperrten liegen noch nicht vor, weil die Arbeitgeber nicht gleichmäßig aussperrten und sich zum Teil zu drücken versuchten. Es werden etwa 8000 Arbeiter in Betracht kommen.

Die Aussperrung in Leipzig

hat, wenigstens bisher, nicht den vom Metallindustriellen-Verband angekündigten Umfang angenommen. Es sind bis Montag früh nur etwa 5000 Metallarbeiter ausgesperrt worden, dazu etwa 100 Model- und Fabrikarbeiter. Das sind statt der angekündigten 60 Prozent der in den Betrieben der Metallindustriellen-Verbandsmitglieder beschäftigten Arbeiter kaum die Hälfte. Allerdings werden Montag noch Arbeiter ausgesperrt werden, aber von einer Aussperrung von 10- oder gar 12 000 Metallarbeitern, von denen die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ fasseln, ist gar keine Rede. Manche Firmen sind von der Aussperrung höchst unangenehm berührt. So äußern sich einige im „Leipziger Tageblatt“, daß der Zeitpunkt der Aussperrung sehr unglücklich gewählt sei und daß selbst mit der Heranziehung von auswärtigen Kräften, also Streikbrechern, nichts auszurichten sei. Ingesamt stehen über 6000 Metallarbeiter im Kampf, 5000 am Sonnabend Aussperrte und etwa 1100 Streikende und schon vor einer Woche ausgesperrte Metallarbeiter.

Weitere Meldungen aus den Kampfgebieten liegen vor: Erfurt, 7. August. Nachdem am vergangenen Sonnabend 60 Prozent der Metallarbeiter ausgesperrt worden sind, haben heute in mehreren Betrieben die nicht betroffenen organisierten Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Infolgedessen mußte der Betrieb in mehreren Fabriken vollständig eingestellt werden.

Rürnberg, 7. August. In sämtlichen Fabriken der Spielwarenindustrie, mit Ausnahme der der Gebrüder Bing Aktiengesellschaft, die dem Verbande deutscher Metallindustrieller nicht angehören, ruht heute die Arbeit, teilweise infolge der Aussperrung, teilweise auch infolge des Streiks, dem sich auch die christlich organisierten Arbeiter angeschlossen haben.

Bevorstehende Einigung.

Ludwigshafen, 7. August. Die heute noch in der Amalifabrik beschäftigten Arbeiter beschlossen in zwei öffentlichen Versammlungen, den Antragsentwurf auszuweisen, mit der Fabrikdirektion wegen Beilegung der bestehenden Differenzen und der eventuellen Aufhebung des Streiks in Verhandlungen zu treten. Die Auslandsbewegung dürfte sich demnach ihrem Ende nähern. In der Walzmühle dauert der Streik fort, doch wird der Mühlenbetrieb aufrechterhalten. Auch in der chemischen Fabrik Pfeiffer u. Schwabender wird noch Mitteilung der Fabrikleitung trotz des Ausstandes der Betrieb fortgeführt.

Herr im Hause um jeden Preis.

Die streikenden Arbeitswilligen bei dem Großmüllenspeicher Plange in Düsseldorf, wo die Arbeiter wegen geringer Forderungen und Anerkennung der Organisation im Streik stehen, haben es sehr gut. Eins dieser „nützlichen Elemente“ schrieb an einen Kollegen:

„Die verdienen jetzt während des Streiks hat die Plange den Haushebern einen Lohnzuschlag von 30 Proz. in Aussicht gestellt 55-60 M. bei vollständiger freier Verpflegung und Wohnung. Auslagen hat man nicht; alles was man braucht, bezahlt die Firma. Es ist dies das reinste Herrenleben: Bier, Zigarren und Musik, für alles ist gesorgt. Georg — einer der Firmeneinhaber — sagte uns, es sei gleich, was es kostet, und wenn eine halbe Million daraufgehe.“

Die Forderungen der Streikenden hätten natürlich nicht den dritten Teil gekostet. Eine Anzahl der Arbeitswilligen waren auf dem Speicher der Plangenschen Villa einquartiert. Als jedoch Frau Plange aus dem Bade zurückkam, mußten die Arbeitswilligen aus der Villa hinaus. Ohne Zweifel wollte sie mit solchen Elementen nicht zusammenwohnen. Die Arbeitswilligen nehmen aber die schöne Erinnerung mit, auch einmal in einer Villa mit Marmorplatten und allem möglichen Luxus gewohnt zu haben. Die Polizei steht ständig zur Verfügung der Firma Plange, je zwei Mann zu Fuß und zu Pferde sind im Betrieb stationiert, ein Duzend andere Polizisten halten die Eingänge zum Hofen besetzt. Daß die Arbeitswilligen obendrein mit Revolvern ausgerüstet sind und friedliche Passanten provozieren, scheint die Polizei nicht zu kümmern.

Ausland.

Sieg der Londoner Hafenarbeiter.

London, 6. August 1911.

Die Londoner Hafenarbeiter haben einen glänzenden Sieg errungen. Der heute bekanntgegebene Schiedsrichterpruch sichert den beim Ein- und Ausladen der Schiffe beschäftigten Arbeitern den verlangten Stundenlohn von 8 Pence und einen Lohn von einem Schilling für Ueberstunden (Nachtarbeit). Auch soll der Lohn für die Dauer der Wablzeiten, wo es bisher üblich war, bezahlt werden. Die Entscheidung des Schiedsrichters kam den Eingeweihten kaum als eine Ueberraschung. Es war klar, daß jeder vernünftige Mensch die Lohnforderung der Dockarbeiter als berechtigt und leicht durchführbar ansehen mußte. Die Unternehmer bestanden nur auf eine Entscheidung durch das Schiedsgericht aus purem Eigensinn.

Das Urteil des Schiedsrichters sollte um halb vier auf der Trafalgar Square bekanntgemacht werden. Kurz vor der angesetzten Zeit strömten die Streikenden in großen Scharen mit ihren Bannern vom Osten her nach dem großen Platz im Westen Londons. Um halb vier war jeder Zoll Boden von Menschen besetzt, die gespannt die Ankündigung erwarteten, die von den Sodelplatten der Nelsonsäule gemacht werden sollte. Ein nie erdenklicher Jubel erhob sich, als die Streikführer von den verschiedenen Sodelplatten die Siegesbotschaft verkündeten. „Dreimal hoch die acht Pence!“ rief der eine, „sechsmal hoch der Schilling!“ warf ein anderer scherzend ein. Die Hauptredner waren die Genossen Will Thorne und Ben Tille. Thorne führte in seiner Rede aus, daß niemand vorläufig die Arbeit wieder aufnehmen sollte, es sei denn auf Befehl seiner Gewerkschaft. Noch müsse die Forderung der Kohlenträger, Fuhrleute und Lichterschiffer gemährt werden. In zwei Tagen werde eine Konferenz zwischen den Vertretern dieser Arbeiterkategorien und den wichtigsten Arbeitgeber stattfinden. Er freute sich, mitteilen zu können, daß die Schulbehörden in West Ham (der großen Arbeiterstadt, die er im Parlament vertritt) beschloßen hätten, an die schulpflichtigen Kinder der Streikenden Wablzeiten zu verabreichen, obwohl augenblicklich Ferienzeit sei. Der Reederverband versuche, Schiffe von London nach anderen Häfen zu schicken, um sie dort laden zu lassen. Die Dockarbeiter möchten aber getrost Muten sein; der Reederverband habe kein Monopol auf Telephon und Telegraph. In Zukunft werde die Arbeitsnachweiskarte des Reederverbandes nur durch die Gewerkschaften ausgegeben, so daß jeder gezwungen sein würde, sich seiner Organisation anzuschließen. Er erwähnte die Transportarbeiter, treu zueinander zu halten und nicht wieder in denselben Fehler zu verfallen wie vor 22 Jahren, als viele der Gewerkschaftsmitglieder nach dem Streik wieder davonliefen. Der erzwungene Stundenlohn von 8 Pence bedeute nur eine Etappe im Aufstieg der Arbeiterklasse und die Lohnerrhöhung entspreche auch nicht annähernd der gewaltigen Zunahme des Profits der Kapitalisten.

Trotz des Sieges der Dockarbeiter wird der Streik doch noch einige Zeit andauern und sich vielleicht noch ausdehnen, bis daß alle beteiligten Arbeiterkategorien befriedigt sind. Die große Solidarität der Arbeiter ist das Hauptmerkmal dieses Streiks wie auch der anderen ähnlichen Streiks, die in englischen Hafenstädten in der letzten Zeit stattgefunden haben.

Von Montag liegen noch folgende Meldungen vor: London, 7. August. Man nimmt an, daß hier morgen 60 000 Mann nicht arbeiten werden. Die Verhandlungen zwischen den verschiedenen Kategorien der Arbeiter und Arbeitgeber nehmen morgen ihren Anfang. Der Ausstand hat sich auf den Redway-Fluß ausgedehnt, wo in den Regierungsspeichern die Arbeit eingestellt worden ist.

Liverpool, 7. August. Der Streik, der unter den Lastträgern der Lancashire-, Yorkshire- und Nordwest-Eisenbahngesellschaften ausgebrochen ist, dehnt sich auch über andere Teile von Lancashire aus und umfaßt bereits 12 000 Mann. Man fürchtet, daß er sich noch auf andere Gesellschaften ausdehnen und den Eisenbahnverkehr lahmlegen wird.

London, 7. August. Der Ausstand der Eisenbahngestellten breitet sich in Liverpool mit beunruhigender Schnelligkeit aus. Es haben sich bei der London and Northwestern Railway, wie von Angestellten dieser Bahn erklärt wird, bereits 2000 bis 3000 Mann dem Streik angeschlossen. Es wurde heute vormittag ein Umzug von einer Station zur anderen veranstaltet. Die Angestellten aller Stationen mit Ausnahme einer legten die Arbeit nieder. Die Angestellten verlangen eine Arbeitszeit von 54 Stunden wöchentlich und eine Lohnerrhöhung von 2 Schilling.

Die Streiklage auf der Insel Elba.

Rom, den 2. August.

Seit einem Monat sind die Eisenbergwerke der Insel Elba und die Hochöfen verlassen, und noch deutet nichts auf eine baldige Beilegung dieses Riesenstreiks. Nach einer Berechnung der „Tribuna“ beläuft sich der tägliche Lohnausfall auf rund 50 000 Lire. Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen der Widerstand nicht durch die Ersparnisse der Streikenden selbst aufrechterhalten werden kann. Da die ganze Insel schwer unter dem Ausstand leidet, haben die Bürgermeister sich wiederholt an die Regierung mit der Bitte um Vermittelung gewendet, aber die Vermittelung der Regierung vermag nichts, so lange beide Teile einander widerstandsfähig gegenüberstehen und keiner Lust hat nachzugeben.

Letzte Nachrichten.

Neue Choleraerkrankungen.

Triest, 7. August. (W. Z. V.) Heute sind hier drei neue Cholerafälle festgestellt worden.

Saloniki, 7. August. (W. Z. V.) In Ipe? sind 47 neue Cholerafälle vorgekommen, von denen 30 tödlich verliefen. In Djakova sind acht Erkrankungen gemeldet, von denen zwei tödlich waren, aus Konastir werden zwei Cholerafälle gemeldet.

Ein scheußliches Verbrechen.

Paris, 7. August. (W. Z. V.) In der Ortschaft Bara t wurde in der vergangenen Nacht ein furchtbares Verbrechen verübt. Der Landwirt D o s y r a t und seine Schwägerin wurden ermordet und ihre Leichen von den Verbrechern in einen Sack gesteckt. Der Sack wurde mit Petroleum übergossen und angezündet. Als Dorfbewohner herbeieilten, um den Brand zu löschen, fanden sie die völlig verkohlten Leichen.

Teilweises Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung.

Die Reichsversicherungsordnung ist nach dem „Reichsanzeiger“ jetzt im „Reichsgesetzblatt“ verkündet. Damit ist der Anspruch heiratender junger Frauen auf Rückzahlung vor ihrer Heirat geleisteter Beiträge in Wegfall gekommen.

Nach dem Einführungsgezet, Artikel 38, zur Reichsversicherungsordnung treten rückfichtlich der Angestelltenvorschriften vorläufig an Stelle der (noch nicht bestehenden) Versicherungsämter die Schiedsgerichte für die Arbeiterversicherung.

Nach diesem Erlaß sind für die nach Artikel 38 Absatz 1 des Einführungsgezetes zur Reichsversicherungsordnung den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung zugewiesenen Aufgaben diejenigen Schiedsgerichte für die Arbeiterversicherung zuständig, in deren Bezirken die beteiligten Krankenkassen ihren Sitz haben.

Für die Bestätigung der Beschlüsse des Krankenkassenvorstandes nach § 349 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung, für die widerrechtliche Befehlung der für die Geschäftsführung der Krankenkasse erforderlichen Personen und für die endgültige Übertragung der Stelle an die widerruflich Angestellten nach § 350 a. a. O. sowie für die Zustimmung und die Genehmigung nach § 354 Absatz 2, 3 a. a. O. sind der Vorsitzende des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung, für die Genehmigung zur endgültigen Übertragung der Stelle (§ 350 a. a. O.) die mit Erledigung dieser Angelegenheiten betrauten Beamten des Reichsversicherungsamtes (Landesversicherungsamtes) zuständig.

Ueber Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnisse der Angestellten (§ 355 Absatz 1 der Reichsversicherungsordnung) entscheidet das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. Auf Beschwerde (§ 349 Absatz 3, § 355 Absatz 1 a. a. O.) entscheiden die Senate des Reichsversicherungsamtes oder des Landesversicherungsamtes.

Die Beschwerdefrist beträgt einen Monat nach Aufstellung der angefochtenen Entscheidung; für die Frist gelten die §§ 124 bis 134 der Reichsversicherungsordnung.

Solange die im § 35 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Bestimmungen über das Verfahren vor den Versicherungsbehörden noch nicht in Kraft getreten sind, gelten auch für die im Artikel 38 des Einführungsgezetes zur Reichsversicherungsordnung bezeichneten Angelegenheiten die allgemeinen Bestimmungen der Kaiserlichen Verordnungen betreffend das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung vom 22. November 1900 und das Verfahren des Reichsversicherungsamtes sowie der für das Verfahren vor den Landesversicherungsämtern erlassenen Verordnungen der Landesregierungen.

Die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, bei denen mehrere Spruchabteilungen bestehen, bestimmen, welche Spruchabteilung

* Wegen Raummangels in der Sonntagsnummer zurückgestellt.

die im Artikel 38 des Einführungsgezetes zur Reichsversicherungsordnung bezeichneten Angelegenheiten zu erledigen hat. Das Entsprechende gilt für Landesversicherungsämter, bei denen mehrere Senate bestehen.

Für das Verfahren bei Entlassung eines Angestellten wegen Vergehens gegen die Dienstordnung und im Falle des § 354 Absatz 6 der Reichsversicherungsordnung gelten folgende besonderen Bestimmungen:

1. Will der Vorstand der Krankenkasse nach § 354 Absatz 2 a. a. O. oder der Vorsitzende des Vorstandes nach § 354 Absatz 3 a. a. O. einen Angestellten entlassen, so ist diesem eine Anschließungsbüchse mitzuteilen. Der Angeschuldigte ist zu hören, er kann sich auch des Bestandes eines Verteidigers bedienen.

2. Wegen den übereinstimmenden Beschluß der Arbeitgeber und der Versicherten im Vorstand, der die Entlassung ausdrückt, steht dem Angestellten die Beschwerde an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu. Vor dessen Entscheidung findet eine mündliche Verhandlung statt, in welcher der Beschwerdeführer persönlich erscheinen, sich auch durch einen Verteidiger vertreten lassen kann. Das Schiedsgericht kann nach freiem Ermessen Beweis erheben, für diesen gelten die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung; das Schiedsgericht entscheidet nach freier, aus dem Inbegriffe der Verhandlungen und Beweise geschöpften Ueberzeugung.

3. Die Bestimmungen unter Nr. 2 Satz 2, 3 gelten entsprechend für das Verfahren bei Entscheidung des Vorsitzenden des Schiedsgerichts in den Fällen, in denen dieser nach § 354 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung die Zustimmung zu einem Beschluß der Vorstandsmehrheit über die Entlassung oder nach § 354 Absatz 6 a. a. O. die Genehmigung zu der von dem Vorsitzenden des Vorstandes ausgesprochenen Entlassung zu erteilen hat. Auch in diesen Fällen ist gegen den Beschluß, der die Entlassung ausdrückt, die Beschwerde an das Schiedsgericht zulässig.

4. Gegen die Entscheidungen des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung ist die weitere Beschwerde statthaft, über welche die im § 2 Absatz 2 dieser Bekanntmachung bezeichneten Senate des Reichsversicherungsamtes (Landesversicherungsamtes) entscheiden. Auch hierfür gelten die Bestimmungen unter Nr. 2 Satz 2, 3 entsprechend.

Durch eine weitere Verordnung vom 2. d. M. hat der Reichsfanzler bestimmt, daß die Amtsdauer der gegenwärtigen nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes aus dem Stande der Arbeitgeber und der Versicherten bis zum 31. Dezember 1913 verlängert wird.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Aus dem Jahresbericht des Bezirksvorstandes der Provinz Posen ist zu entnehmen, daß auch in dieser Provinz die Organisation sich entwickelt. In der Berichtszeit wurden 602 Mitglieder für die Partei gewonnen. Seit dem 1. Juli 1908, wo nur 392 Mitglieder in der ganzen Provinz vorhanden waren, stieg die Zahl am 1. Juli 1909 auf 868, am 1. Juli 1910 auf 1073, am 1. Juli 1911 auf 1302, darunter 101 Frauen. In 14 von den 15 Wahlkreisen sind jetzt Mitglieder vorhanden. Die Einnahmen aus Beiträgen stiegen von 1343,45 M. im Jahre 1909/10 auf 2246,15 M. in 1910/11. An den Parteivorstand wurden 423,62 M. abgeliefert, 74 100 Flugblätter, 3000 Broschüren und 13 500 Kalender gelangten zur Verteilung. Der „Landbote“ wurde in 12 000 Exemplaren verbreitet. In der Berichtszeit fanden in der Provinz 59 öffentliche und 148 Mitgliederveranstaltungen statt. Trotz der 602 Aufnahmen hat die Organisation nur um 229 Mitglieder zugenommen. Wie alljährlich, so sind auch in diesem Jahre eine große Anzahl der Genossen nach dem Westen abgewandert.

In Pommern, wo der Großgrundbesitz dominiert und von Industrie nur strichweise und in verhältnismäßig geringem Umfange etwas zu merken ist, bleibt für die Parteibewegung noch sehr viel zu tun übrig. Aber auch hier sind Fortschritte bemerkbar.

Der Wahlkreis Stettin zählte am Schlusse des Jahres 1909/10 insgesamt 1897, im Berichtsjahre 1910/11 2213 Mitglieder, darunter 315 weibliche. Die Kassenerhältnisse haben sich wesentlich gebessert, das Rechnungsjahr weist eine Einnahme von 10 119,00 Mark, eine Ausgabe von 8220,13 M. auf. Unter den Einnahmen befinden sich 7892,80 M., die allein für Mitgliederbeiträge eingegangen sind. — Die Aufklärungsarbeit im Kreise war eine ziem-

lich umfangreiche. Neben zahlreichen öffentlichen Versammlungen wurden allmonatliche Bezirksversammlungen abgehalten. Die letzten dieser Veranstaltungen dienten zur Vorbereitung des Wahlkampfes. Außerdem wurden 202 000 Flugblätter und 43 000 Handzettel verbreitet. Die Stadtvorordnungsblätter sägerten den alten Bestand.

Stettins Nachbarkreis, Mandow-Griffenhagen, ist geographisch größer und an Mitgliedern stärker. Die Zahl der Mitglieder ist im letzten Jahre von 3901 auf 4036 gestiegen. Die geringe Zunahme von nur 135 Mitgliedern erklärt sich daraus, daß die im Kreise gelegene Schiffsbauwerft „Vulkan“ ihre Hauptwerkstätten nach Hamburg verlegt hat. Dadurch wurden sehr viel Arbeiter zur Abwanderung gezwungen. Hauptächlich wurden weibliche Mitglieder neu gewonnen. Der Kassenbericht weist einschließlich des vorjährigen Kassenbestandes eine Einnahme von 14 176,68 M. auf. Am Schlusse des Jahres verbleibt ein Bestand von 1700,22 M. Für Beitragsmarken wurden 12 235 M. eingenommen. Im Berichtsjahre haben 46 öffentliche und 187 Mitgliederveranstaltungen stattgefunden. An Druckschriften wurden 166 000 Flugblätter, 27 000 Agitationskalender und 63 000 Handzettel verbreitet.

Der Wahlkreis Köslin-Stolberg zählte am Schlusse des Berichtsjahres 520 Parteimitglieder, darunter 34 weibliche. Wegen des Vorjahrs ist in der Gesamtzahl der Mitglieder nur ein ganz geringer Zuwachs zu verzeichnen, und zwar bei den weiblichen ein solcher von 15, während die männlichen sogar um 10 abgenommen haben. Wie die Mitgliederverhältnisse, so sind auch die Kassenerhältnisse wenig befriedigend. Den Gesamteinnahmen von 1075,46 M. steht eine Ausgabe von 1478,15 M. gegenüber. Es fanden eine Reihe von öffentlichen und Mitgliederveranstaltungen statt. Außerdem wurden 29 500 Flugblätter und 14 000 Kalender verbreitet.

Etwas besser sieht es im Kreise Straßund-Franzburg aus. Hier betrug die Mitgliederzahl am 1. Juli 1910 942 und am 30. Juni d. J. 1097, mithin ist eine Zunahme von 155 Mitgliedern zu verzeichnen. Ingesamt wurden etwa 900 Mitglieder neu aufgenommen, so daß eine ziemlich große Fluktuation zu konstatieren ist. Die Zahl der weiblichen Mitglieder im Kreise beträgt 108. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 5587,82 M. und eine Ausgabe von 3833,52 M. auf. An Flugblättern und Broschüren wurden im Kreise 56 400 und Kalender 10 400 Exemplare verteilt.

Im Wahlkreise Greifswald-Grimmen stieg die Mitgliederzahl von 719 auf 750. Im ganzen haben im Berichtsjahre 30 öffentliche und 80 Wahlvereinsveranstaltungen stattgefunden. Der Kassenbericht schließt in Einnahme und Ausgabe mit 4485,65 Mark und zeigt einen Bestand von 1013,61 M. An Agitationsmaterial wurden 20 000 Kalender und 21 000 Flugblätter verteilt.

Der Wahlkreis Neustettin zählte zurzeit nur 80 Mitglieder. Demgemäß sind auch seine Kassenerhältnisse bescheiden. Auch hier wurde viel an Aufklärungsarbeit geleistet.

In den übrigen Kreisen der Provinz ist die Parteioorganisation nicht besser bestellt.

Die Jugendbewegung ist in Pommern noch wenig entwickelt. Neben Groß-Stettin hat noch Kolberg einen Jugendausschuß. — Für den Reichstagswahlkampf haben die einzelnen Kreise bereits Maßnahmen getroffen. Teilweise sind besondere Wahlfonds geschaffen worden, die schon ganz ansehnliche Beträge zu verzeichnen haben. Für einen Druckereisond ist alljährlich ein dreizehnter Monatsbeitrag zu leisten.

Der Sozialdemokratische Verein für die Reichstagswahlkreise Köslin-Stadt und Köslin-Land zählte am Schlusse des zu Ende gegangenen Geschäftsjahres 6140 Mitglieder, darunter 633 Frauen. Die Steigerung beläuft sich gegen das Vorjahr auf etwa 1200. Die Zahl der organisierten Frauen ist dagegen stehen geblieben. Die Jahreseinnahme und Ausgabe schließen mit etwa 30 000 M. ab. Der Wahlfonds belief sich auf 4263 M. An den Parteivorstand gingen 3000 M., an das Bezirksagitationskomitee ebenfalls 3000 M., an den Jugendausschuß 500 M., an das Arbeitersekretariat, die Zentralbibliothek, den Bildungsausschuß usw. 1200 M. Polizei- und Gerichtskosten beanspruchten 650 M.

Als Delegierte zum Parteitag wählte die Generalversammlung die Genossen Adolf Hofrichter und Paul Runge. Als Antrag soll dem Parteitag unterbreitet werden: Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, auf die Tagesordnung des Parteitag 1912 zu setzen: Die Privatbeamten und die Sozialdemokratie. Zur Verbindung wurde ausgeführt, daß für die Gewinnung und Aufklärung des technischen

des Dämchens aus dem Versteck — das alles bleibt ganz und gar in dem Geleise konventioneller Theatralik. Erst der Schlussakt bringt einige Trümpfe. Die Gaunerfreiheit des schmierigen Strebers, der seinen Fremden im konterbairischen Ausdruß vorzuzählt, der teure Dabingeseidene habe ihm mit seinem letzten Atemzug die Führerschaft der Konservativen anvertraut, ist da epigrammatisch in pointuereicher Steigerung durchgehört. Die Herrschaften, die an der goldenen Schüssel sitzen, sind nicht abgeneigt, ihn als Ministerkandidaten vorzuschlagen, jedoch — Moral gehört zur Staats-erhaltung — nur unter der Bedingung, daß er sich von seiner dungenfach kompromittierten Gattin und Spiegelgelenk endlich scheiden lasse. Und das Märchen wird auch diesmal nach einigen erregten Szenen handeleinig. Für eine Rente von 50 000 Frank erklärt sich Eugenie bereit, die Schmerzen der Trennung zu tragen.

Es wurde im ganzen flott gespielt, namentlich die beiden männlichen Hauptrollen, der Minister und der Abenteuerer, waren bei den Herren Paul und Bach in guten Händen.

Humor und Satire.

Spiele nicht mit Schießgewehr!

Was brauchst denn da im Busch herum?

Ich glaub', es ist Rapollum vom Alexanderplage.

Ein äußerst kriegerischer Mann,

er hat den großen Sabel an,

den Dreispiz auf der Wajge.

„Ach!“ — wer das Schießen unterläßt,

fliegt eine Woche in Arrest!“

Gleich schnappt die Stimme über...

Die linke Hand im Wafentoch

so steht er da, der Posennay —

hier fehlt ein Rosenstüber.

Hier fehlt noch mehr!! — Und wird sehr klamm —

der spiegt die ganze Stadt zusaum'!

Verbrecher, Demokraten...

Die Schymannan erlöbet sind gefeit —

denn dazu hat er keine Zeit —

der Kleine spielt Soldaten! —

Aurt.

Notizen.

— Theaterchronik. Das Deutsche Theater und die Kammerspiele beginnen Sonnabend, den 12. August, die neue Spielzeit.

— Der Schachwettkampf Schlechter-Lorrach in Köln wurde am Sonnabend abgebrochen. Er blieb unentschieden. In fünf Wochen waren 10 Partien gespielt, von denen jeder Teilnehmer drei gewann, während zehn remis blieben. Ein neuer Match soll nächstes Jahr bis zur Entscheidung ausgetragen werden.

Kleines feuilleton.

Eine vorgeschichtliche Stadt in England. Bei der Ortshaft Wallington in der englischen Grafschaft Surrey sind seit einigen Monaten Ausgrabungen ausgeführt worden, deren Ergebnisse für die Beurteilung der vorgeschichtlichen Bewohner Englands als ungewöhnlich bedeutungsvoll bezeichnet werden müssen. Ohne Zweifel gehörte die Deute, die vor rund 2000 Jahren an diesem Platze hausten, der Steinzeit an. Es muß eine kriegerische Sippe gewesen sein, die sich hinter einen Wall verschanzt hatte und Feuersteine und runde Gerölle als Wurfgeschosse benutzte. Die runden Steine wurden wahrscheinlich mit Schlingen geschleudert. Eine große Sammlung von Geräten zeigt, wie diese Urenghänder ihre Rohstoffe zubereiteten. Kamentlich sind einige Mahlsteine mit sattelförmiger Oberfläche trefflich erhalten geblieben. Diese Steinzeitmenschen verstanden sich auch schon auf die Herstellung von Ziegeln, die in großer Zahl gefunden worden sind und eine auffällige Regelmäßigkeit mit denen besitzen, die aus Schweizer Pfahlbauten zulage gefördert wurden. Leider sind nur wenige Steingeräte erhalten geblieben, obgleich das reichliche Vorkommen von unvorbelebten Feuersteinen und Steinplättchen darauf deutet, daß die Herstellung von Steingeräten bekannt war und mit Emsigkeit ausgeübt wurde. Besonders merkwürdig ist der Umstand, daß die Ansiedelung dieser Menschen durch die Einschließung in einen Wall einen geradezu städtischen Charakter gehabt haben muß. Dieser ist nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der ganzen Anlage durchgegraben worden, und es ist daher mit Bestimmtheit zu erwarten, daß hier noch viele Gegenstände von größtem Interesse zutage kommen werden. Diese steinzeitliche Stadt, deren Blütezeit vielleicht in das zweite Jahrhundert vor Christi Geburt fällt, muß sogar schon eine Art von Fremdhandel besessen haben. Wenigstens deutet darauf die Entdeckung einer zerbrochenen Art von Diort, einem vulkanischen Gestein, das nur aus dem Auslande hierher gelangt sein kann.

Zum Ursprung des Wortes Sozialismus und Sozialist. In der Zeitschrift für deutsche Wortforschung bringt S. Feldmann eine Anzahl interessanter Beispiele zum Ursprung politischer Begriffe und Schlagworte. Nach Grünberg soll das Wort Sozialist zum ersten Male in England am 24. August 1833 gedruckt worden, das Wort Sozialismus im Februar 1832 von Tomiches geprägt worden sein. Die Worte sind sicher älter. G. Deville hat darauf hingewiesen, daß der schweizerische Pastor Alexander Vinet schon am 23. November 1818 in der Wochenschrift „Le Semeur“ diesen Satz geschrieben hat: „On se sépara pour se réunir; l'individualisme doit ramener au socialisme.“ (Man trennt sich, um sich zu vereinen; der Individualismus muß zum Sozialismus zurückführen.“) Der Ausdruck wird hier als bereits ganz geläufig verwandt. Von „Sozialisten“ redet Fourier in seiner Zeitschrift „La Réforme industrielle“ schon am 12. April 1833.

Die Zahl der Haustiere. Die Frage, wie viele Haustiere es auf der Erde gibt und wie sie sich auf die einzelnen Arten verteilen, ist naturgemäß nur schätzungsweise zu beantworten möglich, da über weite Gegenden von Afrika, Asien und Südamerika nur recht ungenaues Material zu erhalten ist. Neuerdings hat aber das amerikanische Ackerbauministerium eine Statistik veröffentlicht, der zufolge der Gesamtbestand der ganzen Welt etwa 1 500 000 000 beträgt. Bei weitem die größte Zahl davon, nämlich 600 000 000, kommen auf die Rinder. Dann folgen die Schweine mit etwa 150 000 000, die Ziegen mit 100 000 000 und die Pferde mit 95 000 000 Exemplaren. Erst im weiten Abstände kommen nunmehr die Esel mit 9 000 000, die Maultiere mit 7 000 000 und die Kamelle mit 2 000 000 Exemplaren. Die Zahl der Reutiere dürfte etwa 1 000 000 Exemplare betragen. Unberücksichtigt in dieser Statistik sind von wichtigen Haustieren die Schafe, die an Zahl wahrscheinlich unmittelbar hinter den Rindern aufzuführen wären. Angaben über die Zahlenverhältnisse der verschiedenen Geflügelarten sowie der übrigen mit dem Menschen in Gemeinschaft lebenden Tiere, wie Hunde usw., lassen sich auch nicht einmal schätzungsweise machen. Ueberraschend ist es vielleicht, daß nach dieser amerikanischen Statistik Australien die größte Zahl von Rindern produziert, während Argentinien und Nordamerika erst an zweiter resp. dritter Stelle kommen. Dagegen geht Nordamerika hinsichtlich der Produktion von Schweinen und Pferden weit voran.

Theater.

Lustspielhaus. Die goldene Schüssel, Komödie von Rudolf Strauß. Im Fettel war ein leidhafter Verkehrsminister nebst einem Haufen Abgeordneter der „Rechtspartei“ verzeichnet, was im Verein mit dem Titel mitten in der sommerlichen Hochglut etwas wie eine politisch-satirische Komödie zu verstanden schien. Indessen hielt sich die Sache — andersfalls hätte es die weibliche Zensur ja auch schwerlich unbeschnitten passieren lassen — in ungefährlich nebuloser Ferne und feuerte ihre nicht gerade aufregenden Weisheiten gegen parlamentarische Schürzen- und Glöckchen der „romantischen Republik Lusitanien“ ab. Die Geschichte jenes würdevoll dekorativen französischen Präsidenten, dem ein Herzschlag infanterweise just beim Letz-a-tete mit der berichtigten Steinheil zu Boden streckte, dient dem österreichischen Verfasser, der freilich in den Strebertypen der korrupten Wiener Aristokratie Mique ein weit aktuelleres Objekt des Hohnes hätte finden können, als Hintergrund. Die französische Kostümierung, die von einigem Geizhalschmack des Pharisäertums nicht frei ist, verleiht ihm die Bequemlichkeit, die Kosten größtenteils mit den bekannten Requisiten der Pariser Schwan- und Sensationskomödie zu bestreiten. Bis zum dritten Akt bleibt alles tödlich Schema. Die Entrüstung des betagten Minister „Don Juans, als er bei einem weit vorgeschrittenen Mendezvous dahinter kommt, daß seine Angebetete mit ihrem Namen unter einer Decke spielte, die telephonische Herbeirufung und die Verdommerung des Schuldigen, die Madame Eugenie halb entkleidet im Nebenzimmer mitanzuhören muß, der tödliche Herzschlag und das Hervorstürzen

und kaufmännischen Proletariats viel mehr als bisher getan werden muß.

Der Sozialdemokratische Verein für Neuh-Jüngere Linie hielt am Sonntag, den 6. August, in Gera seine 9. Generalversammlung ab. Vertreten waren außer dem Hauptvorstande und den übrigen Parteimitgliedern 28 Ortsvereine durch 123 Vertreter. Auch der Parteifreier, Reichstagsabgeordneter Leber-Jena, war anwesend. Der Bericht für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1910 bis zum 30. Juni 1911 lag gedruckt vor. Denselben entnahmen wir folgendes:

Bei der Landtagswahl im Herbst 1910 nahm unsere Stimmenzahl ganz bedeutend zu, auch im Oberlande, so daß auch dort von Wahlmandaturn nicht mehr die Rede ist. Wir gewannen 3 Mandate und verloren eins, so daß jetzt 6 sozialdemokratische Abgeordnete unter 16 dem Landtage angehören. Bei der Landtagswahl für den verstorbenen Genossen Fiedler im 1. händischen Wahlkreis behaupteten wir das Mandat trotz allgemeinem Stimmenrückgang mit größerer Mehrheit als bei der Hauptwahl. Die Zahl der Orte mit sozialdemokratischen Gemeinderatsmitgliedern stieg von 19 auf 25, die Zahl der Gemeinderatsmitglieder selbst von 106 auf 159. In der Hauptstadt Gera erhielten wir 2867 bis 3170 Stimmen, die vereinigten Gegner nur 2442 bis 2798. Unsere Liste wurde glatt gewählt, so daß wir im Geraer Gemeinderat jetzt die Zweidrittelmehrheit haben.

Der Abonnentenstand des Parteiblattes, der „Neuh-Jüngeren Tribune“, ist anhaltend gestiegen. Im Oberlande und in der Pflege Reichensfeld wurde eine systematische Agitation für die „Tribüne“ mit gutem Erfolge entfaltet.

Die Frauenbewegung macht ebenfalls Fortschritte. Es fanden 10 öffentliche Frauenversammlungen statt. Solche Versammlungen finden jetzt alle 3 Wochen, in verschiedenen Orten wechselnd, statt, die sich eines steigenden Besudes erfreuen.

Auch die Jugendbewegung blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Die systematische Arbeit des Jugendausschusses in Gera, der für jeden Monat ein Programm aufstellt und durchführt, findet immer größeres Interesse bei den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen. Vorträge geschichtlichen, naturwissenschaftlichen und sozialen Inhaltes wechseln ab mit solchen über Dichter, Gelehrte und Volksmänner. Es finden außerdem regelmäßig abwechselnd Les- und Spielabende, turnerische Veranstaltungen und Ausflüge statt.

Die Bildungsarbeit wurde wie bisher gepflegt; doch fanden im Berichtsjahre nur 2 Kurse statt. Redakteur Bahnewald behandelte die Wirtschaftsgeschichte und Redakteur Drechsler die Naturwissenschaft. Die Zentralbibliothek mit besonderer Jugendabteilung wird immer mehr in Anspruch genommen.

Die Kasse war eine befriedigende. Die Beteiligung war stärker als zuvor. Im Baugewerbe folgte eine kurze, belanglose Ausbreitung.

Die Entwicklung des Sozialdemokratischen Vereins war eine gute. Der Verein hatte am 30. Juni 1910 2850 männliche und 870 weibliche, zusammen 3720 Mitglieder. Am 30. Juni 1911 hatte sich die Mitgliederzahl vermehrt auf 4250 männliche und 831 weibliche, zusammen 5087 Mitglieder, also um 758 (297 männliche und 161 weibliche). Während im Vorjahre noch nicht 1/4 unserer Reichstagswähler organisiert war, ist das Drittel jetzt überzählig. Die Stadt Gera allein hat 1849 Mitglieder, darunter 337 weibliche. An der Zunahme sind alle Ortsvereine beteiligt, deren jetzt 28 bestehen gegen 27 im Vorjahre. Es wurden 144 öffentliche und 219 Mitgliederversammlungen veranstaltet.

Vereinnahme wurden an Eintrittsgeldern 200,10 M., an laufenden Beiträgen 14 161,55 M., an Extrabeiträgen 1112,42 M., Wahlfondsbeiträgen 1908,82 M. Die Gesamteinnahmen einschließlich des Kassenbestandes betragen 24 153,08 M. Kassenbestand der Hauptkasse 4087,84 M., der Ortsvereine 5835,99 M. Der feste Reichstagswahlfonds beläuft sich auf 5251,88 M. gegen 3885,18 M. am Anfang des Berichtsjahres.

Der Parteifreier, Genosse Knauf, gab zu dem gedruckten Berichte einige Erläuterungen. Den bevorstehenden Kämpfen stehen wir gerüstet gegenüber, und die Reichstagswahl, bei der wir die einige reaktionäre Kräfte vom Hund der Landwirte bis zum „Dinksfreier“ gegen uns haben, wird uns die Wiedererobierung des Mandates bringen.

Nach Schluß der Diskussion wurde einstimmig beschlossen, zur Stärkung des Reichstagswahlfonds für die Monate Oktober 1910 bis März 1911 einschließlich von den männlichen Mitgliedern einen Extrabeitrag von monatlich 10 Pf. zu erheben. Ferner wurde beschlossen, den Beitrag der Partei zum Arbeiterssekretariat von 160 Mark auf 250 M. jährlich zu erhöhen.

Zum 1. Vorstehenden wurde Genosse Bitterlein wiedergewählt. Der langjährige Hauptkassierer, Genosse Fischer, hatte eine Wiederwahl abgelehnt. An seiner Stelle wurde Genosse Rindel zum 1. Kassierer gewählt.

Zum Parteitag in Jena wurden, nachdem Genosse Leben die Tagesordnung besprochen hatte, die Genossen Leben-Gera und Knauf-Gera als Vertreter gewählt. Als Vertreterin des Kreises auf der Frauenkonferenz wurde die Genossin Frau Erle bestimmt.

Gegen die Marxoffche wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die am 6. August 1911 in Gera tagende 9. Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Neuh-J. protestiert mit allem Nachdruck gegen das unverantwortliche Vorgehen der Regierung des Deutschen Reiches in der Marxofffrage. Sie weist alle Versuche, die darauf hinauslaufen, das deutsche Volk in Kriegswirren zu verwickeln, energisch zurück und weiß sich darin eins mit der gesamten internationalen Arbeiterklasse, der sie ihren friedlichen brüderlichen Gruß entbietet.“

Der sozialdemokratische Verein für die Reichstagswahlkreise München I und II hat seinen Jahresbericht für 1910/11 den Genossen zugestellt. Der Bericht konstatiert, daß sich in der für das wirtschaftliche Leben Münchens so wichtigen Baubranche im letzten Jahre ein bester Geschäftsgang bemerkbar machte, der günstig auf unsere Parteiorganisation einwirkte. Er zeigt ferner, daß auch im verflochtenen Geschäftsjahre die Mitgliederzahl erfreulicherweise nicht unerheblich gestiegen ist. Am 30. Juni 1910 betrug die Mitgliederzahl 13 718, in diesem Jahre sind es 18 237 Mitglieder, somit ein Zuwachs von 2515. An diesem Zuwachs partizipieren die männlichen Mitglieder mit 2085, die weiblichen Mitglieder mit 430. Es sind also 14 865 Männer und 1372 Frauen im sozialdemokratischen Verein organisiert. — Die Zahl der Sektionen und Ortsvereine konnte im Berichtsjahre um 4 vermehrt werden. — An Mitgliederbeiträgen wurden 55 808,80 M. vereinnahmt; an den Parteivorstand in Berlin wurden 11 161,72 M., an den Gauvorstand für Südbayern 8101,50 M. und an den Landesvorstand 3250,60 M. abgeführt. — Das Parteiorgan, die „Münchener Post“, hat dank der kräftigen Agitation der Genossen 8000 Neaabonnenten gewonnen. 100 Besprechungen, 325 Sitzungen, 317 Mitgliederversammlungen und 40 Prozentversammlungen wurden notwendig, in denen neben politischen und wirtschaftlichen Zeit- und Streitfragen eine Anzahl Vorträge wissenschaftlicher Natur abgehalten wurden. — Der Kassenbericht schließt mit einer Einnahme von insgesamt 88 462,32 M. und einer Ausgabe von 60 541,19 M. ab, so daß der Kassenbestand 27 921,13 M. beträgt. Aus dem Verkauf von Parteimarke-ten wurden vereinnahmt 1354,50 M. — Dem Jahresbericht sind gleichzeitig kurzgefaßte Berichte der Preßkommission, der sozialdemokratischen Rathausaktion, der Kinder-schutzkommission, der sozialdemokratischen Armen-pflegeschäfts- und Waisenträte sowie Waisenvorstand- und -pflegerinnen und der Bericht des Arbeiterbildungsvereins vorwärts beigegeben, die ein interessantes Bild über die erzieherische Tätigkeit dieser Korporationen geben.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Aus der soeben erschienenen Nr. 16 heben wir hervor: Die Schule der Zukunft. — Die Maschine. Von Gustav Eckstein. — Briefe aus der Fremde. (Schluß). — Die Sprechmaschinen. (Mit Illustrationen.) Von Ingenieur Grempe. — Die hierarchische Jugendorganisation. Von Anton Jenschik. — Aus der Jugendbewegung (Hamburg, Hannover, Jttau). — Von den Segnern.

Beilage: Der König der Vagabunden. Erzählung von E. Rosen. — Empfehlenswerte ethnologische Literatur für die Jugend und Jugendbibliotheken. Von Hannah Wevin. — Im weißen Böhmerwald. (Mit Illustrationen.) Von G. E. Graf. — Ferdinand Raffale (Fortsetzung). — Bücher für die Jugend. — Das Wahlrecht der Gänse. Von S. Kast.

Aus Industrie und Handel.

Steigende Teuerung in Sicht.

Der Sommer 1911 erinnert in mehr als einer Beziehung an das Jahr 1904. Auch damals herrschte starke Hitze und Trockenheit, die die Kartoffel- und Futterernte wesentlich beeinträchtigte. Die Saatenstandsziffern verschlechterten sich im Juli und August erheblich, wie wir es auch dieses Jahr beobachten können. Der Mangel an Grünfütter führt zu einer Verfüllung des Angebotes auf dem Viehmarkt und bringt zunächst eine kurze Periode sinkender Preise. Es ist sehr wichtig, diesen Verkaufsrückgang möglichst zurückzuhalten, da als Mehrernte sehr bald eine lange Periode der Knappheit und damit steigender Preise erscheinen muß. Sind die Lebensmittelpreise jetzt schon ziemlich hoch, so ist für die nächste Zeit mit einer weiteren Steigerung zu rechnen. Schon gegenwärtig machen sich in vielen Gegenden Bestrebungen geltend, die Milchpreise zu erhöhen, wogegen sich die Konsumenten und auch die Milchhändler energisch zur Wehr setzen. Es ist eine ganz merkwürdige Erscheinung, daß die Milchpreise in den verschiedenen Gegenden so starke Unterschiede aufweisen. Rechnet man pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 120 Liter Milch und nimmt einen Literpreis von 20 Pf. an, so werden für Milch mehr als 1 1/2 Milliarden Mark von den Konsumenten ausgegeben. Jeder Pfennig pro Liter mehr oder weniger, bedeutet ein Plus beziehungsweise ein Minus von 70 Millionen Mark im Jahre. Das ist eine Summe, die für den Volkshaushalt keineswegs nebensächlich ist. Die Kämpfe um den Milchpreis bilden aber nur die Einleitung zur Periode der Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt. Daß durch die Steigerung der Nahrungsmittelpreise die Kaufkraft des Geldes sinkt, das muß die Arbeiter veranlassen, darauf Bedacht zu sein, daß ihre Löhne nicht zurückgehen. Das geschieht aber, wenn die Löhne bei steigenden Preisen auf der bisherigen Höhe bleiben. Nach allen Erfahrungen der Lohnbewegungen werden wir daher in nächster Zeit mit einer erheblichen Zunahme der Lohnkämpfe zu rechnen haben, da bei der steigenden wirtschaftlichen Konjunktur die Arbeiter das Bestreben haben, ihre Löhne nicht nur so hoch zu halten, daß sie die alte Kaufkraft behalten, sondern darüber hinaus noch steigern, damit auch die Arbeiter aus der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse Vorteil ziehen.

Die soziale Wertsteuer.

In der Schnapsblodprelle der Ritter und Hellenen ist man kampfhaft bemüht, die skandalöse Reichsfinanzreform in eine Kulturart umzuwandeln. So macht die ultramontane „Schleifische Zeitung“ sich ein Vergnügen daraus, die Tabakwertsteuer als eine soziale Roh-nahme zu rechtfertigen. Dazu schreibt nun die „Südd. Tabakztg.“ (Nr. 95) u. a.:

„Nun ist es noch keinem vernünftigen Menschen eingefallen, zu behaupten, daß die Wertbesteuerung eine 15 Pfennig-Zigarette nicht höher belastet als eine bledere 8 Pfennig-Zigarette. Aber trotzdem ist es nicht schwer, an Hand der Tatsachen zu beweisen, daß dieses soziale politische Wankeltieren recht fadenförmig ist, denn die Nachfrage nach billigem Rohmaterial ist gerade infolge der Wertbesteuerung enorm gestiegen und mit der Nachfrage erheben auch die Preise die gleiche Steigerung. Die Verarbeitung kommt im Jahre 1908/09 brauchbare Einlagetabake von Domingo zu ca. 38 Pf., von Carmen zu 23 Pf., von Brasil zu 48—50 Pf., von Java zu 20 Cents kaufen, während heute für die gleichen Sorten 40, 38 bis 40, 58—60 Pf. bzw. 25—28 Cents bezahlt werden müssen. Die Preissteigerung beträgt also rund 30 Proz. und unter Zuzug des Wertzollens 43 Proz. Dieses, für den Konsum der minderwertigen Raucher bestimmte Rohmaterial ist also nicht um 40 Prozent Wertsteuer, sondern tatsächlich um 40 + 42 = 82 Prozent verteuert worden; da die Umblattabake sowie deutscher Rohlabak eine ähnliche Preissteigerung erfahren haben, so ist also die prozentuale Mehrbelastung der von den minderwertigen Rauchern konsumierten Fabrikate ganz erheblich höher, als die Mehrbelastung der feineren, von der besser situierten Minder-heit verbrauchten Fabrikate. Man ersieht hieraus mit erschreckender Deutlichkeit den Unterschied der Wirkung, wie sie von Theoretikern herausgerechnet wurde im Gegenjahre zu der übrigen von den Praktikern vorausgesagten tatsächlichen Wirkung.“

Versteckte Trusts.

Gewöhnlich nennt man einen Trust ein geschlossenes Wirtschaftsgelände, das auch nach außen sichtbar ist. Aber es gibt auch Trusts, die man nicht sieht, deren Existenz sich aber dennoch sehr fühlbar macht. Häufig wird dabei so vorgegangen, daß eine Bank Aktien verschiedener Unternehmen erwirbt, und wenn sie genügend Aktien in Besitz hat, die betreffenden Gesellschaften wirtschaftlich voneinander in Abhängigkeit bringt. Etwas Derartiges scheint sich augenblicklich in der Kali-Industrie zu vollziehen. Es ist bekanntlich zwischen den Kaliwerken Kaserleben und Solkstedt einerseits und dem Kalisyn dikat andererseits die ange-strebte Einigung soweit gediehen, daß man sie als perfekt bezeichnen kann. Damit kommt ein neuer großer Machtblock in das Kalisyn dikat hinein. Aber die Werke werden aller Voraussicht nach nicht allein bleiben, sondern eine Interessengemeinschaft dadurch eingeben, daß eine direkte oder indirekte Personalunion mit der Bankfirma zustande kommt, die den Konzern der Kaliwerke beherrscht. Aller Voraussicht nach wird kein regulärer Trust entstehen, sondern die Interessengemeinschaft wird sich eben nur durch Aufsichtsratsbesetzung und durch Aktieninteressen äußern. Der Konzern der Deutschen Kaliwerke stellt schon heute eine Großmacht in der deutschen Kali-Industrie dar. Durch eine Verquickung mit den Kaliwerken Kaserleben und Solkstedt würde sich diese Macht noch außerordentlich erweitern.

Die Weltenernte in Italien. Der Minister für Landwirtschaft teilt mit, daß nach ungefährender Berechnung des agrarstatistischen Amtes die diesjährige Weltenernte sich auf 55 350 000 Doppelzentner belaufen wird, 13 600 000 mehr als im Vorjahre und 4 Millionen mehr als im Jahre 1909. Dagegen ist die Ernte der Seidenkokons schlechter als im Vorjahre. Sie beläuft sich auf 880 000 Doppelzentner, 54 000 weniger als im Jahre 1910. Vor September werden die definitiven Zahlen nicht veröffentlicht.

Elektrifizierung englischer Bahnen.

Eine der Bahngesellschaften, die den Verkehr südlich von London in Händen haben, die London, Brighton and South Coast Company oder Brighton and South Coast Railway hat die Elektrifizierung einer ihrer weiteren Strecken durchgeführt. In dieser Durchführung ist nur eine Zeit von neun Monaten erforderlich gewesen, obwohl 16 1/2 englische Meilen, d. h. 84,4 Kilometer der hier nur

regelmäßigen Bahn umgewandelt werden mußten, ohne den regelmäßigen Verkehr zu stören. 30 elektrische Eisenbahnwagen mußten in der gleichen Zeit fertiggestellt werden. Es handelte sich um die Elektrifizierung der Strecke von London nach dem Crystal Palace, der bekannten Riesenerleuchtungsanlage südlich der Themse. Der Schienenstrang der London, Brighton and South Coast Railway läuft durch einen Tunnel, der leider so schmal ist, daß so breite elektrische Eisenbahnwagen wie auf der Strecke, die nach London Bridge führt, nicht eingestellt werden konnten, vielmehr der ältere schmalere Typus von Wagen beibehalten werden mußte. Daß trotzdem die neuen Wagen gegenüber den alten eine wesentliche Verbesserung darstellten, braucht kaum gesagt zu werden.

Die englischen Eisenbahnen werden, wenigstens soweit es sich um Linien handelt, die eine Großstadt mit einer Vorstadt verbinden, zur Elektrifizierung rasch durch den Umstand gezwungen, daß ihnen die elektrischen Straßenbahnen und Autoomnibusse starke Konkurrenz machen. So hat z. B. die South London-Bahn auf ihrer Strecke zwischen Victoria und London Bridge mehr als fünf Millionen Passagiere in wenigen Jahren verloren, weil der Wettbewerb anderer moderner Beförderungsmittel außerordentlich stark war. Als dann aber die Elektrifizierung durchgeführt war, gelang es, die gesamte Zahl verloren gegangener Passagiere innerhalb eines einzigen Jahres wieder zu gewinnen, obwohl die bestehenden Fahrpreise nicht einmal geändert wurden.

Internationales.

„Amerika in Deutschland“ ist längst keine Seltenheit mehr. Deutsche Finanzinteressen in den Vereinigten Staaten sind festere. Es ist zwar schon so weit gekommen, daß deutscher Roggen nach Amerika ausgeführt wird, dies hat aber seine Ursache darin, daß die deutsche Regierung den Agrariern durch das zuchlose Einfuhrsteuersystem sogar den Getreidehandel über den Atlantischen Ozean im Muttergebiet der Getreideproduktion rentabel gemacht hat. Wie jetzt bekannt wird, ist die vielgenannte Berliner Firma Otto Marklewitz, die seinerzeit den Grund und Boden zum Postoffizialhaus hergab und die Lieferung der Inneneinrichtung dieses Posteinstitutes übernahm, an einem Riesengeschäfts-hausbau in New York beteiligt. Es handelt sich um einen 55 Stock hohen Bau, der jährlich 4,2 Millionen Mark Miete abwerfen soll. Im kommenden Jahre wird er der Benutzung übergeben. Da die amerikanischen Interessenten von den 68 Millionen Mark Baukosten nur 35 Proz. tragen, will Marklewitz das übrige aus Europa, das soll natürlich heißen Deutschland, herausholen, und zwar soll es auf dem Anleihewege geschehen. Es ist dies das erste Mal, daß europäisches Kapital an einem derartigen amerikanischen Unternehmen beteiligt ist.

Morgan ist dafür eifrig dabei, seine deutschen Interessen weiter auszubauen. Nachdem die deutsche Erdölindustrie sich ohne ihn vertriebt hat und die Amerikaner in der Kalifrage auch nicht das mit nach Hause nehmen können, womit sie gerechnet haben, ist jetzt die Delmühlenindustrie Deutschlands seiner besonderen Aufmerksamkeit würdig befunden worden. Es dreht sich hier auch wieder erst um die vorläufige Aneignung der Verarbeitungsfähigen. Das Rohprodukt und die Fertigware ist gleich abhängig, wenn das Zwischenglied, die Verarbeitung in bestimmten Händen konzentriert wird. Wie verlautet, hat die Baumwollspinnfabrik B. Dörl G. m. b. H. in Harburg a. d. Elbe am Hafendock ein Terrain von 12 000 Quadratmeter von der Stadt gekauft und sich weitere 18 000 Quadratmeter gesichert. Es handelt sich hier um eine Vereinigung Morgan & Dörl, die darauf hinarbeitet, eine Interessengemeinschaft der bedeutendsten Delmühlen der Vereinigten Staaten und Deutschlands herbeizuführen. In Hamburg hat diese neue Interessentengruppe schon eine Delmühlengesellschaft eingerichtet. Die Harburger Raffinerie soll auf dem neu erworbenen Gelände raschstens ebenfalls in Betrieb kommen. So wird aller Voraussicht nach sehr bald das in Amerika offiziell totgeschlagene Leuchtöl freudlich auch in Deutschland sich weiter mit neuer Dollarnahrung vorzeigen.

Aber nicht nur in Deutschland, auch in der Schweiz ist Amerika eifrig dabei, seine Geldinteressen auszubauen. Hier handelt es sich um die Stickerindustrie. Nachdem der Payne-Administrativ der Hochkonjunktur der Vereinigten Staaten zum vollendeten System ausgebaut hat, wodurch die deutsche Textil- und die ihr verwandten Industrien schwer in Mitleidenhaft gezogen worden sind, ist das Interesse an amerikanischer Eisenproduktion stark gestiegen. Diesem Interesse ist die amerikanische Bundesregierung so weit entgegengekommen, daß die Einfuhr bestimmter Textilmaschinen zollfrei, respektive zum alten Zollsaße bis weit in das Geltungsbereich des neuen Tarifes hinein gestattet worden ist. Zwischen der Stickeri Feldmühle Aktien-Gesellschaft vormals Loeb, Schönfeld u. Co. in Korschach und der Loeb u. Schönfeld Company in New York auf der einen und der Schweizerischen Kreditanstalt und der A. Len-Gesellschaft Len u. Co. in Zürich auf der anderen Seite ist der Beschluß gefaßt worden, in Olarus eine neue schweizerische Aktiengesellschaft zu gründen. Der einzige Zweck dieses Unternehmens soll der sein, sich an anderen Stickeriunternehmen zu beteiligen und solche zu finanzieren. Vorläufig soll das Unternehmen die Mehrzahl der Aktien der Stickeri Feldmühle Aktien-Gesellschaft und der Loeb u. Schönfeld-Company übernehmen. Dagegen noch zwei andere von der letzteren gegründete amerikanische Stickeriabschlüssen-Gesellschaften. Da der Loeb-Schönfeldkonzern in der Stickeriindustrie der Schweiz und der Vereinigten Staaten schon sehr erfolgreich gearbeitet hat, wird dieses neue Dreißigmillionen-Unternehmen noch mehr dazu beitragen, „anständige“ Dividenden zu fabrizieren.

Bemerkenswert ist noch bei dieser Gründung, daß die Gesellschaftsform, welche in den Vereinigten Staaten soeben verurteilt worden ist — die Holding-Gesellschaft, die nichts weiter darstellt, als in eine Aktiengesellschaft eingebrachte Beteiligungen an sonstigen anderen Aktiengesellschaften — jetzt in der freien Schweiz freudlich wieder auflebt. Ueberdies brauchen wir nicht einmal so weit zu schweifen, als Art der Holdingcompany haben wir in Deutschland auch schon zur Genüge, besonders die Finanzierungs-gesellschaften der Elektroindustrie sind im Prinzip nichts anderes als diese amerikanischen Holdingcompanys. Sie fungieren als zentrale Kontrolle über Duzende anderer Gesellschaften. Der Industrialismus des Kapitals marschiert mit Riesenschritten.

Soziales.

Ein Fürsorgeleiter.

Die Erziehungsanstalt in Strauberg rechnet nicht zu den gut geleiteten. Zu der schweren, verantwortungsvollen Aufgabe einer Fürsorge gehört es, die Mängel der Erziehung durch geistige, sittliche und körperliche Erziehung nach Möglichkeit zu beseitigen und dem Jüngling ein selbständiges ethisches Fortkommen nach bestmöglicher Fürsorge zu ermöglichen. Ein tüchtiger Erziehungsleiter wird noch nach erreichbar Volljährigkeit von dem Fürsorgezögling um Rat befragt und steht mit Rat und Tat nach Möglichkeit seinem früheren Pfleger zur Seite. Anders ein Fürsorgeleiter, wie er nicht sein soll. Der scheidet, dem Grundgedanken der Ausführungs-beschristen zum reaktionären Fürsorgegesetz folgend, die ihm als Vertreter des Fürsorgeverbandes obliegende Erziehungspflicht von sich durch Arbeitsverträge ab, die den armen Jüngling einer landwirtschaftlichen Beschäftigung überweist, die schlecht bezahlt ist und dem Jüngling die Möglichkeit späteren Fortkommens erschwert. So werden unter dem Deckmantel einer „Fürsorge“ billige Arbeitskräfte und die Grundlagen zu späteren Verfehlungen des schlecht ausgebildeten Jünglings geschaffen.

Noch weit hinter diesem debauernwerten Ergebnis einer un-verständigen Fürsorgeerziehung, die sich der Pflicht der Allgemeinheit zur Bekämpfung und Stärkung der geistigen, sittlichen und körperlichen Kräfte des ihrer Obhut Anvertrauten so wenig wie die preussischen Ausführungsverbordnungen bewußt wird, steht die „Fürsorge“, wie sie in Strauberg geübt wird, zum mindesten in dem nachstehend geschilderten Fall geübt wurde. Der Direktor

Der Brandenburgischen Provinzialerziehungsanstalt in Strausberg, Pastor Seiffert, hält es danach für seine Pflicht, die Rechte des seiner Fürsorgeerziehung Entwichenen entgegen den vom Reich getroffenen Schutzvorschriften zu beeinträchtigen.

Ein Fürsorgezögling ist von dem genannten Erziehungsdirektor vor mehr als sechs Jahren zu einem Bauern nach Hohenstein bei Strausberg als landwirtschaftlicher Arbeiter überwiesen worden. Mit der Grobjährigkeit — Vollendung des 21. Lebensjahres — und mit der damit endenden Fürsorgeerziehung verließ der junge Mann die ihm nicht weiter zusagende Beschäftigung und begab sich zu seinen Verwandten nach Berlin, um hier als besser bezahlter gewerblicher Arbeiter sein Fortkommen zu finden. Der Besitzer verweigerte jedoch die Herausgabe der Invalidentarte und der Aufrechnungsbescheinigungen; darin lag ein strafbarer Verstoß gegen die Vorschrift des § 139 des Invalidentversicherungsgesetzes. Dieser besagt, daß die Quittungslarte gegen den Willen des Versicherten nicht zurückbehalten werden darf. Dabei ist es gleichgültig, ob das Dienstverhältnis von dem Arbeiter zu Recht oder zu Unrecht gelöst ist. § 181 Ziffer 4 des Invalidentversicherungsgesetzes bestimmt ferner, daß der Arbeitgeber, der gegen § 139 verstoßt, mit einer Geldstrafe bis zu 300 M. bestraft werden kann. Der junge Mann wendete sich in seinem naiven Vertrauen auf Geseh und Gerechtigkeit an den Ortsvorsteher, den er irrträglich für die Ortspolizeibehörde hielt, mit der Bitte um Beschaffung der Invalidentarte und um Uebersendung eines Abzugsattestes, dessen Beibringung die Berliner Polizeibehörde beansprucht.

Auf mehrmaliges Ersuchen ging ein Schreiben ein, nicht von dem Ortsvorsteher, sondern von dem Erziehungsdirektor Pastor Seiffert. Dies Schreiben ist so interessant und typisch für den Geist einer Fürsorgeerziehung, wie sie nicht sein soll, daß es hier wortgetreu wiedergegeben sein mag. Es lautet (Namen und Adresse lassen wir fort):

Strausberg, den 25. Juli 1911.
Wie ich höre, hast Du am Tage Deiner Grobjährigkeit Deine Dienststelle eigenmächtig verlassen. Dazu hast Du kein Recht. Nach der Entscheidung des Kgl. Kammergerichts zu Berlin vom 7./14. 04 bist Du verpflichtet, in dem Arbeitsverhältnis, in dem Du als Fürsorgezögling gestanden hast, auch nach Deiner Entlassung aus der Fürsorgeerziehung solange zu bleiben, wie es der Kontrakt verlangt, widrigenfalls Du einen Kontraktbruch begehst. Ich fordere Dich hierdurch auf, sofort nach Hohenstein zurückzukehren, andernfalls Dir von Deinen hier liegenden 118 M. betragenden Sparguthaben nichts ausgezahlt wird. Eine Drohung mit der Polizei, falls Du die Papiere nicht erhältst, ist Unsinn; Herr Hirsland (das ist der Ortsvorsteher von Hohenstein. Num. d. Red.) wird Dir keine Papiere senden.

Seiffert.
Das der Rat und die Hilfe, die der Pastor Seiffert unangefordert seinem Fürsorgezögling angedeihen läßt! Welch kunterbunte Auslegung der Gesetze zu ungunsten des Pflegebefohlenen weist dies Schreiben neben seinem Mangel an Wohlwollen auf! Die wenigen gesetzlichen Schutzbestimmungen sollte doch ein Erziehungsdirektor kennen. So sagt § 139 Abs. 8 des Invalidentversicherungsgesetzes klipp und klar: Die Ortspolizeibehörde hat auf Antrag des Versicherten dem Arbeitgeber die Invalidentarte fortzunehmen und sie dem Arbeiter zu übergeben. Der Herr Erziehungsdirektor meint aber, ein Hinweis auf den Inhalt dieser Vorschrift sei eine „Drohung“, die „Unsinn“ sei. Weiter: Nach § 13 des Fürsorgegesetzes endet die Fürsorge mit der Fürsorgefähigkeit. Also kann darüber hinaus ein Vertrag den Fürsorgezögling nicht binden. Aber, meint der Pastor Seiffert, das Kammergericht habe am 7. November 1904 entschieden, der Zögling müsse auch über die Minderjährigkeit hinaus den Vertrag ausführen. Gütte das Kammergericht so entschieden, so hätte es sich großlich geirrt. Es hat aber auch nicht so entschieden. Der Pastor hat wahrscheinlich das Erkenntnis des Kammergerichts vom 9. (nicht 7.) November 1904 (Jahrbuch Bd. 28 S. 170) im Auge. Dort untersucht das Kammergericht, ob ein Kommunalarbhaber einen gewerblichen Lehrvertrag, der über die erreichte Volljährigkeit hinausgehen würde und sonst nicht geschlossen werden könnte, ohne elterliche und gerichtliche Zustimmung schließen könne und bracht diese Frage, weil sonst günstige Lehrverträge vielleicht unmöglich wären. In dem Fall, in dem der Pastor den Brief schrieb, handelte es sich um keinen gewerblichen Lehrvertrag, sondern um einen ländlichen Arbeitsvertrag. Der Abschluß eines solchen über erreichte Volljährigkeit hinaus wäre ein grober Verstoß gegen die dem Kommunalarbhaber obliegenden Pflichten und wäre mindestens mit erreichter Volljährigkeit nichtig. Und nun soll gar ein auf länger als 5 Jahre abgeschlossener Dienstvertrag entgegen der Schutzvorschrift, die § 625 des Bürgerlichen Gesetzbuches für Erwachsene enthält, gültig sein! Der junge Mann hat mit Recht und Recht die Arbeitsstätte verlassen. Ein Vertragsbruch auf seiner Seite liegt nicht vor. Weiter: Der Pastor droht, das Sparguthaben von 118 M. nicht auszuzahlen. Weiß der Erziehungsdirektor nicht, daß die Anstalt verpflichtet ist, den Zöglingen nach erreichter Grobjährigkeit ihr Eigentum einzubehalten? Wie sollen die jungen Leute die Begriffe von „Mein“ und „Dein“ auseinander halten, wenn ihr oberster Erzieher so wenig die Gesetze über Eigentumsrechte kennt. Und sind dem Pastor Seiffert nicht die Sprüche aus

der Bibel bekannt, die die Vorenthaltung des Lohnes als eine Sünde erklären, die zum Himmel schreit? Epistel St. Jakob Kap. 5 Vers 4 und ähnliche Stellen wie 3. Buch Mose Kap. 19 Vers 13, 5. Buch Mose Kap. 24 Vers 14 sprechen das deutlich genug aus. Jesus Sirach (Kap. 24 Vers 27) erklärt kurz und nett: Wer einem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund. Der Anspruch des Arbeiters auf Zahlung seines Lohnes ohne ein Zurückbehaltungsrecht wegen vermeintlicher Gegenforderungen ist in unseren Reichsgesetzen (Lohnbeschlagnahmengesetz und § 894 des Bürgerlichen Gesetzbuches) überdies zum klaren Durchbruch gekommen. Ein Erziehungsdirektor sollte seinem ehemaligen Zögling bei der Geltendmachung seines Rechts zur Seite stehen, sie nicht hindern. Vielleicht strengt der junge so in seinen Rechten mißhandelte Mann gegen den Pastor eine Schadenersatzklage an.

Der gesamte Inhalt und Ton des pastoralen Schreibens — die Anrede eines erwachsenen Menschen mit Du — zeigen, wie fremd eine wirkliche Fürsorge dem Briefschreiber ist. Und der Strausberger Fall ist leider nicht alleinstehend. Er zeugt von dem Bestreben, durch die Fürsorgeerziehung gedrohten Charaktere heranzubilden, die Ungerechtigkeiten slavisch dulden, nicht aber Charaktere festzuhalten, die jedem Unrecht die Seiten bieten. Das System unserer Fürsorgeerziehung ist reformbedürftig an Haupt und Gliedern.

Protest gegen Milchpreiserhöhung.

Am Freitagabend tagte in Göttingen eine von circa 1000 Personen besuchte öffentliche Versammlung, um gegen die plötzlich eingetretene Verteuerung der Milch um 2 Pf. das liter Protest zu erheben. Es wurde beschlossen, die verteuerte Milch nicht zu kaufen und sich solange anders zu beschaffen, bis die Agrarier die völlig ungerechtfertigte Forderung zurückziehen. Die fortwährende Verteuerung aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse haben bereits einen Elendzustand im arbeitenden Volke geschaffen, so daß endlich die menschliche Gesellschaft das höchste Interesse an einer Frontmachung den agrarischen Nimmerjäten gegenüber haben sollte. Die Löhne der Landarbeiter seien nirgends erhöht worden.

Gerichts-Zeitung.

Ein wüster Arawak.

bei welchem ein Schuhmann in eine sehr gefährliche Situation geraten war und von seiner Schuhwaage Gebrauch machen mußte, beschästigte gestern die 11. Ferienkammer des Landgerichts I. Wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung waren angeklagt: Der Bauarbeiter Alfred Horn, der Mechaniker Alfred Schulze, der Hausdiener Karl Willending, der Arbeiter Georg Walide, der Arbeiter Willi Albrecht, der Arbeiter Karl Albrecht, der Klempner Otto Niedling und der Mechaniker Richard Fuß. — Am 9. April d. J. hatte der Kriminalschuttmann Jankowski den Auftrag erhalten, mit einem anderen Beamten zusammen die in dem 118. Polizeireviere gelegenen Schanklokale auf Innehaltung der Polizeistunde zu revidieren. In einem Lokal, welches auf Veranlassung des J. geschlossen wurde, befanden sich noch zwölf junge Burschen, die hierüber sehr ungelassen waren. Als J. das Lokal verlassen hatte, hatte er das Gefühl, als ob er von zwei jungen Leuten verfolgt werde. Als er ein Lokal in der Elbingerstraße betrat, erschienen hier bald darauf die Angeklagten Horn und Schulze, die er für die beiden Verfolger hielt. Da die beiden offenbar einen Streit mit Jankowski herbeiführen wollten, wurde ihnen von dem Birt der weitere Aufenthalt in dem Lokal verboten. Die beiden Angeklagten postierten sich auf der Straße auf und warteten, bis der Beamte das Lokal verließ. Als beide in drohender Haltung auf ihn losströmten, erklärte er, er sei Kriminalbeamter und gab, als sie auf ihn einschlugen, einen Schreckschuss in die Luft ab. Dieser Schuss hatte zur Folge, daß zahlreiche junge Leute, darunter die jebrigen Mitangeklagten, aus den umliegenden Schanklokalen zusammenströmten und, ohne zu wissen, um was es sich handelte, gegen den Beamten Partei nahmen. Jankowski gab noch zwei weitere Schreckschüsse ab. Schließlich war er gezwungen, sich mit dem Rücken gegen ein Haus zu lehnen und die Angreifer mit der Pistole im Schach zu halten. Der Angeklagte Willending schlich sich an der Häuserreihe entlang und fiel den Beamten von hinten an. Nunmehr fiel eine große Anzahl junger Leute über ihn her und bearbeitete ihn mit Häuten und Fußritten, bis er aus Mund und Nase blutend zu Boden stürzte und die Bewinnung verlor. Vorher hatte er noch einen Schuß abgegeben, der den Angeklagten Walide in das Bein traf. Jankowski mußte sofort in das Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden, da er erhebliche Verletzungen erlitten hatte. Vor Gericht behaupteten die erst später hinzugekommenen Mitangeklagten, daß sie nicht gewußt hätten, daß es sich um einen Kriminalbeamten handele. Sie wären des Glaubens gewesen, es habe sich um einen Verbrecher oder einen Revolverbesitzer gehandelt. Die Rechtsanwältin Dr. Davidsohn und Prager hielten deshalb die Freisprechung dieser Angeklagten für geboten, auf welche das Gericht dann auch erlachte. Gegen Horn lautete das Urteil auf 6 Wochen Gefängnis, gegen Willending auf 30 M. Geldstrafe.

Die Drohung mit der Flucht in die Öffentlichkeit hat zu einem Strafverfahren wegen Vergehens gegen den § 114 St.G.B. (Nötigung gegenüber einem Beamten) geführt, welches

gestern in der Berufungsinanz die 5. Ferienkammer des Landgerichts I beschästigte. Angeklagt war der Handlungsgehilfe Johannes Potthof aus Niddorf. Der Angeklagte war über drei Jahre bei der Schreibmaschinenfirma Blum u. Co. als Buchhalter und Kassierer angestellt. Er wurde entlassen, weil seine Mutter und sein Bruder angeblich ein Konkurrenzgeschäft eröffnet hatten. Am Tage nach seinem Ausscheiden wurde von der Firma, wie P. behauptet, lediglich aus Rache eine Anzeige wegen Diebstahls gegen ihn erstattet. Es wurde auch ein Ermittlungsverfahren gegen P. eingeleitet, welches die völlige Haltlosigkeit der gegen ihn erhobenen Beschuldigung ergab. Potthof drehte nunmehr den Spieß um und erstattete gegen die Inhaber der Firma Blum Anzeige wegen offensichtlich falscher Anschuldigung. Die Staatsanwaltschaft lehnte jedoch ein Einschreiten ab, ebenso wurden die verschiedenen Beschwerden des Angeklagten als unbegründet zurückgewiesen. Der Angeklagte geriet nun über diese wiederholten, nach seiner Meinung ohne erschöpfende Beweiserhebung erlassenen Bescheide in hochgradige Erregung und zwar um so mehr, als er durch die Weiterverbreitung des einstellenden Bescheides, in dem mehrhin ein Verdacht des Diebstahls gegen ihn offen gelassen worden war, durch die Firma Blum in seinem Fortkommen erheblich geschädigt und in seiner Brande in Verfall gebracht worden war. In diesem Erregungszustande richtete er an den Oberstaatsanwalt Dr. Preuß ein Schreiben, in dem er u. a. drohte, den Zeitungen das gesamte Material zur Verfügung zu stellen und ferner schrieb: „Wollen Sie, nachdem man meine Ehre in den Schmutz gezogen hat, durch die Wutrage mich zwingen, einen Mord zu begehen?“ — Die Staatsanwaltschaft erblühte in diesen Worten einen Rätigungsversuch gegenüber einem Beamten. Das Schöffengericht erkannte auf 1 Woche Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte P. unter Beistand des Rechtsanwalts Willi Beyer Berufung ein. Die Strafkammer folgte dem Gutachten des Revidenten Dr. Leymann, der die Möglichkeit, daß der nervöse und höchst reizbare Angeklagte bei Abfassung der Eingabe sich in einem nicht willensreifen Zustande befunden habe, für vorliegend erachtete. Das Urteil lautete deshalb auf Freisprechung des Angeklagten.

Eine eigenartige Auslegung des Preßgesetzes.

Im Januar 1910 veröffentlichte eine Verkäuferin im Sprechsaal des „Hamburger Echo“ einen Artikel über angebliche Mißstände in einem dortigen Schuhwarengeschäft. Der Geschäftsinhaber und seine Frau strengten daraufhin eine Privatbeleidigungsklage gegen die Verfasserin des Artikels an, und diese wurde wegen Beleidigung verurteilt. Gleichzeitig erkannte das Schöffengericht unter Vorbehalt des Amstrichters Waage auf Urteilspublikation mit folgenden Worten: „Die Kläger können den Urteilspruch binnen zwei Wochen nach Ausfertigung zweimal auf Kosten der Angeklagten im Sprechsaal des „Hamburger Echo“ veröffentlichen.“ Die Redaktion des „Hamburger Echo“ lehnte jedoch die Aufnahme des Urteilsentens im redaktionellen Teile des Blattes ab, trotz wiederholten Ersuchens des Amstrichters Waage, unter Berufung auf die §§ 10 und 19 des Preßgesetzes. Die Redaktion des „Echo“ begründete ihre Ablehnung damit, daß das Gericht nur hätte beschließen können, den Tenor des erwähnten Urteils nur im Inseratenteil zu veröffentlichen. Es wurde darauf gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Köpfe, Anklage wegen Verstoßes gegen §§ 10 und 19 des Preßgesetzes erhoben. Das Schöffengericht lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens ab, das Landgericht ordnete sie auf Veräußerung an. Das Schöffengericht sprach darauf am 8. Mai den Angeklagten frei. In den Gründen hieß es: „Zunächst liegt eine amtliche Bekanntmachung in Gemäßheit § 10 des Preßgesetzes (dieser lautet: „Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift, welche Anzeigen aufnimmt, ist verpflichtet, die ihm von öffentlichen Behörden mitgeteilten amtlichen Bekanntmachungen auf deren Verlangen gegen Zahlung der üblichen Einrückungsgebühren in eine der beiden nächsten Nummern des Blattes aufzunehmen“) nicht vor, denn das ergangene Urteil ist keine amtliche Bekanntmachung. Des ferneren kann der Angeklagte nicht gezwungen werden, den Abdruck des Urteils im Sprechsaal vorzunehmen, denn dieser dient dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses und ist von der Redaktion dafür zur Verfügung gestellt. Die Redaktion kann nicht gezwungen werden, sonstige Einwendungen aufzunehmen. Im übrigen gibt es für den Anzeigenteil besondere Redakteure, so daß der Angeklagte gar nicht zu belangen ist und eine Komplexhaftigkeit der berichteten Redakteure nicht besteht. Dem hat auch § 200 II St.-G.-B. durch den Zusatz „wenn möglich“ Rechnung getragen, wodurch eine zwingende Vorschrift in keiner Weise aufgestellt werden sollte.“

Dagegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Die Strafkammer verurteilte darauf am 1. d. M. den Angeklagten zu 30 M. Gründe wurden nicht angegeben. Man darf auf die schriftlichen Entschuldigungsgründe für diesen Freispruch gespannt sein. Es ist ein Freispruch, denn 1. die Urteilspublikation ist allein Sache der hierzu für berechtigt erklärten Person, nicht einer Behörde, 2. sie ist keine amtliche Bekanntmachung, 3. sie ist nach § 10 lediglich als Anzeige, also im Inseratenteil aufzunehmen.

Wetterprognose für Dienstag, den 8. August 1911.

Rahts etwas kühl, am Tage wieder ziemlich heiß, vorwiegend heiter bei mäßigen nordwestlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.

Gegründet 1867



Zentrale und Versand:
Jerusalem Str. 38 - 39
Potsdamer Straße 2
Tauentzienstraße 19a
Königstraße 25 - 26
Schöneberg, Hauptstr. 146
Niddorf, Bergstr. 25-26
Rosenthaler Straße 5
— Charlottenburg: —
Wilmsdorfer Straße 45

Grosser Saison-Ausverkauf

Um mit den noch vorhandenen Beständen der diesjährigen Sommer-Saison zu räumen, haben wir in unseren Verkaufsstellen grosse Posten von Schuhwaren aller Art zusammengestellt und bringen diese mit einer Ermässigung

bis zu **33 1/3** Prozent

zum vollständigen Ausverkauf.

Der Verkauf beginnt Donnerstag, den 10. August und findet in nebenstehenden Verkaufsstellen statt

Man bittet, das Donnerstags-Insertat zu beachten!

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-**Reste!** Moquettes.
Plüsch-Sattelstaschen.
Muster bei näherer Angabe
franko.
Emil Lefèvre, Berlin Süd, 158,
Oranienstr.

Noch 2 Parzellen à 750 M.
(kleine Anzahlung) in
Mahlsdorf, ca. 5000 Ein-
wohner, 20 Pf.-Fahrt v.
Alexanderplatz. Bei
mir kaufen Sie jetzt noch
billiger als in weiter
entlegenen Vororten,
w. Hoppegarten, Neuenhagen etc.
Pläne gratis, Vertreter täg-
lich, auch Sonntags am Bahnh-
of Mahlsdorf im Verkauf-
pavillon J. Rieger, Berlin,
Gontardstr. 5.

Pollmanns
Bandagen
Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandsstoffe, Gummiwaren etc.
Berlin N., Vorbringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Auswahl in
Neuheiten
von
Salon-,
Land-
und
Wasser-
FEUERWERK
Spezialität:
bengalische
Flammen
in jeder
Preislage
und Farbe.
WERK
Vereine,
Lauben-
Kolonisten,
Gastwirte
erhalten
Engros-
preise.
A. Klimitz, C. 2,
Rathausstr. 1
(direkt hinter dem Rathaus).
Teleph.: I. 6341. 5177L
Neuer Katalog 1911 gratis u. franko.
Vorzeiger dieser Annonce
erhalten 5 Proz. Extrabatt.

MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

„Borussia-Festsäle“.

In 5. Georg-Wolffgramm, Ackerstr. 6/7. Telefon Amt III, 2674.
Empfiehlt seine 4 Säle, 150-1000 Personen fassend, zu Versammlungen
und Vereinsfestlichkeiten. 50672
August, September, Oktober noch Sonnabende und Sonntage frei.

**Hygienische Bedarfs-
artikel**
Drogerie Zaremba,
Weinbergsweg 1, dir. a. Kofenthalet
Lor. **Billigste Bezugsquelle:**
Versuch f. zur dauernden Kundshaft

Réunion-Cigaretten

Für die Qualität der Fabrikate
bürgt der Name
„Réunion“



Spezialmarken:
Vinea 8b 2 Pfg.
Lookout 3 -
Flagship 4 -
Vinea-Crème 5 -

Metzner

verkauft billigst

Kinderwagen
Metallbettstellen
Gartenmöbel

Berlin O. Andreasstr. 23/
Brunnenstr. 95. Leipzigerstr. 54/55/
Beusselstr. 67. Bixdorf, Bergstr. 133



Grösstes
Special-Haus.

Carmen Sylva

Cigaretten

Beste Qualitäten

Hermann Meyer & Co., Akt.-Ges., Berlin N., Waitsstr. 12

liefern frei Haus 30 große Flaschen 105/10°
Selterwasser, filtriert 1,50 M.
Sprudelwasser, filtriert und destilliert 1,80 „
Brausemonaden: Himbeer-, Erdbeer-, Zitronen-
Geschmack 3,- „
Sauerstoffwasser, filtriert und destilliert 3,- M.
Fruchtquell, alkoholfrei, unübertroffen, mehrf. prämiert 3,- „
Künstliche Mineralwasser & Flasche 0,20 „

Frische Fruchtsäfte: in Literflaschen & Flasche 1,20 M.
Himbeer-, Johannisbeer-,) reiner Saft, in Raffinade eingekocht
Erdbeer-, Kirsch-,) nach dem Deutschen Arzneibuch.
Flaschen werden mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen.
Zu gleichen Preisen auch in allen Geschäften zu haben, welche
unsere Fabrikate führen.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 7. August.
Anfang 8 Uhr.
Neues königliches Opernhaus.
Das Abengold.
Komische Oper. Der verbotene
Auh.
Berliner Bummelstudenten.
Wesens. Die Dame von Maxim.
Wesens. Die lustigen Nibelungen.
Neues Schauspielhaus. Die leuchtige
Eulanie.
Neues. Geschlossen.
Thalia. Volksliche Wirtschaft.
Schiller. Charlotteburg. Der
dunkle Punkt.
Belting. Glaube und Deimat.
Kunstspielhaus. Die goldene Schüssel.
Kleines. Korallen. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Trianon. Das Kelchglas. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Neues Operetten. Eine Nilöin.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Quisken. Der Siebente. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Kaiser. Kolerienluft. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Mitrovoy. Hobeit amüsiert sich!
Soltes Caprice. Drei Frauenhüte.
Es ist eine Ausnahme. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Voligt. Preciosa.
Roads. Der kalte Leichnam.
Gerruield. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Berliner Theater. Die 3 Grazien.
(Anfang 7 1/2 Uhr.)
Hypho. Spezialitäten.
Vahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kaiser-Panorama. Neut Befuch
von Konstantinopel. Wanderung
in den Dolomiten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: In den Do-
lomiten.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Täglich: Bummelstudenten.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Nibelungen.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Sommerpreise, neu einstudiert:
Die Dame von Maxim.
Schauspiel in 3 Akten von Georges
Freyhaut. Deutsch v. Benno Jacobsohn.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Täglich: Anfang 8 1/2 Uhr.
Kasernenluft.
Auf der Gartendüne:
Es gibt nur ein Berlin.
Große Route.
Herrnfeld
Theater
Jubiläums-Saison 20-jährig Direktion
Anton und Danae Herrnsfeld.
Seit 20 Jahren der größte Erfolg
die Revitäten
Das Kind der Firma
Verwandlungskomödi. in 2 Akten mit
den Kalloren
A. Herrnsfeld u. Tobias Tschepperneck.
Donat Herrnsfeld als Philipp Katzenfell.
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Borverf. 11-2 Uhr (Theaterkasse).
Brachtwoller Sommergarten.
Lustige Vergola.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang
mochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.
ZOO-LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Metropol-Theater.
Zum 102. Male:
Hobeit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von R. Freund.
Musik von Rudolf Neillon.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Apollo
Theater
8 Uhr:
Das neue August-Programm.
8 1/2 Uhr:
Ensemble-Gastspiel
Harry Walden
in
Sein Herzensjunge.
Baudenille mit Ges. u. Tanz in 2 Akt.
von H. Reibhardt und R. Schanzer.
Musik von W. Kollo.
Voligt-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 68.
Heute (sowie täglich):
Preziosa.
Schauspiel mit Ges. und Tanz von
Wolff, Musik Karl Maria von Weber.
Gänzl. neu erstklass. Spezialitäten.
Koffeneröffnung 2. Anfang 4 1/2 Uhr.
Die Kaffeeische ist von 3 Uhr ab
geöffnet.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Parisiana-Ensemble.
3 Frauenhüte.
Sie ist eine Ausnahme.
Das Strumpfband.
Cousin Pampoulette.
PASSAGE :: ::
ANOPTIKUM
Das größte Schauetablissement
des Kontinents.
Lebend
der Mann mit der
eisernen
Zunge.
Ein Fakir ohne Nerven.
AGA die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.
Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Rudolf Mälzer
Der erste Komiker d. Jotatsoit.
Emanuel Steiner
Rechenphänomen
! und das große
Varieté-
Eröffnungsprogramm
Café Bellevue.
Rummelsburg am See.
Inh.: G. Tempel.
Reben Sonntag:
Spezialitäten-Vorstell.
u. **Garten-Konzert.**
Reben Sonnabend und
Donnerstag:
Soireen der
Hoffmanns Sänger

Max Kliems
Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15.
Täglich: Erstklassige Theater-
und Spezialitäten-Vorstellungen.
Zeitbedachter Theatergarten, bei un-
günstiger Witterung schön bedeckt.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfest.
Donnerstag: Kiltetag.
Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm.
in der heißen Jahreszeit
angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich:
D. prunkvolle Eisballott
Montreal
Die Stadt auf Schlitt-
schuhen.
Neu: **Push-Ball-Spiel**
Zahlreiche
Kunstausproduktionen.
Exquisite Restauration
bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr
abds.: halbe Kassenpreise.
Puhlmanns Theater
Schönhäuser Allee 148.
Täglich
im herrlichen Naturgarten:
Konzert - Theater
Spezialitäten.
Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnensstraße 16.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Am Brunnen vor dem Tore.
Niederpiel mit Dir. Dill in den
Hauptrollen. Dumm u. geicht.
Eine schöne Dirin.
Bei schönem Wetter Vorstellung
im Saale.

Volksgarten-Theater
Dienstag, den 8. August:
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Margot Jackson x O. D. Boston
Tim-Tom x Willi Schönburg
Henry Trio.
Die Rose von Japan.
Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Inh.: Max Schindelhauer.
1.-16. August: Riesen-Welt-
stadt-Programm. U. a.:
Kurt Armandi, Humorist.
Cilli Schwarzenberg, Tanzsoub.
Harry Bienensteins mod. Gesell.
Charles Solier, Delphischer Wallat
Luro Reals, Rusit, Excentriques.
Flourison Terzett, Ges. u. Tanz.
Kulisses Badereise.
Moabiter Wintergarten
Artus-Hof
Parlberger Str. 26, Stöndaler Str. 18
Direktion: Karl Pirnau.
Bernardo u. Mertens
Die Nacht des Walzers.
3 Cossels mit Hunden und Tauben.
Mitarde, das tanzende Mädchen.
Ada u. Offried Relay, Duett.
? ? Kio ? ? der mysteriöse Würfel.
The Willuhns phantastischer Akt uhm.
Anfang 4 Uhr. Vorstellung 6 Uhr.
Schweizer-Garten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Reben Abends 7 1/2 Uhr:
Wie man Weiber fesselt.
Koffe mit Gefang in 2 Akten.
Spezialitäten, Kinematograph.
Reben
Mittwoch: **Kinderfest.**
Krit. mochen tags 5. Sonnt. 4 Uhr.
Elysium Landsberger
Allee 40-41.
Heute sowie täglich:
Spezialitäten.
Heutliches Programm, sowie
Rad-Wettrennen (4 wert-
volle Ehrenpreise). 51502
Anfang 4 Uhr. - Eintritt 10 Pf.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Das Ergebnis der Urabstimmung im zweiten Kreise.

Am Sonntag, den 6. August, fand durch Urabstimmung die Wahl des Vorstandes, der Delegierten zum Parteitag und zur Brandenburger Konferenz statt.

Es wurden 2000 Stimmzettel abgegeben. Davon erhielten: 1. Vorsitzender: Fritz Schwemke 1034, Heinrich Schröder 884. 2. Vorsitzender: Leopold Jacobowski 1906. 1. Kassierer: Gustav Schmidt 1796. 2. Kassierer: Bruno Vohse 1843. 1. Schriftführer: Joh. Rautmann 1849. 2. Schriftführer: Richard Schmidt 812, Hugo Rasch 638, Georg Rosenberger 340. Beisitzer: Dittlie Vaader 1716, Max Appelt 822, Hermann Berner 1265. Revisoren: W. Balkow 1607, Fritz Schäfer 1433, R. Hennig 907, Eisenblätter 470, Wilhelm Richter 840, Bretsch 151. Preßkommission: F. Ewald 1127, G. Häuher 622, S. Clajus 454, R. Schimmelpfennig 834, Karl Otto 665. Agitationskommission: Fritz Jinke 1632, Gustav Faj 301. Lokalkommission: R. Reinhardt 776, Franz Weil 753, Fritz Lehmann 330. Delegierte zum Parteitag in Jena: Frau Döring 1371, Heinrich Schröder 1403, Gustav Häuher 788, Robert Hennig 644, Hermann Clajus 501, Fritz Raater 555. Delegierte zur Brandenburger Konferenz: Frau Wurm 1607, Franz Weil 1446, R. Reinhardt 1417, F. Marth 444, F. Piriz 461.

Es sind gewählt: 1. Vorsitzender: F. Schwemke, 2. Vorsitzender: L. Jacobowski. 1. Kassierer: G. Schmidt, 2. Kassierer: W. Vohse. 1. Schriftführer: Joh. Rautmann, 2. Schriftführer: R. Schmidt. Beisitzer: Dittlie Vaader, H. Berner. Revisoren: W. Balkow, F. Schäfer, R. Hennig. Preßkommission: F. Ewald, R. Schimmelpfennig. Agitationskommission: F. Jinke. Lokalkommission: R. Reinhardt.

Parteitagsdelegierte: Frau Döring, H. Schröder, G. Häuher.

Zur Brandenburger Konferenz: Frau Wurm, F. Weil, R. Reinhardt.

Der Jahrlabend für unsere taubstummen Genossen wird am Mittwoch, den 9. d. M., bei Haberland, Linienstr. 73, abgehalten. Der Aktionsauschuß.

Dritter Wahlkreis. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß morgen in den Jahrlabenden die Votellen zu dem am 12. August in der „Neuen Welt“ stattfindenden Sommerfest zur Ausgabe gelangen. Die Mitglieder werden ersucht, recht ausgiebigen Gebrauch davon zu machen. Der Vorstand.

Schöneberg. Der achte Kommunalbezirk hält am Mittwoch im „Schwarzen Adler“, Hauptstraße 144, einen gemeinsamen Jahrlabend ab. Stadtverordneter Genosse Käter referiert über den Aufmarsch der bürgerlichen Parteien. Die Versammlung beginnt 8 1/2 Uhr.

Grünau. Mittwoch, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Genossen Franz Köpender Straße 88, die Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Erziehungswahl zum Vorstand. 2. Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Ujvalde. Der diesmalige Jahrlabend findet im Lokale von Peuseler, früher Red., „Sonsouci“, statt.

Johannisthal. Unser Jahrlabend findet für den ganzen Ort gemeinsam am Mittwoch bei dem Genossen Otto Senfleben, Friederichstraße 48, statt. Die neu zugezogenen Genossen werden hiermit darauf aufmerksam gemacht.

Rönigs-Wusterhausen und Wildau. Die Parteigenossen oben genannter Orte werden ersucht, zu dem am Mittwoch in den bekannten Bezirkslokale stattfindenden Jahrlabend ihre Partei- sowie Gewerkschaftsbücher zwecks Kontrolle der Rotmarken mitzubringen. Der Jahrlabend für Deutsch-Wusterhausen fällt für diesmal aus. Der Vorstand.

Wahlsdorf (Ostbahn). Die regelmäßigen Jahrlabende finden am Mittwoch, den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr statt: in Wahlsdorf-Süd bei Dräger (Heidekrug), Köpender Allee; in Wahlsdorf-Nord bei Dräger, Bahnhofstraße und in Raulsdorf im Restaurant Vobes, an der Stadtbahn.

Falkenhagen - Seefeld. Morgen, Mittwoch, den 9. August, abends 8 Uhr, bei Nicolai: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Diskussion über Genossenschaftsbewegung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Schießbolle.

Ueber die nächtliche Strafe schreitet ein Mann, dem man es auch im Dunkeln ansieht, daß er seit langem nur die Sorge kennt. Heute, wie so oft schon, ist er obdachlos. Schu schleicht der Begehrte an den Häusern entlang, klinkt vorsichtig bald hier, bald dort die Haustür an. Da... endlich gibt eine Tür nach. Gerettet... für eine halbe Nacht. Noch ein paar zuckende Schritte auf den Felsen, leise wie eine Raube, dann verschwindet die Gestalt im Kellereringang, läßt sich auf dem Lehmboden todmüde zu kurzem Schlaf nieder. Doch mit des Geschickes Mächten... Ein Passant hat den Vorgang bemerkt, sofort an Diebe gedacht und die Polizei alarmiert. Die bewaffnete Nacht bringt in das Haus. Auch der Obdachlose, kaum eingeschlafene erwacht, sucht der Verhaftung zu entgehen. Oben an der Kellertreppe steht ein Schuttmann, leuchtet mit der Blendlaterne hinunter. Wie ein Gespenst taucht die Gestalt des Obdachlosen aus der Tiefe empor, erhebt zur Abwehr langsam den Arm. Ein Witz, ein Knall... mit dumpfem Gepolter sinkt der Obdachlose in den Kellerklocht zurück. Sekundenlang Totenstille. Dann wird es lebendig im ganzen Hause. Lichter flackern auf, Fenster öffnen sich, Angstschreie ertönen. Was geht hier vor? Wozu wird mitten in der Nacht geschossen? „Teufel auch...“ brummt der Beamte, mit der Blendlaterne den toten Obdachlosen beleuchtend. Ein flüchtiges Mitleid zuckt über das härtige Gesicht, dann ein anderer, häßlicher Zug. „Zu früh... aber nicht zu spät!“ Von oben vollerts abermals die Treppe herunter. Gleich zwei, drei neue Behelme und Bewaffnete. Ein Blick auf die Szene genügt. „Er wollte gerade angreifen“, sagte der Mörder, „da schoß ich... in Notwehr.“ Anderen Tags erhält der pflichttreue Beamte vor verammelter Wachmannschaft eine Belobigung. Der Staatsanwalt... rührt sich nicht.

Von einem Vergnügen kommen angeheiterte junge Leute. Sie machen auf der Vorstadtstraße den in der Bierlaune nun mal üblichen Spektakel. Ein blutjunger Schuttmann, machtgeschwollen, tritt ihnen in den Weg. „Nacht mal hier nicht so'n Krach, sonst gibts was raus!“ Er hat Mut, Drüben steht noch ein Kolleg. Die übermütigen jungen Leute fassen

die Sache spähig auf, geben die Anrede per Du zurück. Sofort kommt der sich beleidigt fühlende Beamte über den Damm. Ein Wort gibt das andere. Lichtscheue Elemente, die überall wie aus dem Boden gezaubert erscheinen, wo etwas los ist, mischen sich hinein. Der Beamte lockert der Browning. Auch im Publikum blüht plötzlich der Lauf eines Revolvers. Man hat sich des Richterwortes erinnert, daß ein Schuttmann, der zwecklos und sinnlos von der Waffe Gebrauch macht, niedergeschossen werden kann. Man wird es ja nicht befolgen, das aus der Empörung geborene, temperamentvolle Wort, aber man ist auf der Hut. Da kracht ein Schuß. Wer hat geschossen? Einer aus dem Auslauf? Nein, der Beamte. Zu früh... aber nicht zu spät! Auf der Straße liegt ein Toter, einer der jungen Leute. Das Gesindel ist über alle Berge. Die Untersuchung verläuft natürlich im Sande. Auf der Polizei-Ordensliste steht ein verdieneter Name mehr.

Razzia in der Laubkolonie. Ein Kästgroßenjunge hat verpöfien, daß hier eine ganze Räuberbande verborgen sein soll. Dugend von Uniformierten und Geheimen rücken zur Schlacht aus. Nichts regt sich vorläufig. Immer enger wird der Kordon gezogen. Alles bleibt still. Sind die Vögel ausgezogen? „Aufgemacht!“ donnerts gegen die leichten Holzplanen. Aus entfernteren Lauben, aus den kleinen Fenstern, melden sich ein paar verschlafene Gesichter. „Weg da... Kopf weg... blaue Bohnen!“ schallts im Haus. Jetzt wird die Tür der „Räuberhöhle“ erbrochen... nichts drin. Also genossfähr! Nur ein Mäter springt fauchend den wütenden Beamten durch die Beine... eine Kugel lauft hinter ihm her. Aus der Ferne dringt ein Schmerzensschrei. Hundert Schritte weiter vor einer Laube liegt ein Junge in seinem Blute. Er hat wegen der Hitze die Nacht im Freien zugebracht, ist mitten im Schlaf angeschossen worden. Zum Glück war es nur ein Streifschuß. Der Vater stellt Strafantrag wegen Körperverletzung. Der Staatsanwalt lehnt die Erhebung der Anklage ab. Der Beamte hat nur seine Pflicht getan, in Ausübung seiner Amtsgewalt und auf Befehl seines genialen obersten Vorgelegten zu früh geschossen... aber nicht zu spät!

Vier Wochen nach diesen Vorgängen ist der Polizeipräsident von Schöppensiedt „aus Gesundheitsrücksichten“ in den ewigen Urlaub gegangen. Schöppensiedt atmet auf, wie von einer schweren anstehenden Krankheit befreit. An den Anschlagssäulen erscheint eine öffentliche Bekanntmachung: „Ich warne Schießbolle! Wer unnütz Menschenblut vergießt und in Mißbrauch der Amtsgewalt zu früh schießt, wird bestraft. Der neue Polizeipräsident.“

Zu früh geschossen — aber nicht zu spät.

Am Sonnabend hat Herr v. Jagow seinen Erlaß bekannt gegeben, wonach er jeden Schuttmann bestrafen werde, der zu spät von seiner Schuttwaffe Gebrauch mache — und heute liegt die erste Frucht dieses Erlasses vor: Eine Strohwitwe schafft sich für die Sommermonate, da der Gemahl fern von Berlin weil, einen Hausfreund an. Der Hausfreund läßt sich bei ihr häuslich nieder, bis plötzlich der legitime Gatte seine Rückkehr anmeldet. Die Frau hat Mühe, dem „Lebensgefährten auf Licht“ klar zu machen, daß er nun das Feld zu räumen habe. Als der Mensch noch immer nicht weichen will, rennt die Dame nichts zur Polizei: Wel ihr hätten sich Einbrecher eingeschlichen. Zwei Schutleute wurden hinzubordert. Als der Hausfreund diesen den Eintritt verweigert, wird drauf los geschossen, und der Hausfreund kann jetzt sehen, wie er hinkend weiterkommt.

Die amtliche Darstellung.

Herr v. Jagow gibt über den Vorfall durch das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau folgende Darstellung!

In der vergangenen Nacht gegen 1 1/2 Uhr wurden die Schutleute Spielberg und Radtke von der Ehefrau des Arbeiters Gottlieb Hildebrandt, geborenen Schulz, und ihrem erwachsenen Sohne nach der ihrer Wohnung, Reinickendorfer Straße 67, gerufen, weil sich dort zwei Einbrecher befanden sollten. In der Annahme, auf Gegenwehr rechnen zu müssen, machten beide Beamte ihre Schuttwaffen fertig und öffneten die Klüschtür. Da diese sich nur halb aufstößen ließ und dahinter ein menschlicher Fuß sichtbar war, forderte Spielberg den vermeintlichen Einbrecher auf, aus seinem Versteck hervorzukommen. Als diese mehrfach wiederholte Aufforderung unbeachtet blieb, schoß Spielberg zweimal durch die Tür nach dem Fuße und traf ihn auch beim zweiten Schuß. Der Verletzte lies nun in die neben der Küche gelegene Stube, wo er festgenommen wurde. Jetzt stellte sich heraus, daß der angebliche Einbrecher der 42 Jahre alte Schneider Wilhelm Moderow war, der seit längerer Zeit als Schlafbürche unangemeldet bei Frau Hildebrandt wohnte und mit ihr während einer Strafverbüßung des Ehemannes im Konkubinat gelebt hatte. Er war jetzt nach der Rückkehr des Ehemannes überflüssig geworden und sollte, da er gutwillig nicht gehen wollte, gewaltam entfernt werden. Der zweite „Einbrecher“ war ein Freund des Moderow, der Arbeiter Friedrich Reichenberg, der den Eheleuten Hildebrandt ebenfalls besamti war. Moderow wurde mittels Wertsche nach der nächsten Hilfswache gebracht, wo man ihm einen Verband anlegte. Er hat nur eine geringe Verletzung am rechten Fuß zwischen Knöchel und Zehe erlitten. Er lehnte später jede weitere Hilfe ab und begab sich zu Bekannten.

Moderow ist, so schließt der offiziöse Bericht, lediglich das Opfer der durch Frau Hildebrandt hervorgerufenen Irreführung der Beamten geworden.

Es ist zweifellos, daß die Schierei der Beamten unterblieben wäre, wenn Herr v. Jagow seinen neuesten Schieberlaß nicht herausgebracht hätte.

Gegen den neuen Jagow-Erlaß werden in manchen Kreisen die lebhaftesten Bedenken erhoben, selbst die „Allnische Zeitung“ wendet sich gegen Jagow. Wird die Anordnung Jagows befolgt, so dürften in kurzer Zeit die Fälle wegen fahrlässiger Tötung sich häufen. Anklage müßte dann aber gegen Herrn v. Jagow erhoben werden als den Verantwortlichen der Taten.

Der Erlaß ist auch nicht geeignet, die Polizeibeamten zu schützen, im Gegenteil wird er erst die Beamten bei Ausübung ihres Amtes in die schwersten Gefahren hringen. Gerade dann, wenn es sich um Ergreifung von wirklichem Verbrechern handelt, werden die Beamten in Zukunft der größten Lebensgefahr ausgesetzt. Wenn Leute, die sich auf die Verübung von Einbrüchen u. dgl. verlegen, wissen, daß die Beamten ohne viel Federlesens auf sie schießen sollen, so wird das zur Folge haben, daß auch diese nicht erst warten, bis auf sie geschossen wird, sondern sie werden gleichfalls auf die Schutleute frühzeitig losknaben. Und

deshalb liegt der Erlaß gar nicht im Interesse der Beamten selber. Ganz abgesehen von der Unsicherheit, in die das Berliner Publikum gebracht wird.

Als eine Polizei-Kapitulation stellt sich neueren Nachrichten zufolge die nächtliche Verbrecherrazzia in Ziegenhals bei Reutken dar. Offenbar hat das Genie des Berliner Polizeipräsidenten den Nigborfer Kollegen nicht mehr ruhig schlafen lassen. Der Kriegsplan, eine ganze Ortschaft um ihre Kachtraube zu bringen, soll am Berliner Alexanderplatz entstanden und in Nigdorf strategisch ausgearbeitet worden sein. Wenn die Palme des Sieges zukommt, darüber mögen die Obermimen sich untereinander herumsstreiten. Wir gämen sie jedem einzelnen und noch einen Orden dazu.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, hatte eine Verbrecherbande aus Mache angezigt, daß die Berliner Juwelendiebe mit ihrem Raube in Ziegenhals zu suchen seien. Daraufhin machten sich im ganzen 106 bis an die Zähne bewaffnete Kriminalbeamte in zwei großen Gruppen auf die Strümpfe. Unterwegs im Walde saugen sie, um sich den Anschein harmloser Nachtwanderer zu geben, das schöne Lied: „Dem Gott will rechte Günst erweisen...“ Es hat aber alles nichts genügt, denn die sämtlichen dreizehn, nach nächtlicher Durchsuchung der gesamten Ortschaft fixierten Personen mußten schon im Laufe des Sommers wieder freigelassen werden. Die ganze so kriegerisch in Szene gesetzte Polizeifaktion, bei der sogar bestellte Motorboote und ein Polizeidampfer in Tätigkeit traten, ist also kläglich ins Wasser gefallen. An der Angabe der Denunzianten mag schon etwas dran gewesen sein. Wahrscheinlich sind aber gerade diejenigen Verbrecher, welche man fangen wollte, noch rechtzeitig gewarnt worden. Oder wichtige „schwere Jungen“ haben der Polizei, die nicht mal aus ihren eigenen Reihen einen Mörder herausfinden kann, einen lustigen Hundstagsstreich gespielt.

Bewohner von Ziegenhals wollen wegen der in ihrer Art kaum zu rechtfertigenden Belästigung seitens der Berliner und Nigborfer Polizei an zuständiger Stelle Beschwerde führen. Dabei wird nicht viel herauskommen. Man soll sich damit begnügen, daß es wieder mal über polizeiliche „Selbsttötungen“ etwas zu Lachen gibt.

Ein hundertjähriges Kind.

Ein Leser schreibt uns: „Am 31. Juli 1911 schenkte meine Frau mir einen Sohn. Pflüchtgemäß meldete ich das Kind noch an demselben Tage auf dem Standesamt 7a in der Kopenstraße an. Wie erklaut aber war ich, wie ich, zu Hause angekommen, die Geburtsurkunde durchlese und finde, daß mein Sohn schon 100 Jahre alt sein soll. Wörtlich stand in der Urkunde: „tausendacht-hundertertel“. Und diese Urkunde ist durch die Hände von zwei Beamten gegangen, einmal durch die des ausfertigenden Beamten und dann durch die des Standesbeamten, der in „Vertretung“ des Standesbeamten die Unterschrift geleistet hat. Wie liederlich auf diesem Standesamt gearbeitet werden muß, geht noch daraus hervor, daß auch die zu gleicher Zeit mit der Geburtsurkunde zum Zwecke der Laufe ausgestellte Bescheinigung gleichfalls einen Fehler enthält, und zwar wird am 31. August 1911 bescheinigt, daß am 31. Juli 1911 das Kind so und so geboren ist, obwohl am 31. Juli die Anmeldung erfolgte. Und auch diese Bescheinigung ist durch die Hände von zwei Beamten gegangen, die des ausfertigenden und zwecks Unterschrift durch die des stellvertretenden Standesbeamten.“

Die Folge dieser liederlichen Urkundenausfertigung — und haben die Schriftstücke erlegen — ist, daß der Vater des Kindes neue Lausereien hat, weil er sofort eine richtige Geburtsurkunde beschaffen muß, sonst dürfte später das Kind viele Unannehmlichkeiten haben. Man sollte meinen, daß bei Ausstellung von Urkunden auf dem Standesamt mit größter Gewissenhaftigkeit zu Werke gegangen werden sollte; im vorliegenden Falle scheint aber jede Aufmerksamkeit außer acht gelassen worden sein. Personen, die auf Standesämtern zu tun haben, sollten sich gleich an Ort und Stelle von der Richtigkeit der Urkunde überzeugen.

Mangelnde ärztliche Hilfe im Freibad.

Uns wird geschrieben: Sonntag vormittag 9 1/2 Uhr wagte sich im Freibad Grünau ein junger Mann von 18 Jahren zu weit in die Fluten und versank plötzlich. Nach mehreren Tauchversuchen brachte man den Verlorenen nach dem Sanitätsraum, wo von dem Badepersonal Wiederbelebungsbemühungen gemacht wurden. Ein telephonisch angerufener Arzt in Grünau gab Weisheit, daß angespannt sei und er in kurzer Zeit da sein werde. Nach etwa 1 1/2 stündigen vergeblichen Bemühungen, den jungen Menschen zu retten, erschien endlich um 11 Uhr der Arzt, welcher nur noch den Tod feststellen konnte. Unter den Badegästen machte sich eine lebhafte Enttäuschung bemerkbar über das späte Erscheinen des Arztes. Viele waren der Meinung, daß die Badeverwaltung einen ständig anwesenden Arzt haben könnte, da die Einnahmen enorme sind und bei großem Andrang mit Unglücksfällen täglich zu rechnen sein wird.

Ueber einen anderen Fall, der ähnlich liegt, wird uns berichtet: Am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags zwischen 1/7 und 7 Uhr, erkrankte das 17-18 Jahre alte Fräulein Nikolaus (wohndhaft Berlin, Dresdener Str. 17) ankeimend an Ohnmacht in Conrabshöhe bei Zegel. Selbige wurde von einem dortigen Inhaber einer Sommerwohnung (einzeln Stube) auf ein Motebett gebracht. Es wurde nun sofort nach dem dortigen Sanatorium für Gemütskranke gesandt, doch war in demselben kein Arzt zu haben, alles Telephonieren nach Zegel um einen Arzt war vergeblich und so verstarb die junge Dame um etwa 7 Uhr.

Um 1/8 Uhr wurde die Polizei in Zegel von dem Todesfall in Kenntnis gesetzt, doch war die erste Frage: Wer bezahlt den Arzt? Es wurde nun noch mehrere Male bis 10 Uhr abends bei der Polizei in Zegel angerufen, derselben auch mit Beschwerde gedroht und mit eventueller Herausziehung der Leiche in den Wald. Doch alles vergeblich.

Aus Achtung vor der Macht des Todes wurde die Verstorbene im Zimmer belassen und mußte die Familie des Inhabers notgedrungen bei den anderen dortigen Sommergästen Unterschlupf suchen, was wohl bei einigem guten Willen der Polizei nicht nötig gewesen wäre.

In der Berliner Zentralmarkthalle verursacht die seit drei Wochen anhaltende Tropenhitze bei den animalischen Nahrungsmitteln ungeheure Verluste. Ganze Berge von Fleisch, frischen und geräucherter Fische, Geflügel, Nehen, Krebten liegen nach der „Allg. Fleischer-Ztg.“ täglich verdorben aufgeschichtet in den Polizeikellern der Zentralmarkthalle, um dann nach Markthallenabschluss nach der städtischen Fleischverrichtungsanstalt geschafft zu werden. An einigen Tagen waren die Polizeikeller derartig mit verdorbenen Nahrungsmitteln angefüllt, daß der diensthabende Polizeiarzt die Räume kaum betreten konnte, um die Untersuchungen vorzunehmen. Auch waren viele Streitigkeiten zwischen Verkäufern und Käufern zu schlichten, namentlich in Fällen, wo das Fleisch dem äußeren Aussehen nach einwandfrei, aber im Innern verdorben war.

Anstatt die Nahrungsmittel verderben zu lassen, würden sie bei billigen Preisen — natürlich in genießbarem Zustande — sofort abnehmer finden. Aber so ist es heute: Zauende Innern sich der hohen Preise wegen kein Fleisch kaufen und in den Kellern der Markthallen verkauft es.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntag gegen 1/8 Uhr vor dem Hause Greifswalder Str. 155. Die Frau des Waleers Klemke aus der Wilhelmstr. 18 in Lichtenberg hatte in der Greifswalder Straße Bekannte besucht und befand sich zur genannten Zeit mit ihrem vierjährigen Töchterchen Else auf dem Rückhausewege. Vor dem Hause Greifswalder Str. 55 rief sich die Kleine plötzlich von der Hand der Mutter los und lief auf die Schienen unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 50. Obwohl der Führer des Waggons geistesgegenwärtig sofort alle ihm zur Verfügung stehenden Bremsmittel anwandte, konnte er das Unglück nicht mehr verhüten. Das Mädchen wurde umgerissen und geriet unter den Schugrahmen des Vorderpertrons. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagen angehoben, doch konnte das Kind nur tot hervorgezogen werden. Die Leiche wurde dem Schauhause überführt.

Ein recht hässliches Bild bot sich am Sonntag früh Passanten der Gitschiner Straße. Um sieben Uhr brach vor dem Hause Nr. 70 ein vollständig betrunkenes Weib zusammen und begann furchtbar zu schreien. Infolgedessen sammelte sich Publikum an, das mit der offenbar an Delirium leidenden Frauensperson allerlei Unfluth trieb. Um sich der Spötter zu erwehren, wollte sie aufstehen, und ihre Widerstände abwehren, das konnte sie aber nicht, denn sie wurde sofort niedergestossen. Dann wurde sie mit Eimern kalten Wassers begossen und noch sonst wurde Notmitlett getrieben. Es muß aufs schärfste verurteilt werden, wenn sich erwachsene Menschen an einem solchen Unfuge an einer nur demütigendswerten Person, die auf der untersten Stufe angelangt ist, beteiligen.

Sonst bestimmte sich niemand um die Frau, auch ein Schuttmann war lange nicht zu sehen, der der Sache ein Ende gemacht hätte. Bis 1/10 Uhr, also 2 1/2 Stunden lang, lag die Frau auf offener Straße unter der Hochbahn, fortgesetzt von 50—60 Personen umgeben. Dann erschien ein Polizeioffizier, der die Fortschaffung der Betrunkenen anordnete. Als sich ein Passant bei dem Herrn über die Verzögerung beklagte, erhielt er zur Antwort: „Sie sehen doch, daß schon etwas geschieht!“

Ein neuer Zwischenfall in der Luisenkirche gab es am Sonntag wieder in Charlottenburg. Pfarrer Kraatz leitete wieder den Gottesdienst, dem Militär nicht beizuwohnen. Der Besuch war sehr gut. Gleich zu Anfang des Gottesdienstes ereignete sich ein Zwischenfall, indem sich ein auscheinend nicht normal veranlagter Mann auf der Empore durch lautes Reden und Gestikulieren bemerkbar machte. Es kam sogar zu Tätlichkeiten und der Mann wurde schließlich gewaltsam aus der Kirche entfernt. Er blieb eine ganze Weile ruhig vor der Kirche und ging dann wieder hinein. Es wurde ein Schuttmann geholt, der seine Personalien feststellte.

Die Leiche eines neugeborenen Mädchens wurde am Sonntag auf dem Bahnhofs Schönhauser Allee in der Bedürfnisanstalt für Männer aufgefunden. Sie war in gestricheltem Schürzchentuch, Zeitungspapier von der gestrigen „Morgenpost“ und rosafarbenem Badpapier eingewickelt.

Ein verhängnisvolles Brandunglück verursachte am Sonntagabend um 7 Uhr eine kaum zu beschreibende Aufregung unter den Gästen des Hotels „Prinz Albrecht“ in der Prinz-Albrecht-Straße.

Dort fand eine Hochzeitsfeier statt. Während die Gäste in einem der zu ebener Erde belegenen Säle tafelten, wurde in einem daneben liegenden Räume von dem 28jährigen Hausdiener Franz Pantel und einer Frau Koch das Parquet gebohrt. Hierzu benutzten sie einen elektrischen Apparat. Durch Kurzschluss geriet nun eine Portiere am Eingang des Saales in Brand. Sie fiel herab und entzündete einen Behälter mit Benzin. Nun war das Unglück nicht mehr aufzuhalten. Die Kleider des Hausdieners und der Frau brannten im Nu lichterloh. Frau Koch brach ohnmächtig zusammen. Der Hausdiener lief hilfernd mitten unter die entsetzte, nichtssahnende Hochzeitsgesellschaft, die natürlich durch eilige Flucht sich in Sicherheit zu bringen suchte. Die ganze Gesellschaft stürzte händeringend zum Ausgange an dem brennenden Saal vorbei. Zwei Damen fielen in Weinskämpfe, andere erlitten einen Nervenschoc. Dem Hausdiener wurden von Kleibern und dem Hauspersonal die brennenden Kleider vom Leibe gerissen, und die Flammen an den Kleidern der Frau wurden erstickt. Der Feuerwehrt gelang es bald, den Brand zu löschen. Der Hausdiener hat schwere Brandwunden an beiden Weinen, der Brust, am Kopf und beiden Händen erlitten. Die Verletzungen der Frau Koch sind merkwürdigerweise leichter Natur.

Ein ganz neuer Rennschwindel beschäftigt die hiesige Staatsanwaltschaft. Eine Sportszeitung kam dahinter, daß sie mit Rennberichten wiederholt getäuscht worden war. Sie ging den Dingen auf den Grund und bestreute nun einen wohl ausgeklügelten und dabei sehr einfachen Schwindel auf. Junge Radfahrer, die meistens in Gesellschaften tätig sind, kamen auf den Gedanken, sich einen Nebenberuf zu verschaffen, ohne sich groß anstrengen zu müssen. Sie taten sich zu Radrennküben zusammen und färbten Zweihundertkilometer-Nennen zwischen Berlin und Prenzlau usw. aus. Sportszeitungen veröffentlichten die Ausschreibungen und Fahrten lieferten den Rennfahrern zu Bekanntheit nicht nur Räder, Gummireifen usw., sondern erzielten ihnen auch noch die angeleglichen Auslagen und sonstigen Unkosten. Nach den Tagen, an denen den Ausschreibungen gemäß die Rennfahrten stattfinden sollten, sandten dann die Klubs Rennberichte ein, in denen sie ergelicht die Sieger namentlich machten, die erzielten Zeitangaben und den ganzen Verlauf wohl auch noch hübsch ausschmückten. Sie dachten aber gar nicht daran, die Rennen auch wirklich auszuführen, trafen sich vielmehr nur irgendwo an einem verabredeten Orte, „nobelen“ die Sieger aus und erdichteten dann alles was zu dem Schwindel sonst noch gehört.

An die Adresse der städtischen Tiefbauverwaltung richtet sich folgende Zuschrift, die uns zur Veröffentlichung zugeht: „Vor etwa 14 Tagen wurde auf der Warschauer Brücke, gegenüber der Hochbahn, ein Bauzug errichtet. Bald tauchte bei den Passanten daher die Frage auf, was hier geschehen soll. Viele waren der Meinung, daß die scharfe Erde beiseite geräumt werde, um dadurch mehr Raum für die Fußgänger zu schaffen. Wie mir nun aus Eisenbahnerkreisen mitgeteilt wird, soll ein schlauer Kopf die Entdeckung gemacht haben, daß hier ein Restaurant notwendig sei, da die Hochbahn keinen genügenden Warte- und Erfrischungstraum habe. Soweit die Bauleitungen es erlauben lassen, scheint dieser Gedanke tatsächlich verwirklicht zu werden und soll die Eisenbahnbehörde in Anerkennung dieses Wunsches die Genehmigung hierzu erteilt haben. Es entsteht nun die Frage, ob es wirklich notwendig war, gerade an dieser Stelle, wo täglich Tausende von Passanten den schmalen Weg benutzen, ein Lokal zu errichten. Die meisten der Arbeiter sind der Ansicht, daß der Volkshygiene weit mehr mit der Aufstellung einer Bedürfnisanstalt gedient wäre, denn wenn man täglich sieht, wie die Menschen gezwungen sind, angesichts der unglücklichen Lage der Aborte des Stadtbahnhofs ihre Bedürfnisse auf offener Straße zu verrichten und so die ganze Brücke sowie die Rudolfstraße zu einem Visir zu verwandeln, so ist es geradezu bedauerlich, daß hier die Konzeption zum Bau einer Aneube erteilt wurde. Aber was fragt die Behörde danach, es bringt ja eine schöne Pachtsumme ein. Hoffentlich befaßt sich die Stadtverwaltung, durch diese Feilen angeregt, mit dem Plan der Aufstellung einer Bedürfnisanstalt auf der Warschauer Brücke.“

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittags auf dem Bahnhofs Gesundbrunnen. Der 82 Jahre alte Reserve-Lokomotivführer Andreas Kübler, Drienerer Str. 6 wohnhaft, hatte einen Zug zusammenzufahren. Er mußte mit der Lokomotive hin und herrangieren. Dabei beugte er wiederholt den Kopf aus der Maschine heraus, um den Abstand der anzufahrenden Wagen besser beobachten zu können. Er überließ nun einen Laternenpfahl, der dicht neben dem Gleis stand, und als die Lokomotive daran vorbeifuhr, wurde der Kopf des A. mit solcher Gewalt gegen den

Pfahl geschmettert, daß der Verunglückte wie leblos von der Maschine auf die Schienen hinabstürzte. Man brachte A. schleunigst nach dem Augustahospital, wo ein schwerer Schädelbruch und Zertrümmerungen im Gesicht festgestellt wurden. Der Zustand des Schwerverletzten ist hoffnungslos.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich am Sonntagabend gegen 11 Uhr in der Wadstraße. Die neunzehnjährige Fabrikarbeiterin Agnes Marienfeld aus der Pafetwaller Straße 8 hatte mit ihren Angehörigen einen Ausflug unternommen, von dem sie gegen 11 Uhr mit einem bis zur Station Gesundbrunnen fahrenden Vorortzug zurückkehrte. Als das junge Mädchen vor dem Bahnhof die Wadstraße überqueren wollte, mußte es einem Straßenbahnwagen ausweichen. Dabei lief es gegen ein Privatautomobil, wurde umgestoßen und kam unter den Kraftwagen zu liegen, dessen Räder über das Mädchen hinweggingen. Die A. erlitt Stöße beider Unterschenkel und schwere innere Verletzungen. Die Schwerverletzte erhielt auf der Unfallstation in der Wadstraße Notverbände und wurde von dort in sehr bedenklichem Zustande nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus übergeführt.

Tragödie auf dem Kirchhof. Auf dem Friedhof in der Humboldtstraße zu Reinickendorf schoß sich gestern vormittags aus Gram über den Tod seiner Braut der 26 Jahre alte Kaufmann Karl Piepel eine Kugel in den Kopf. Der Lebensmüde wurde schwer verletzt nach dem Reinickendorfer Krankenhaus gebracht.

Ein großer Dachstuhlbrand, dessen Entstehung angeblich auf Brandstiftung beruhen soll, beschäftigte am Sonntag die 4. Compagnie in der Wilhelmshäuser Straße 48. Dort stand nachmittags der Dachstuhl des ersten Quergebäudes mit dem rechten Seitenflügel in großer Ausdehnung in Flammen. Als der 15. Automobilzug an der Brandstelle ankam, waren die Treppen und Bodenkäume schon total verqualmt. Die heißen Flammen schlugen an mehreren Stellen hochempor. Die Wehr griff von mehreren Seiten an und mit mehreren Schlauchleitungen von Dampfspritzern gelang es, das Vorderhaus zu schützen und den linken Seitenflügel zu halten. Der Schaden ist natürlich beträchtlich und trifft auch Mieter die nicht dahin waren und nicht versichert sein sollen.

Jugendspiele. Der Magistrat von Berlin hat für Jugendspiele den Sportplatz in Moabit, Bremer Straße, Ecke Bielefeldstraße, am Mittwoch und Freitag von 7 bis 9 Uhr abends zur Verfügung gestellt. Gespielt wird auf der hinteren Hälfte des Platzes. Außerdem wird gespielt: Humboldtshain: Montags, Donnerstags von 7—9 Uhr. Schiller-Park: Mittwoch von 1/7 bis 9 Uhr. Friedrichshain: Montags und Mittwochs von 7—9 Uhr. Treptow: Mittwochs von 7—9 Uhr. Exerzierplatz an der Schönhauser Allee (Einsame Pappel): Mittwoch 1/8 Uhr. Es wird höchst gebeten, den Anordnungen der Aufsichtsführenden unbedingt Folge zu leisten.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen wurde am Sonnabendnachmittag gegen 4 Uhr in der Feuerstraße 8 an der achtjährigen Tochter des Zahnärzters Sternberg von einem unbekanntem Manne begangen. Der Unhold lockte das Kind, dem er Geld gab, nach dem Boden des Hauses und verübte dort die schreckliche Tat. Um die Kleine am Schreien zu hindern, steckte er ihr die Schürze in den Mund und jagte es durch Drohungen in Angst und Schrecken. Nachdem der Durche entflohen war, wagte sich das Kind zu seiner Mutter und klagte über Schmerzen. Als die Mutter die blutbesteckten Körperteile erblickte, lief sie sofort zu dem Arzt Dr. Davidsohn, der ein an dem Kinde begangenes Sittlichkeitsverbrechen konstatierte. Dem rohen Patron gelang es leider, zu entfliehen; er soll eine Dienstmagd, dunkle Hosen und einen Säbel getragen haben. Recherchen sind bereits im Gange. Die Eltern können ihre Kinder gar nicht ernstlich genug warnen, sich durch nichts, auch keine Geldgeschenke, von fremden Personen locken zu lassen.

Walschow bei Weisensee.

Von der Agitation. Eine von circa 200 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung, welche sich zum weitestgehenden Teil aus Landarbeitern der Orte Lindenberg, Wartenberg, Falkenberg, Schwanebeck, Dirschholz und Walschow zusammensetzte, fand am Sonntag, den 8. August, im Lokal von Wangerostki in Walschow statt. Nachdem der „Männerchor Weisensee“ durch das stimmungsvolle Lied: „Das heilige Feuer schüren wir“ die Versammlung, welche auf den Hof verlegt wurde, eingeleitet hatte, hielt die Genossin Juchacz-Rigdorf einen Vortrag über „Die nächsten Reichstagswahlen und die Landarbeiter“. Die Rednerin wies in ihren Ausführungen darauf hin, wie notwendig es ist, bei den nächsten Reichstagswahlen hinter der Sozialdemokratie zu stehen, da sie die einzige Partei ist, die wahrhaft die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt. Lauter Beifall belohnte die Referentin. In der Diskussion wies Genosse Woldt auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter hin. Mit einem kräftigen Appell des Genossen Schlemminger wurde die Versammlung geschlossen.

Potsdam.

Große Bewunderung erregt die Nachricht, daß die Staatsanwaltschaft das gegen den Obermaschinenmeister Eder der Kaiserlichen Matrosenstation anhängig gemachte Verfahren wegen schuldiger Tötung eingestellt hat. Eder hatte bekanntlich einem Dienstmädchen, welche die badenden Kinder ihrer Dienstherrschin beaufsichtigen sollte, angeboten, Schwimmen zu lernen. Bei diesen Übungen ist sie ertrunken. Der Obermaschinenmeister hatte dann sofort das Weite gesucht und sich erst später der Polizei gestellt. Seitens des Dienstherrn ist Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft eingelegt worden.

Stadtvorordnetenversammlung. Die als Ferienstimmung eintretende Versammlung zeigte auch so recht „Ferienstimmung“. Beim Aufruf waren nur 27 Stadtvorordnete anwesend; es fehlten noch 4 zur Beschlussfähigkeit. Der Magistrat zog denn auch die Vorlage zurück, nach welcher er ernannt werden sollte, die Umzugskosten der Lehrer an den höheren Schulen in Zukunft ohne Befragen der Stadtvorordnetenversammlung festzusetzen. Die übrigen Punkte wurden bei Beschlussfähigkeit glatt erledigt. Von den 8 Einsprüchen gegen die Gemeindevorwählerliste wurden 7 als begründet anerkannt, der 8. Antragsteller ist „Ausländer“, er ist in Altenburg geboren, demnach Nichtpreuze. Als recht geschmacklos muß es bezeichnet werden, wie sogar über den Gesundheitszustand (!) eines Antragstellers bei dieser Gelegenheit verhandelt wurde. Außer der Tagesordnung wurde vom Magistrat noch eine Dringlichkeitsvorlage eingebracht. Für die Feier des Sedanfestes sind 500 M. in den Etat eingestellt. Auf Antrag des Magistrats gab die Versammlung ihre Zustimmung, diese Summe zu den gleichen Veranstaltungen (Promenadenfeste usw.) wie im Vorjahre zu verwenden. Die Nachbarorte Ribbenow, Wilhelmshorst usw. sollen an die städtische Wasserleitung angeschlossen werden. Nachträglich haben sich noch Abnehmer in Neuhofe gemeldet. Die Versammlung beschließt, auch die Erweiterung nach diesem Ort vorzunehmen und bewilligt die Kosten für die Rohrlegung. Bei dieser Gelegenheit fragt der Stadtvorordnete Dingler an, ob bei der jetzigen Hitze irgendwelche Verfüchtungen für die Leistungsfähigkeit der Potsdamer Wasserwerke bestehen. Oberbürgermeister Vosberg erwiderte, daß davon nicht im entferntesten die Rede sein kann. Die Werke sind allen Ansprüchen vollkommen gewachsen, um so mehr, da erst im letzten Frühjahr beim Beck in der Zeltower Vorstadt eine Vergrößerung stattgefunden hat.

Die Militärabwankungen gesderrt. Am Sonntag morgen fand durch eine militärärztliche Kommission die Besichtigung sämtlicher Militärabwankungen statt. Diejenige des 1. Garderegiments zu Fuß in der Fischerstraße wurde sofort gesderrt. Mitbestimmend mag gewesen sein, daß ein Soldat des 1. Garderegiments an 11 Uhr erkrankt ist. Außerdem waren aber die Klosettanlagen

der Anstalt in einem jeder Beschreibung spottenden unhygienischen Zustand. Trinkwasser fehlt auf der Anstalt gänzlich. Der nächste Straßenbrunnen funktioniert schon längere Zeit nicht mehr. — Auch die Besichtigung der Badeanstalten des Leibgardehuzarenregiments und die der Artillerieregiment bei Redlig führten zum vollständigen Wadebetot an die Garnison.

Die Ruhr in Potsdam. Bei einem schon mehrere Tage im Garnisonlazarett befindlichen erkrankten Soldaten vom 1. Garderegiment zu Fuß wurde nach bakteriologischen Untersuchungen Ruhr festgestellt. Es sind sofort die umfassendsten Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Steglich. Donnerstag, den 10. d. Mts., nachmittags, im Restaurant „Birkenwäldchen“: Gemütliches Kinderfest. Kaffeeliche von 2 Uhr ab geöffnet. Jedes Kind erhält eine Stodlatzner gratis. Abends Padelpolonaise.

Versammlungen.

Zentralverband der Schmiebe. Die hiesige Zählstelle hielt am Mittwoch bei Boeker eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der der Kassierer Hentschel den Kassendbericht vom 2. Quartal vorlegte. Er schließt für die Hauptkasse mit der Bilanzsumme von 20.116,29 M. ab. Die größten Ausgabeposten sind: 2741,32 M. für Arbeitslosenunterstützung, 2638,00 M. für Krankenunterstützung, 6474,55 M. für Streikunterstützung. An die Hauptkasse wurden 1832,77 M. gesandt. Die Ausgaben der Lokalasse beliefen sich auf 8638,72 M., ihr Bestand war am Quartalschluß 28.767,80 M. Die Mitgliederzahl auf 2660 gestiegen. — In die Beschwerdef Kommission wurde an Stelle eines ausgeschiedenen Mitgliedes, Schuder gewählt. Man beschäftigte sich sodann mit einem Antrage, auf dem Arbeitsnachweis des Verbandes die Arbeitsausgabe an den Sonn- und Feiertagen zu beschränken, kam jedoch zu der Ueberzeugung, daß dies mit Rücksicht darauf, daß derselbe Zustand von dem Anunungsnachweis immer noch aufrechterhalten wird, nicht durchführbar sei. Siering erklärte dazu, daß, wenn auch die Beschwerde über die Sonn- und feiertägige Arbeitsvermittlung vor zwei Jahren vom Oberpräsidenten abgewiesen wurde, man den Beschwerdevorgang von neuem beschreiten und damit bis zur höchsten Instanz gehen werde. Im Falle des Erfolges sei es selbstverständlich, daß auch auf dem Verbandsnachweis an Sonn- und Feiertagen keine Arbeit mehr vermittelt werde.

Aus aller Welt.

Ein schreckliches Familiendrama

hat sich in Bella (Zähr.) abgepielt. Ein Schuhmachermmeister drohte seine dreizehnjährige (?) Tochter zu erschicken, weil sie ein Liebesverhältnis unterhielt. Das Mädchen wollte in seiner Todesangst zum Fenster hinauspringen. In demselben Augenblick gab der Vater aus nächster Nähe einen Flintenschuß auf das Mädchen ab. Die Kleider des Kindes fingen Feuer und es stürzte in die Tiefe, wo es mit schrecklichen Brandwunden und zerschmetterten Gliedern liegen blieb. Die Kugel hatte dem Mädchen die Lunge durchbohrt. Dann richtete der Vater die Waffe gegen sich selbst und erschoss sich.

Ueberfall auf einen Geldbriefträger.

Ein Telegramm aus Straßburg i. E. meldet: Sonntag früh wurde der Geldbriefträger Jacher in einem Hause der Hohenlohestraße, wo er eine Verteilung zu machen hatte, auf der Treppe des dritten Stockwerks von einem unbekanntem, gut gekleideten jungen Manne überfallen und durch einen Schlag mit einem Hammer am Hinterkopf schwer verletzt. Als auf die Hilferufe Jachers Leute herbeieilten, erschloß sich der Unbekannte mit einer Browningspistole. Er hatte eine Geldsendung nach dem betreffenden Hause an sich selbst adressiert, ohne dort eine Wohnung zu haben.

Rattenplage.

Von einer im erschreckenden Maße zunehmenden Rattenplage sind das Dorf Böhmow b. Belten und dessen Nachbarorte bedroht. Bei Böhmow befinden sich die sogenannten „Müllberge“, auf denen ein großer Teil der Berliner Müllabfuhr gesammelt, sortiert und zum Teil verarbeitet wird. Die seit etlichen Jahren von einer Berliner Privatgesellschaft ausgeführten Schüttungen haben fast keine Gebirge entstehen lassen und auf diesen alles Ungeziefer, besonders die Ratten, die müheleiste und ausgiebige Mahnung, letztere derart, daß sie im Mangel an Wasser auf dem Terrain buchstäblich „vor Fett plagen“. Jetzt in den lauen Nächten kann man ganze Heere — darunter Exemplare von Rattengröße — über die Bahndämme „wandern“ und in die Umgegend sich ergießen sehen.

Trotz der bekannten Gefahren, die die Existenz dieser Tiere in sich birgt, geschieht seitens der Unternehmer, aber auch der zuständigen Behörden leider nichts, die Ausrottung oder Bekämpfung der Tiere systematisch zu betreiben.

Hotelbrand in Amerika.

In Des Moines (Iowa) ist in der vorigen Nacht das Oloholi-Hotel in Flammen aufgegangen. Als man das Feuer erbedete, hatte es schon einen so großen Umfang angenommen, daß eine erfolgversprechende Löscharbeit nicht mehr möglich war. Durch die Schreidensrufe der Retter wurden die Hotelgäste aus dem Schlummer geweckt, und als sie in wilder Flucht die Treppen hinuntereilten wollten, wurden sie daran durch die starke Rauchentwicklung verhindert. Balken und Pfosten stürzten prasselnd zusammen und nur denen, die sich im untersten Stockwerk befanden, zeigte sich ein Weg zur Rettung. Die übrigen deren zumest in Nachgewänder gehüllte Gestalten sich hilfesuchend an den Fenstern zeigten, sahen kein anderes Mittel, dem Tode zu entkommen, als durch einen Sprung aus dem Fenster. Mit Todesverachtung versuchten einige Feuerwehrlente über die Korridore in die Zimmer der Hotelgäste zu gelangen. Aber der Qualm, der dichter und dichter aus Fenstern und Türen aufstieg, bereitete diese Rettungsversuche. Das Feuer verbreitete sich indes von einem Stockwerk zum andern und die Wehr mußte sich schließlich damit begnügen, die benachbarten Gebäude vor einem Uebergreifen der Flammen zu schützen. Herzergreifend waren die Jammersrufe, die aus dem Innern drangen und vergeblich Rettung heischten. Die Personen, die aus den Fenstern gesprungen waren, gelangten unten zum größten Teil mit gebrochenen Gliedern an.

Die „gelbe Gefahr“.

Der römische Volkswitz hat die gelben Automobile, die zur Leerung der Orieckasten verwendet werden, mit dem Namen die „gelbe Gefahr“ belegt, weil sie durch ihre wahnsinnige Raserei dem Publikum höchst gefährlich waren. In der Tat ist es vorgekommen, daß drei Tage hintereinander den Keinen gelben Automobilen Menschenleben zum Opfer fielen. Den Rekord im Niederfahren der lieben Nächsten hat aber eins dieser gelben Automobile am Dienstag in

dem Tunnel unter dem Quirinal erreicht; obwohl der Tunnel wie üblich ganz voller Menschen war, raste der gelbe Kraftwagen hinein und sah sich durch sein blindwütiges Drauffahren in Gefahr, von einem Tram beschädigt zu werden. Das Automobil raste weiter auf das Trottoir und brachte drei Personen unter seine Räder. Verletzt wurden ein Ehepaar von 28 und 29 Jahren und der Vater der Frau, ein 67jähriger Beamter. Dieser schwebt in Lebensgefahr. Gestern früh haben die lieben gelben Automobile noch in Piazza S. Silvestro einen 18jährigen Jungen und im Tunnel ein junges Mädchen überfahren!

Neuer Höhenflugrekord.

Der Weltrekord im Höhenflug, der zuletzt von dem Harmanflieger Loridan mit einem Höhenflug von 3180 Meter gehalten wurde, ist am Sonntag von dem französischen Militärflieger Hauptmann Felix gebrochen worden. Felix erreichte auf seinem mit einem 50 PS-Gnome-Motor ausgestatteten Blériotebinder eine Höhe von 3850 Meter.

Interessant ist die durch die Aufzeichnungen des Barographen festgestellte Geschwindigkeit bei Auf- und Abstieg. In der ersten Viertelstunde erreichte der Flieger eine Höhe von 1250 Meter, er stieg also 1,40 Meter in der Sekunde. In der zweiten Viertelstunde gewann er nur noch 1030 Meter Höhe, was einer Sekunden-geschwindigkeit von 1,24 Meter entspricht. Die Geschwindigkeit in der dritten und vierten Viertelstunde, wo weitere 600 respektive 470 Meter Höhe erreicht wurden, sank also nunmehr auf 0,88 respektive 0,50 Zentimeter in der Sekunde. Der Abstieg dauerte zwölf Minuten, so daß also auf die Sekunde 4,65 Meter Fall kommt.

Die Raube des Mieters.

In Rom hat ein Geflügelhändler seinen Laden geschlossen und an ihm die folgende Inschrift angebracht:

Dieser Laden wird wegen Erhöhung der Miete von 78 auf 235 Lire monatlich geschlossen; durch diese Steigerung zeigt der Hausbesitzer seinen Dank für 23jährige Pünktlichkeit.

Die römische Bevölkerung, die schwer unter den Hausbesitzern zu leiden hat, hat mit großer Genugtuung den Raube des Mieters zur Kenntnis genommen. Freilich bleibt ihr nichts als diese Genugtuung; die beständig steigenden Mieten muß sie trotzdem aufbringen.

Kleine Notizen.

Opfer seines Berufs. Auf der Straße Soldau-Deutsch-Chlan wurde dem aus Danzig kommenden Schaffner Hinz, der während der Fahrt das Dach eines Güterwagens besitzgen hatte, um das Zeichen zum Bremsen zu geben, der Kopfpaßschmettert, da der Zug in demselben Augenblick eine Brücke passierte.

Bootsunfall. Aus Frankfurt a. M. meldet ein Telegramm: Ein mit vier Personen besetztes Boot ist gestern bei einer Fahrt auf dem Main mit einem Dampfer zusammengestoßen. Das Boot kippte um, wobei die Insassen in das Wasser fielen. Drei von ihnen konnten gerettet werden, während ein 24jähriges Dienstmädchen erkrankt.

Der Waldbrand im Eisacktal ist durch einen in der vergangenen Nacht niedergegangenen Gewitterregen gelöscht worden.

Die Cholera. In Konstantinopel sind vierzehn neue Erkrankungen an Cholera und sieben Todesfälle gemeldet. Die Cholera breitet sich im Biharet Enayna weiter aus. In Ruzijah sind in den letzten 48 Stunden zwanzig Erkrankungen und vierzig Todesfälle festgestellt worden. — In Lrieft sind zwei neue Cholerafälle bakteriologisch festgestellt worden.

Briefkasten der Redaktion.

P. S. 7 Minuten 12 Sekunden.

Marktpreise von Berlin am 5. August 1911, nach Ermittelung des Königlich Preussischen Statistischen Landesamtes. (Kleinhandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 30,00—50,00. Linen 30,00—60,00. Kartoffeln 10,00—16,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,00—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,20. Hammelfleisch 1,50—2,30. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Rote 1,60—2,20. Jambor 1,60—3,60. Getreide 1,20 bis 2,80. Weizen 1,00—2,00. Hafer 1,40—3,50. Weiz 0,90—1,60. 60 Stück Straße 2,00—36,00.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

| Wasserstand | am 6. 8. um | seit 5. 8. um | Wasserstand | am 6. 8. um | seit 5. 8. um |
|--------------------|-------------|---------------|-------------------------------|-------------|---------------|
| Ramel, Mühl | 55 | -2 | Saale, Großk. 1 | 84 | +1 |
| Dregel, Insterburg | -50 | 0 | Oabel, Spandau ²⁾ | 0 | -2 |
| Beichsel, Ebern | — | — | Nathenau ²⁾ | -14 | -12 |
| Oder, Rathor | 88 | 0 | Spree, Eberberg ²⁾ | 56 | 0 |
| Strosen | 21 | -2 | Bestow | — | — |
| Frankfurt | 31 | 0 | Sezer, Rinden | -135 | -7 |
| Wartbe, Schwinn | -46 | -2 | Rhein, Rinden | -57 | +1 |
| Sandberg | -60 | +7 | Rhein, Magdalenbau | 380 | -4 |
| Rehe, Sorbann | -46 | -8 | Rhein, Rinden | 163 | -2 |
| Elbe, Leitmeritz | -110 | -7 | Rhein, Rinden | 180 | -2 |
| Dresden | -226 | +2 | Redar, Seibrom | — | — |
| Barby | -12 | +2 | Rhein, Rinden | — | — |
| Magdeburg | 4 | +1 | Rhein, Rinden | -10 | 0 |

¹⁾ + bedeutet Sturz, — Fall, — ²⁾ Unterpegel.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Todes-Anzeige.

Am 4. August verstarb unser Genosse, der Wirt
Gustav Poerschke
Wörther Str. 22

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. August, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des nördlichen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Gustav Poerschke
Wörther Str. 22 (Bezirk 3) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des nördlichen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
75/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bäcker
Richard Büttner
am 6. d. M. gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Rentier

Max Gaumnitz

am 5. d. M. an Nierenleiden. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Marzahn aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
121/4 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Genossen hiermit die traurige Nachricht, daß unser guter lieber dreizehnjähriger Sohn

Walter Sillier

plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Zentral-Friedhofe in Friedrichsfelde statt.

Um stille Beileid bitten
Gustav Sillier
nebst Frau und Tochter
Erlanger Str. 102.

Am 6. d. Mts. verstarb nach kurzem schweren Leiden im 62. Lebensjahre meine liebe Frau

Hedwig Röhrich
geb. **Grajewsky.**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Der trauernde Gatte.

Für die Teilnahme an der Ueberführung der Asche meines lieben Tochter und Schwester

Anna Sommer

sagen wir allen Bekannten, insbesondere dem Verband der Buch- und Steindruckereibesitzer, auch den Kollegen der Firma A. W. Schabe unseren herzlichsten Dank. 365
Wilhelm Sommer als Vater.
Familie **Karl Voß.**

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Zigarrenfabrikanten

August Wagner

sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Genossen des 6. Wahlkreises sowie dem Gesangsverein „Bedding“ meinen herzlichsten Dank. 81b
Seine Witwe **Marie Wagner** geb. Richter.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unierer guten Vaters, Schwieger- und Großvaters sagen wir allen Teilnehmern, sowie den werten Kollegen der Firma B. Strube und den Kolleginnen und Kollegen der Firma S. Hirsch unseren herzlichsten Dank.
Frau **Berta Kern** und Kinder
Familie **Braun.**

Hermann Fischers
billigste Särge
Urbanstr. 111, früher Hildorf. Tel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstr. 3. Hof III. Amt 3, 1067.

Donnerstag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

Versammlung der Bauaufschläger.

Tages-Ordnung:
1. Die neue Reichsversicherungsordnung. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenanangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 171/3
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Bezirk Weißensee.

Achtung! Möbelpolierer. Achtung!

Donnerstag, den 10. August, abends 6 1/2 Uhr, im „Prälaten“, Lehberstraße 122:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Knoll: Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen während der Vertragszeit. 2. Diskussion. 3. Branchenanangelegenheiten.

Bezirk Schöneberg.

Heute, Dienstag, abends 5 1/2 Uhr, in den „Neuen Rathauskellern“, Martin-Luther-Straße 68: 86/13

Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag über: Das Krankenversicherungsgesetz in seiner Neugestaltung nach der Reichsversicherungsordnung. Referent: Genosse Admann.



Auf der höchsten Stufe
steht der
OXO Bouillon-Würfel der C^o. LIEBIG.

Wo es sich um Verbesserung von Suppen, Saucen, Gemüsen usw. handelt, empfiehlt sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extrakt, welches den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

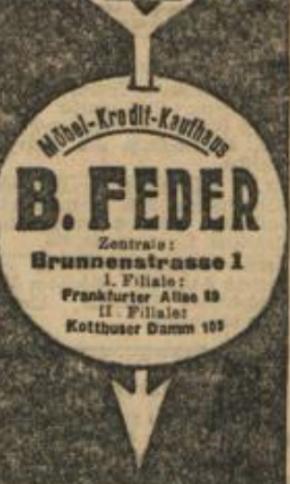
Von der Reise zurückgekehrt
Dr. Brück, Ritterstr. 87.

Von der Reise zurück 218/7*

Dr. Max Blumenthal,
Landsberger Allee 157/158.



MÖBEL
gut und billig
kauft man bei mir am besten.
Kompl. Einrichtungen
in jeder Holz- u. Stilmart
sind bei mir stets ausgestellt.
Die Musterwohnung
für Arbeiter,
Handlungsgehilfen, Beamte
bestehen aus Wohnzimmer,
Schlafzimmer, Küche,
findet man nur bei mir
für Mark 800
Anzahlung Mark 100.—
Monatrate Mark 15.—
Alles
auf Kredit



Möbel-Kredit-Kaufhaus
B. FEDER
Zentral:
Brunnenstrasse 1
I. Filiale:
Frankfurter Allee 18
II. Filiale:
Kottbuser Damm 107

Wasserparzellen
Neu! von 200 M. an. Neu!
Idyllisch gelogen, ca. 30 km
östlich von Berlin, See,
Wald, Fließ- u. Land-
parzellen spottbillig!
Berlin,
J. Rieger, Gontard-Str. 5.

Beitlen Sie sich
u. besichtigen Sie die letzten
17 Parzellen in Zepernick
die ich a. bill. verk. Pläne grat.
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

für Mitteilung, mer bauen will,
vereinbare Jah-
lung von 200—500 M. Zufuhr ers.
unter J. R. 14540 durch Rudolf Mosse,
Berlin SW. 108/7*

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 68 (Laden)
In neuer Auflage erschien sechens
Die
Klassenkämpfe
in Frankreich
1848—1850
Von **KARL MARX**
Mit einer Einleitung von Friedrich
Engels und einem Vorwort von
August Bebel
Preis 1 M., gebunden 1,50 M.

Große Firma vergibt
Toppiche, Gardinen, Stores,
Steppdecken, Portieren
auf Teilzahlung ohne Anzahlung.
Reine Kaffee. Caffee S. 100, „Gor-
mar's“ Expedition, Auguststr. 60.

Kennen Sie sie?
Wenn nicht, dann besichtigen
Sie die **Villen-Kolonie**
Karow, d. aussichtsreichste
Gartensiedlung an d. Stettiner
Bahn. 20-Pl.-Fahrt 900—500 M.
Anzahlung genügen.
Pläne gratis.
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

H. Pfau, Banlagist
Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Votzplatz. Caffee S. 100, „Gor-
mar's“ Expedition, Auguststr. 60.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Referant für alle Krankenfällen.

Reste
Rusterkupon, „Gerbi-Knechten“ für
Kugeln, Kollime, Meter 3, 4 Markt.
Zuchlager-Gesellschaft m. b. H.
189-1918
Gertraudenstr. 20-21, d. Petrifirde.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rausch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannnten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Am 4. 2014.

Warnung!
Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit
Nachahmungen meines **Kapitän-Kautabaks** in
Umlauf.
Der **Kapitän-Kautabak** ist nur
echt mit Zettelleinlage und Etikette mit der Aufschrift:
Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak
(ges. geschützt 75 658).
Meine werte Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kau-
tabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzu-
weisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, da-
mit ich dagegen einschreiten kann.
Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27,
Grüner Weg 112. (VII. 3861.)



Selowsky's
Victoria-
Cigarette
Neue 5-Pf.-Spezial-Marke
Das Vollendetste in Qualität,
Ausstattung und Arbeit

